GRAFIK-REPORT

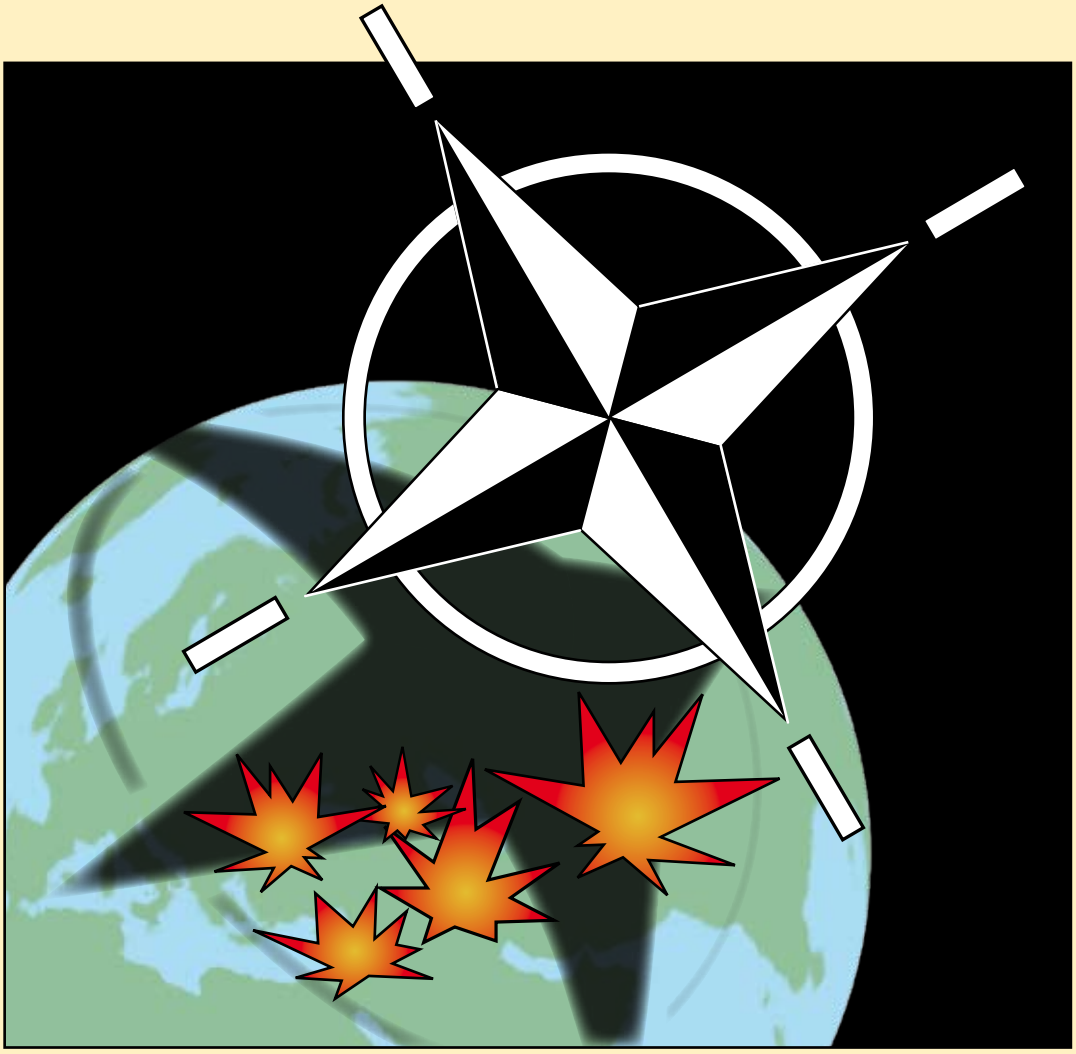
isw Schutzgebühr 6,00 Euro Januar 2009 Nr. 12

institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.

Fred Schmid, Claus Schreer

NATO. RÜSTUNG. KRIEG.

Grafiken, Fakten und Karten zur Militarisierung



Impressum

isw-Grafik-Report 12, Januar 2009
Publikationsreihe isw-Grafik-Report: ISSN 1867-7363

Herausgeber:
isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München
Tel. 089/130041 Fax: 089/1689415
isw_muenchen@t-online.de
www.isw-muenchen.de

Konto: Sparda-Bank München
Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Autoren:
Fred Schmid, Claus Schreer

Redaktion:
Lühr Henken, Fred Schmid, Claus Schreer, Conrad Schuhler, Monika Ziehaus
mit Unterstützung von Joachim Guilliard und IMI e.V.
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Fred Schmid

Grafiken: Stefan Brandhuber, Bernd Bücking, Claus Schreer
Layout: Stefan Brandhuber

Schutzgebühr: 6,00 EUR

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
vorheriger Genehmigung des isw e.V.

Editorial II

WELT IN WAFFEN

Welt-Militärausgaben 1
Hochrüster Westen 2
Atomwaffen-Staaten 3
US-Raketenabwehr 4
Wettrüsten 5
Kriegsroboter 6

60 JAHRE NATO

NATO-Jubelfeier 2009 7
Kriegsallianz NATO 8
Faustrecht statt Völkerrecht 9
NATO-Ostexpansion 10
Militärmacht EU 11
NATO-EU-Eingreiftruppen 12
Jugoslawien – Erster NATO-Krieg 13

BUNDESWEHR IN ALLER WELT

Deutschland im Krieg 14
Andauernder Verfassungsbruch 15
Kriegsdrehscheibe Deutschland 16
BRD-Militärausgaben 17
Waffen für den globalen Einsatz 18
Bundeswehreinsatz im Innern 19

GLOBALISIERUNG UND KRIEG

Weltanteile der G7 20
„Unsichtbare Hand“ und gepanzerte Faust 21
Weltkarte des Pentagon 22
US-Einkreisungsstrategie 23
Militärische Eindämmung der Migration 24
Humanitäre Intervention 25
Neue globale Machtverteilung 26

RESSOURCEN-IMPERIALISMUS

Wettlauf um die letzten Energieressourcen 27
Krieg um Öl und Gas 28
Kriegslügen 29
... und Kriegsziele 30
Die Logik des Krieges 31
Verteidigung am Hindukusch? 32
Freedom & Democracy 33
Befreier 34
Das „Eurasische Schachbrett“ 35
Energiekorridor Georgien 36
Kriegsziel IRAN? 37
Rohstoffkammer Afrika 38
Change? 39

RÜSTUNG UND PROFIT

Händler des Todes 40
Militär-Industrie-Komplex (MIK) 41
Bombengeschäfte 42
Privatisierung des Krieges 43

FOLGEN VON RÜSTUNG UND KRIEG

Opfer des IRAK-Kriegs 44
Kosten des IRAK-Kriegs 45
Weltrüstung und Weltentwicklungshilfe 46
Klima-Killer 47

ALTERNATIVEN

Millenniums-Ziele statt Rüstungsrekorde 48
Waffen, die schon im Frieden zerstören 49
Rüstung oder Zukunft 50
Es gibt keinen Weg zum Frieden 51
... Der Frieden ist der Weg 52

Glossar 53
Literaturverzeichnis, Bildnachweise 54

60 Jahre NATO

Was den Mitgliedsstaaten, Deutschland in der ersten Reihe, in diesem Jahr Anlass zu umfänglicher Selbstbeweihräucherung ist, stellt in Wahrheit einen Skandal erster Güte dar. 19 Jahre nach dem Ende der globalen Systemauseinandersetzung weist die Nato die höchsten Militärausgaben aller Zeiten auf, mehr als zwei Drittel dessen, was auf der ganzen Welt für Rüstung ausgegeben wird. Die Nato und ihre Mitgliedsstaaten führen unter dem Kommando der USA Kriege in Afghanistan und im Irak, weit außerhalb des Bündnisgebietes (Nato = North Atlantic Treaty Organisation, Nordatlantikpakt-Organisation) und wider jedes Völkerrecht.

Selbstherrlich haben die Nato und mit ihr Deutschland die ganze Welt zu ihrem Einsatzgebiet erklärt. Unverblümtes Ziel sind die Sicherung der Transportwege und der Ressourcen für den globalen Kapitalismus, dessen Hauptländer auch die Dirigenten der Nato sind. Während die Rüstungsausgaben steigen, senken die Industrieländer die Entwicklungshilfe. Sie befindet sich auf einem historischen Tiefstand, erreicht nicht einmal die Hälfte der zu Beginn des Jahrtausends zugesagten Leistungen. Statt auf die Überwindung der Kluft zwischen Arm und Reich setzen die reichen Industrieländer auf die militärische Kontrolle ihres globalen Ausbeutungsfeldes und auf die militärische Bewältigung jeden eventuellen Aufbegehrens gegen die globale Ausplünderung.

Mit Armut und Hunger wachsen nach dieser inhumanen Logik die notwendigen Militärausgaben und kriegerischen Eingriffe. 2007/2008 ist die Zahl der Hungernden auf über 920 Millionen Menschen gestiegen. Fast jeder sechste Mensch ist hungerkrank. Mit der tiefgreifenden kapitalistischen Krise werden sich die Lebensbedingungen für einen Großteil der Menschheit weiter dramatisch verschlechtern. Neue Herausforderungen für die Nato!

Längst sind die materiellen Voraussetzungen gegeben, dass alle Menschen sich ausreichend und gesund ernähren, nach menschlichem Maß an Arbeit, Bildung und Kultur teilhaben. Voraussetzung wäre: eine gerechte gesellschaftliche Organisation und eine gerechte Verteilung der Produkte der Arbeit.

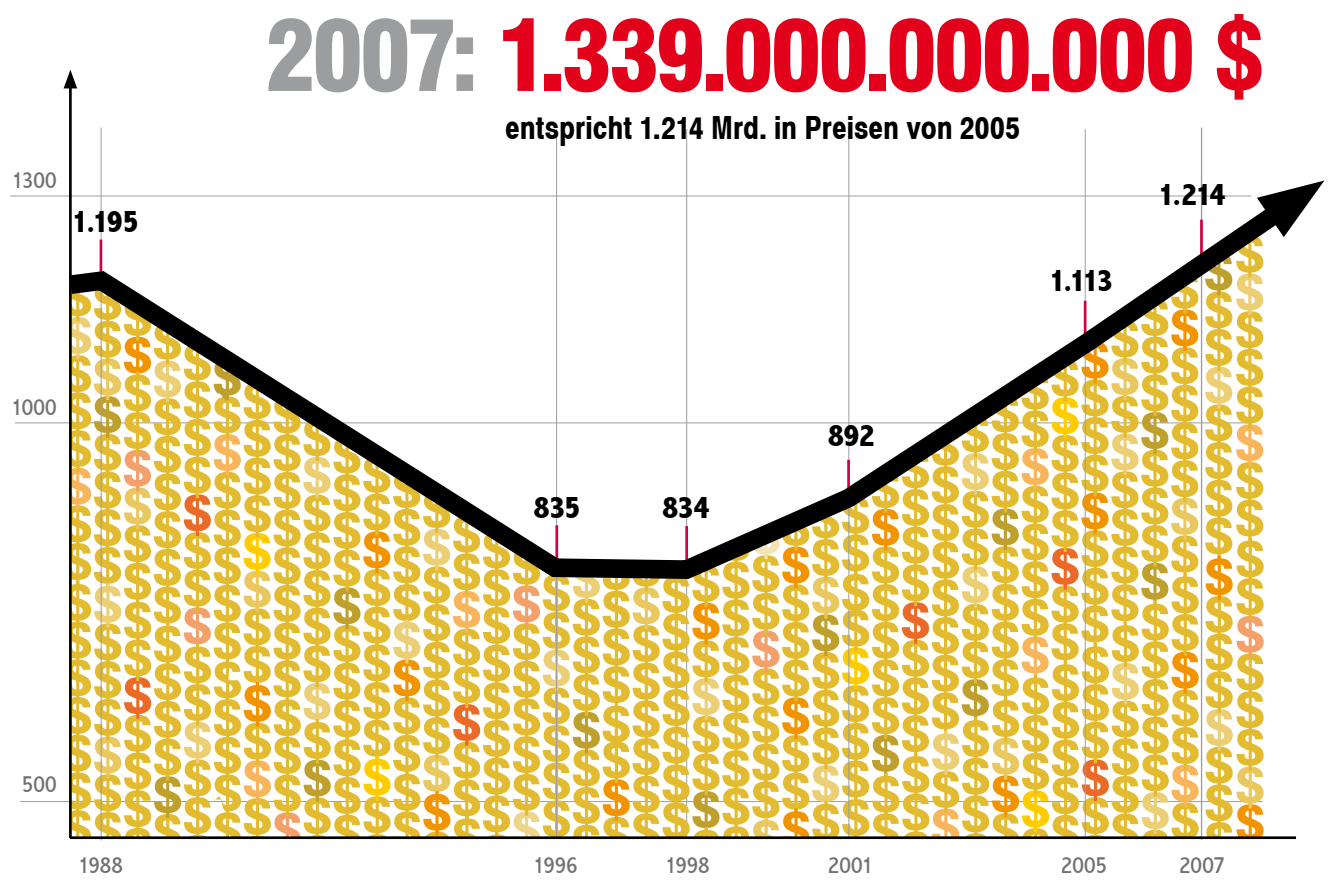
Um eben dies zu verhindern, ist die Nato angetreten. Wer eine gerechte Welt durchsetzen will, muss sich einreihen in den Kampf gegen diese Nato.
Mit der Nato gibt es keinen Frieden!

In acht Abschnitten und 52 Seiten-Kapiteln liefert dieser Grafik-Report Grafiken, Karten, Karikaturen und Kurztexte mit den wichtigsten Fakten und Argumenten zu Nato und Bundeswehr, zu Globalisierung und Krieg, zu Rüstung und Profit und vielem mehr. Die Materialien können Hilfe geben für die Erstellung von Referaten, für die Durchführung von Bildungs- und Schulungszirkeln, für Wandzeitungen, Ausstellungen, Publikationen aller Art. Die Grafiken sind auch auf CD (Powerpoint) erhältlich. Wir ermuntern ausdrücklich zur Verwendung des Report-Materials in jeder gewünschten Form.
Für entsprechende Nachfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

München, Januar 2009

Welt-Militärausgaben

Entwicklung Welt-Militärausgaben
in Mrd. Dollar



Quelle: SIPRI

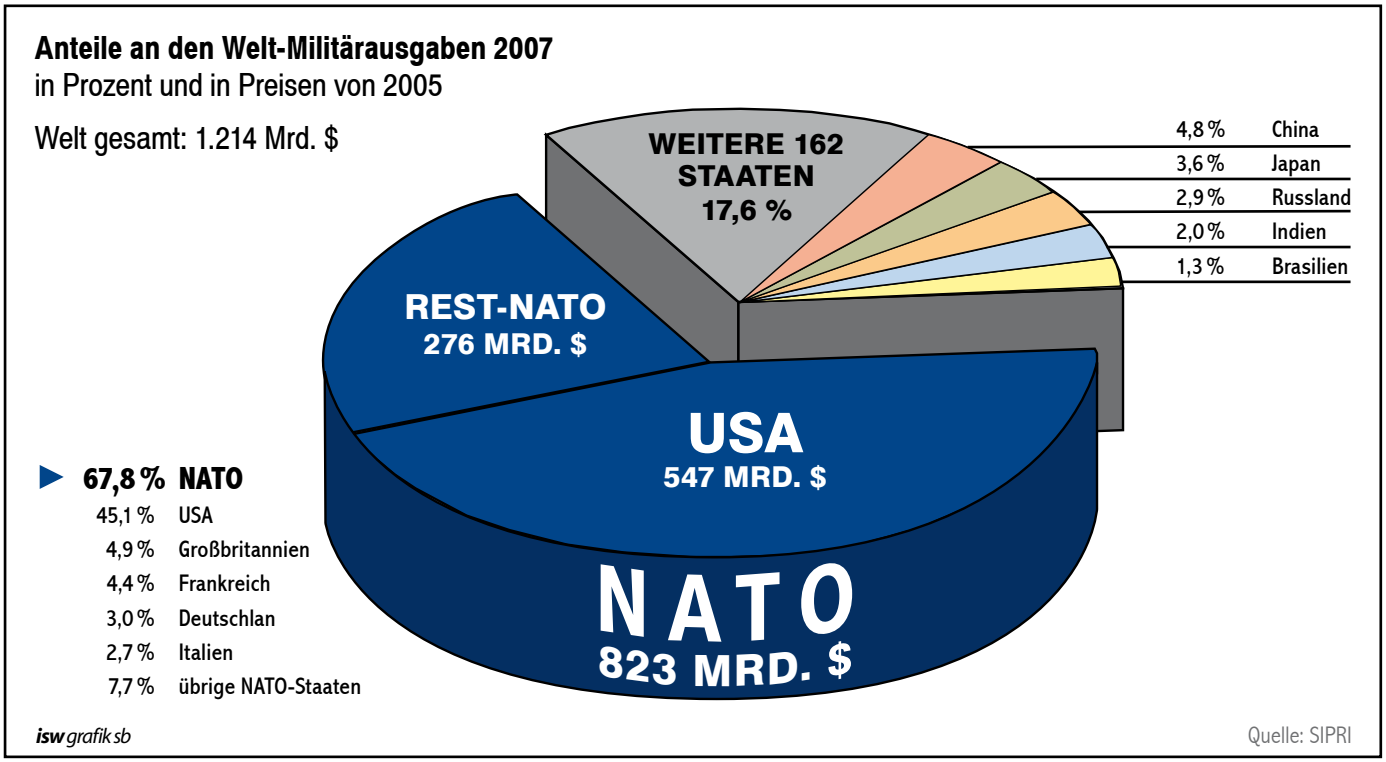
Höchste Militärausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg

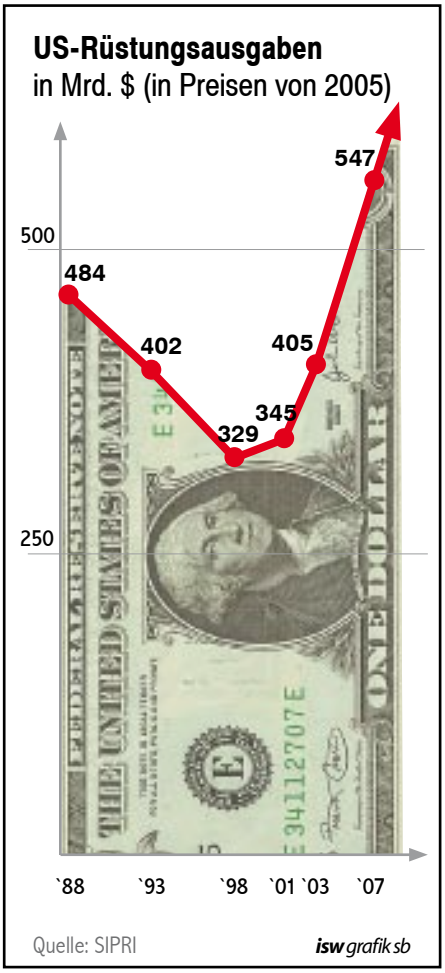
Im Jahr 2007 wurden weltweit 1.339 Milliarden Dollar für Militär, Waffen und Kriege ausgegeben (SIPRI). Pro Kopf der Weltbevölkerung waren das 202 Dollar.

Vergleicht man die Entwicklung in konstanten Preisen von 2005, dann war die Summe im Jahr 2007 erstmals höher als kurz vor dem Ende des „Kalten Krieges" im Jahr 1988. Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation nahmen die globalen Militärausgaben zunächst für ein Jahrzehnt ab und erreichten 1998 den niedrigsten Stand – mit 834 Mrd. Dollar waren sie um 30 Prozent niedriger als 1988. Als Hauptgrund für die Abnahme nannte SIPRI die scharfen Einschnitte beim russischen Militäretat; aber auch die NATO-Staaten reduzierten ihre Militärausgaben leicht. Die erhoffte und versprochene Friedensdividende aber blieb aus. Ab 1999 ist wieder ein kontinuierlicher Anstieg der Rüstungsausgaben zu beobachten, mit dem bisherigen Rekord im Jahr 2007. Real lagen die weltweiten Militärausgaben 2007 um 45 Prozent höher als 1998. Vor allem die USA beschleunigten in den vergangenen Jahren die Rüstungsspirale.

Die reichen Industrieländer gaben zehnmal mehr Geld für ihre Armeen als für Entwicklungshilfe aus. Kein Wunder, dass mit den Rüstungsausgaben die Menschheitsprobleme wie Armut, Hunger, Krankheiten und Seuchen weiter zunehmen. So hat die UNO für ihre humanitären Programme weniger als ein Prozent der Mittel zur Verfügung, die jährlich für Rüstung und Armeen ausgegeben werden. Mit einer Umkehrung des Trends wäre die finanzielle Seite der meisten Menschheitsprobleme zu lösen. (s. a. Seite 48, Milleniumsziele)

Hochrüster Westen





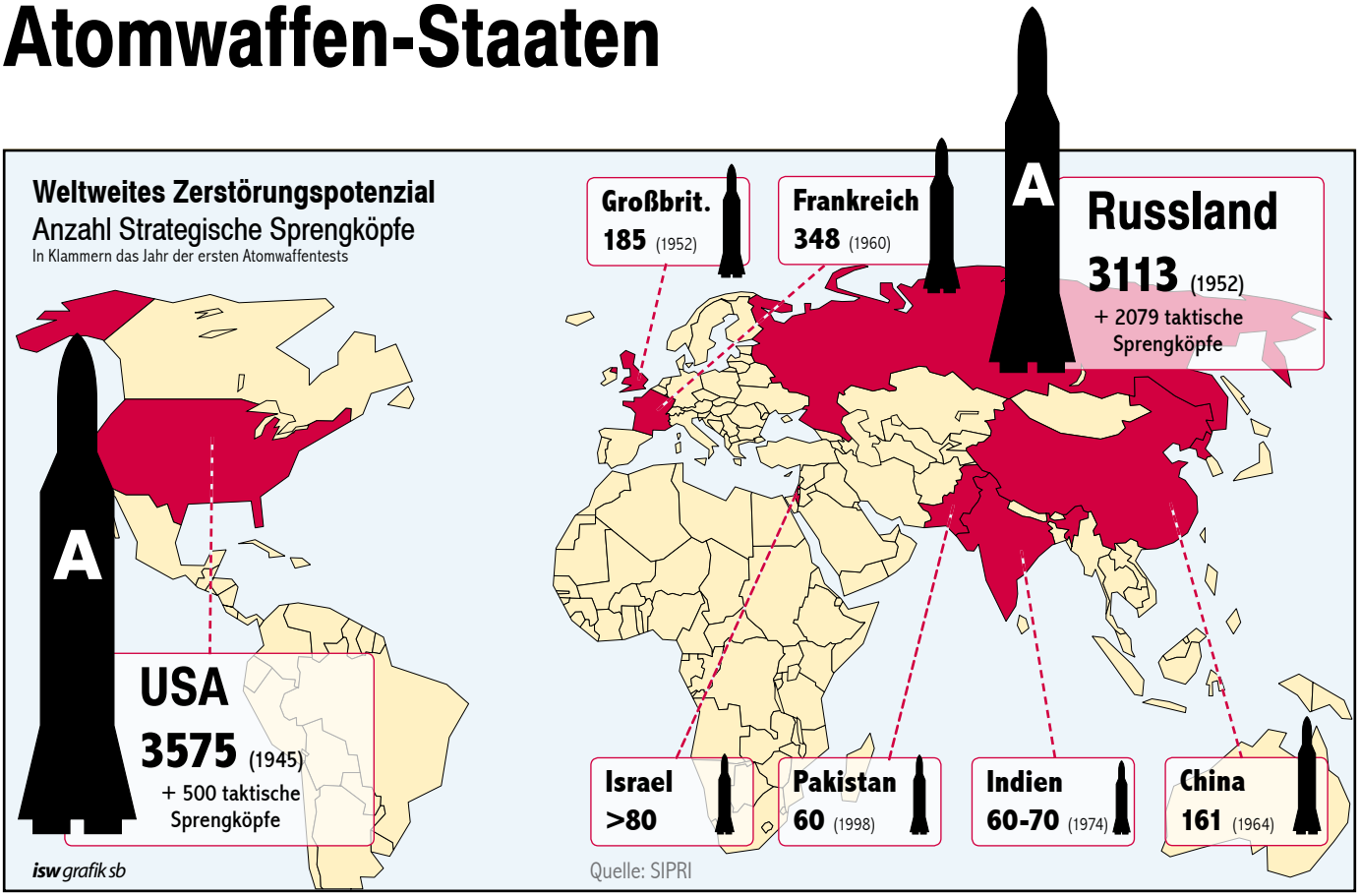
USA: Wettrüsten mit sich selbst

Die reichen Industrieländer fühlen sich offenbar besonders bedroht: Während sie nur 16 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren, entfielen drei Viertel der Welt-Militärausgaben auf sie. Allein die G7-Staaten mit 11 Prozent der Weltbevölkerung sind für zwei Drittel des globalen Rüstungswahns verantwortlich. Ihre Ausgaben für Waffen und Militär dienen nicht der Verteidigung – gegen wen auch – sondern sie dienen der Durchsetzung ihrer Interessen und der Absicherung ihres globalen Machtanspruchs.

Besonders deutlich wird das an den USA. Mitte der 90er Jahre, als die konkurrierende Supermacht Sowjetunion längst verschwunden war, blieben die US-Militärausgaben auf astronomischer Höhe. Zwar hatten sie sich gegenüber 1988 um ein Drittel reduziert, waren aber mit 329 Milliarden Dollar noch immer so hoch wie die des Rests der Welt. Das renommierte US-Rüstungsforschungsinstitut ‚Center for Defense Information' konstatierte damals, man habe den Eindruck, die USA stünden „im Wettrüsten mit sich selber". Russland, das als UdSSR 1988 noch 218 Milliarden Dollar für das Militär ausgab, reduzierte diesen Etatposten bis 1998 um über 80 % auf 35 Milliarden Dollar (nach SIPRI, jeweils in Preisen von 2005).

Ab 1999 stiegen die realen Militärausgaben in den USA wieder, zunächst jedoch nur mäßig. Ab 2001, als US-Präsident Bush der Welt den „Krieg gegen den Terror" erklärte und die Kriege gegen Afghanistan und den Irak anzettelte, gingen die US-Rüstungsausgaben steil nach oben. Die reale Steigerung von 2001 bis 2007 betrug 59 %. „Die US-Militärausgaben sind nun höher als zu jedem Zeitpunkt seit dem Zweiten Weltkrieg", stellt SIPRI fest. (SIPRI 2008, 10)
Als Folge hinterlässt Bush den Amerikanern zusätzliche Schulden von 3.900 Milliarden Dollar (ohne Finanzpakete), das höchste Haushaltsdefizit in ihrer Geschichte, eine marode Infrastruktur und stark gekürzte Sozialausgaben.

Atomwaffen-Staaten



Atomkriegsplanungen der USA

Im Jahr 2008 besaßen acht Atomwaffenstaaten 10.200 einsetzbare Atomsprengköpfe (mit Reserven/Ersatzteilen sogar 25.000 Sprengköpfe). „Mehrere Tausend dieser Atomwaffen werden auf hoher Alarmstufe bereit gehalten und sind innerhalb weniger Minuten abschussbereit." (SPRI 2008, S.16)

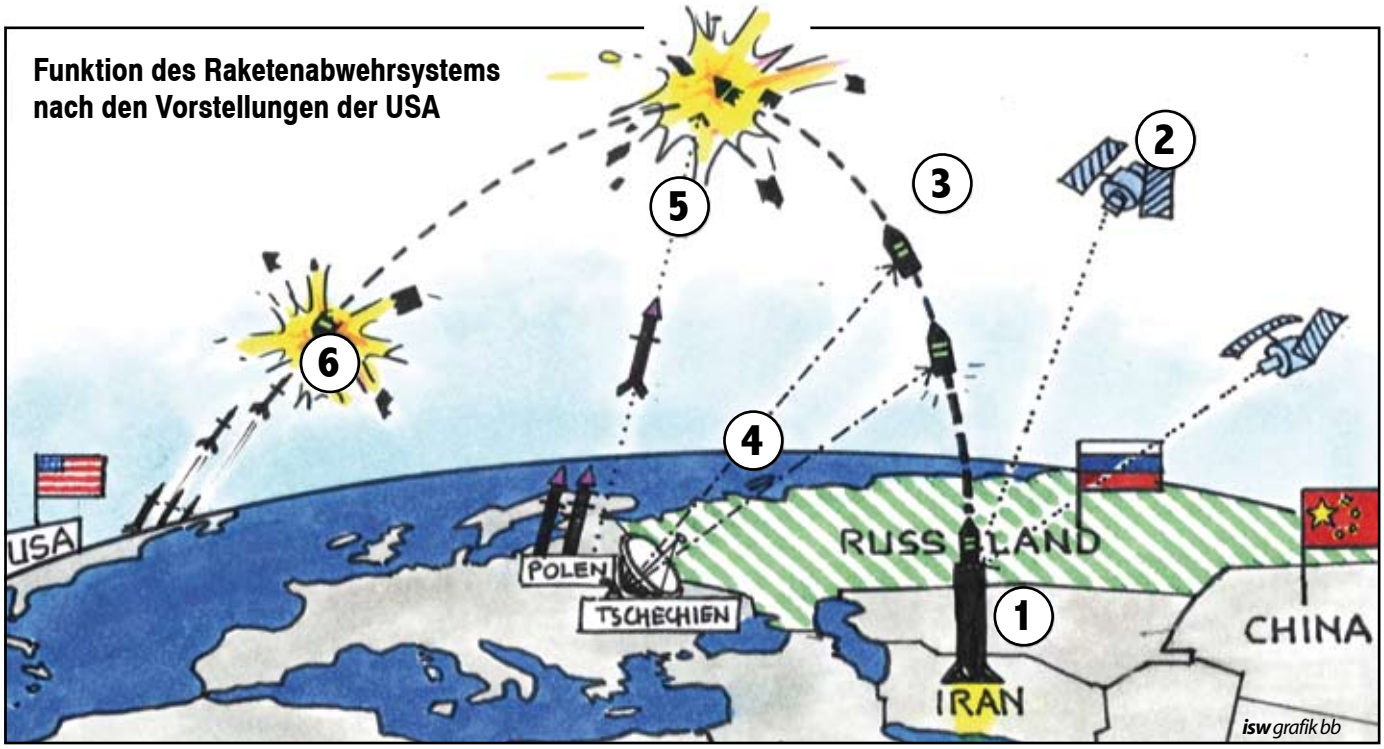
Im Atomwaffensperrvertrag von 1968 verzichten alle Unterzeichnerstaaten, die keine Kernwaffen besitzen, auf die Entwicklung und Herstellung von Nuklearwaffen. Die fünf offiziellen Atommächte (USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und China) verpflichten sich ihrerseits zur Nicht-Weitergabe von Atomwaffen und zur vollständigen Abrüstung dieser Massenvernichtungssysteme. Lediglich vier Nationen haben den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet: Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Zumindest die drei erstgenannten verfügen mittlerweile selbst über die Bombe. „Nordkorea behauptete, 2005 Atomwaffen entwickelt und 2006 einen Atomtest durchgeführt zu haben, doch dafür gibt es keine offiziellen Bestätigungen", schreibt SIPRI (SIPRI 2008, 17).

Ob weitere Atommächte entstehen, hängt in hohem Maße davon ab, ob die führenden Atommächte ernsthaft atomar abrüsten und sich vertraglich verpflichten, auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen zu verzichten. Die Politik der USA läuft jedoch – spätestens seit dem Amtsantritt von Präsident George W. Bush – in die entgegengesetzte Richtung. Mit der im Jahr 2005 verkündeten „Doctrine for Joint Nuclear Options" ist der atomare Erstschlag offizieller Bestandteil der nationalen Sicherheitsstrategie der USA. Danach können US-field commanders in acht Krisenfällen beim US-Präsidenten den Einsatz von Atomwaffen beantragen, u.a. bei einer akuten Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen seitens feindlicher Staaten oder Terroristen oder auch um „rapidly end a war on favorable US terms" (um einen Krieg rasch im Sinne der USA zu beenden).
Nach Ansicht des Internationalen Konversionszentrums (BICC in Bonn) wächst die Gefahr eines Atomkrieges, da die Kernwaffen-Vertragsparteien statt dem schrittweisen Abbau ihrer Arsenale „Zeitpläne für die Modernisierung ihrer Waffensysteme aufstellen". Die Bush-Regierung trieb zudem Pläne zur Entwicklung und zum Bau bunkerbrechender Atomwaffen und Kernwaffen mit geringer Sprengkraft (Mini Nukes) voran. Bislang verweigerte der US-Kongress die Finanzmittel.

Atomwaffen auf deutschem Boden

Mit dem Tornado-Kampfflugzeug verfügt Deutschland nach wie vor über Atomwaffenträger. Im Fliegerhorst des Jagdbombergeschwaders 33 bei Büchel üben Tornado-Piloten noch immer den Atombombenabwurf über Feindesland, gemäß der Regierungsstrategie der „atomaren Teilhabe". In Büchel lagern, jederzeit einsatzbereit, mindestens 20 US-Atombomben (jede mit der zehnfachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe).

US-Raketenabwehr



1 Feindliche Rakete wird abgefeuert, angeblich aus dem IRAN; **2** Frühwarnssatellit erkennt die feindliche Rakete; **3** Der Gefechtskopf fliegt antriebslos auf seiner Flugbahn im Weltraum; **4** Radarstationen (z.B. in Tschechien) identifizieren und verfolgen den Gefechtskopf; **5** Landgestützte Raketen (z.B. in Polen) starten, um einen Zerstörungskörper („Kill Vehicle") ins All zu bringen; **6** Mögliche Zerstörung durch herkömmliche Luftabwehrraketen in der Endphase;

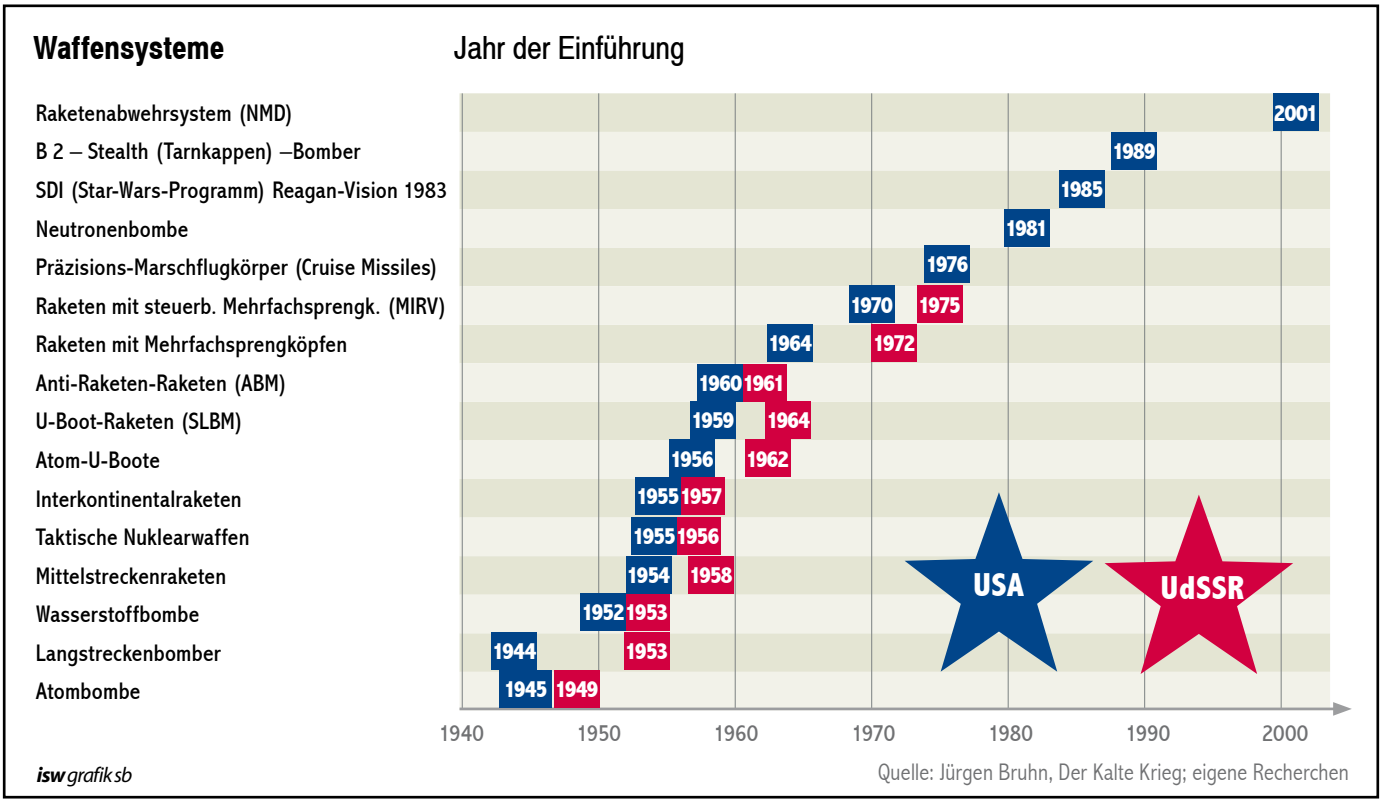
Erstschlag-Option

Der Plan einer Raketenabwehr geht auf US-Präsident Ronald Reagans „Vision" eines Abwehrschilds zurück. Die Strategic Defense Initiative (SDI, Strategische Verteidigungsinitiative) sah die Errichtung eines Gürtels teils boden-, teils satellitengestützter Waffen vor, der die USA unverwundbar machen sollte. Nach dem Ende des „Kalten Krieges" wurde das Programm – auch aus Kostengründen – vorerst auf Eis gelegt. Aber auch die Clinton-Administration investierte jährlich drei Milliarden Dollar in die Entwicklung weltraumgestützter Waffensysteme und beschloss 1999 das Raketenabwehrgesetz (BMD; „Die Vereinigten Staaten verfolgen die Strategie, sobald wie technisch möglich ein nationales Raketenabwehrsystem zu installieren...").

Nach dem Amtsantritt von Präsident Bush wurde das Programm unter dem Namen „National Missile Defense" (NMD) wieder vorangetrieben. 2002 kündigten die USA den ABM-Vertrag mit Russland, der die Aufstellung von Raketenabwehrsystemen einschränkte. Von 2003 bis 2008 pumpten die USA fast 50 Milliarden Dollar in die Entwicklung von NMD, von 2009 bis 2013 werden die Ausgaben auf weitere 48 Mrd. Dollar hochgerechnet (SIPRI 2008, S. 17).
Das System richtet sich angeblich gegen Interkontinental-Raketenattacken sogenannter Schurkenstaaten wie Nordkorea und Iran, die solche Raketen jedoch nicht besitzen. Tatsächlich war sowohl bei Reagans „Krieg der Sterne" als auch bei der 1988 geplanten Errichtung eines Raketenabwehrsystems in Europa (Stationierung damals in GB, Frankreich und der BRD geplant) die Sowjetunion im Visier.
Das ist heute nicht anders. Gegen einen Atomangriff Russlands wäre die Raketenabwehr nutzlos, weil nur ein Bruchteil der feindlichen Sprengköpfe abgefangen werden könnte. Russland und China gehen daher zu Recht davon aus, dass mit NMD die Fähigkeit der USA zum atomaren Erstschlag ermöglicht werden soll. Danach könnte mit einem Angriff zielgenauer US-Raketen zunächst der Großteil russischer Atomwaffen am Boden vernichtet werden. Ein Gegenschlag noch verbleibender russischer Raketen (Zweitschlag) könnte dann durch das amerikanische NMD-System neutralisiert werden. Das atomare „Gleichgewicht des Schreckens", basierend auf dem Prinzip der gesicherten gegenseitigen Vernichtung („wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter"), wäre außer Kraft gesetzt. Die USA könnten bei ihrer interventionistischen Politik und der Durchsetzung ihrer globalen Interessen auch den Einsatz von Atomwaffen in Erwägung ziehen bzw. damit drohen (siehe auch S. 3 „Atomwaffenstaaten").

Bis Ende 2008 sollen die ersten 30 Abfangraketen in Alaska und Kalifornien (!) in Stellung gebracht werden. In Polen werden zunächst zehn Abfangraketen stationiert, die mit Hilfe der in Tschechien zu errichtenden Radarstation gesteuert werden sollen.

Wettrüsten



USA heizen Rüstungswettlauf an

Die Geschichte des Wettrüstens zwischen West und Ost begann mit dem US-Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki, bei dem im Jahr 1945 über 210.000 Menschen getötet wurden. Der Einsatz der Bombe war in keiner Weise kriegsentscheidend, wie Admiral William D. Leahy, zur Zeit des Abwurfs ranghöchster US-Militär, in seinen Memoiren feststellt: „Meine Meinung ist, dass der Einsatz dieser barbarischen Waffe in Hiroshima und Nagasaki nicht entscheidend war in unserem Krieg gegen Japan. Die Japaner waren bereits geschlagen und bereit zur Übergabe ... Mein eigenes Gefühl war, dass wir, indem wir (diese Waffe) als erste einsetzten, den ethischen Standard übernommen hatten, der bei den Barbaren in den Dunklen Zeiten üblich war." (Leahy, S. 441).

Die Wirkung der Bombe war vor allem gegen die Sowjetunion gerichtet, wie das aus einem Kommentar von Präsident Truman zur Fertigstellung der ersten Atombombe hervorgeht: „Wenn die so explodiert, wie ich mir das vorstelle, habe ich mit Sicherheit einen Hammer gegen diese Jungs (die Russen – d. Verf.)." (zit. nach Bührmann, S. 20).

Das Streben nach diesem ultimativen „Hammer" bestimmte in den folgenden Jahren die rüstungstechnologischen Entwicklungen. Geforscht wurde nach der entscheidenden Überlegenheit auf dem Waffensektor, mit der die Sowjets in die strategische Defensive und letztlich zur Kapitulation gebracht werden sollten. Da die USA demonstriert hatten, dass sie bereit waren, auch die barbarischsten Massenvernichtungswaffen einzusetzen und zudem mehrere Pläne zur Führung von Atomkriegen entwickelten, sah sich die Sowjetunion gezwungen, sich auf den Rüstungswettlauf einzulassen. Umso mehr als ihre Abrüstungsvorschläge allesamt als „Sowjetpropaganda" vom Tisch gewischt wurden. Dabei soll nicht bestritten werden, dass auch in der Sowjetunion der militärbürokratische Apparat eine gewisse Eigendynamik erlangte. Obwohl die Rüstungsausgaben der Warschauer Paktstaaten nur einen Bruchteil derjenigen der NATO-Staaten betrugen (1988 WVO 249 Mrd. Dollar zu NATO 760 Mrd.) konnte der wirtschaftlich und technologisch schwächere Osten letztlich nicht mehr mithalten. Der Rüstungswettlauf endete mit dem Totrüsten der Sowjetunion.

Um der Bevölkerung im Westen jeweils die hohen Rüstungslasten aufbürden zu können, wurden von Regierungen und Militärs die entsprechenden Bedrohungslegenden der „Gefahr aus dem Osten" in die Welt gesetzt und die entsprechenden militärischen Lücken wie die „Bomber- und Raketenlücke" erfunden. Auch für die gegenwärtigen Phase der Hochrüstung dient die neue „Gefahr aus dem Osten" in Gestalt des „islamistischen Terrorismus" als Vorwand. In wenigen Jahren dürfte die „gelbe Gefahr" aus Fernost als Bedrohungsszenario herhalten.

Kriegsroboter

Future Warrior

Nach den Phantasien des Pentagon kämpfen auf den Schlachtfeldern der Zukunft menschliche Kriegsroboter und Kampfautomaten. Die Soldaten sind vollgestopft mit Elektronik: Infrarot-Sensoren, Laserentfernungsmesser, Sprechfunk, kabellose Mini-Computer... Das alles wird bereits im Irak- und Afghanistankrieg eingesetzt und weiter erprobt.

Doch Darpa (Defense Advanced Research Projects Agency), eine Forschungsorganisation des Pentagon, arbeitet mit Hochdruck und vielen Milliarden an der Weiterentwicklung der Kampfmaschine Mensch, am „Future Force Warrior"-Programm. Der Zukunftskrieger ist mit Superwaffen ausgestattet, durch einen Wunder-Kampfanzug weitgehend unverwundbar und zu Superkräften befähigt und kämpft und kämpft und kämpft – selbst wenn er verwundet ist. Letzteres durch „Military Bioengeneering": Soldaten sollen mit Hilfe von Chemie, Drogen, Genen und Mikrochips schneller, härter und kampffähiger gemacht werden. Eines der aktuellen Darpa-Programme beschäftigt sich damit, Menschen für Schmerz unempfindlich zu machen, Blutungen so schnell wie möglich zu stoppen und Wunden zu schließen.
Die künftigen Soldaten sehen in ihren Kampfanzügen aus wie „Iron Man" oder andere Science-Fiction-Helden. An der Innenseite der Kampfhaut überwachen Sensoren ständig die Lebensfunktionen und Hirnströme des Kriegers. Sobald der Anzug von einem heranfliegenden Geschoss getroffen wird, versteift er sich und wird dadurch kugelsicher. Künstliche Muskeln, die in die Rüstung eingearbeitet sind, sollen die Kräfte des Kämpfers vervielfachen.

Computer-Kriege

Für Waffen und Kriege der Zukunft wenden das Pentagon und andere Kriegsministerien gewaltige Summen auf. Das Forschungs- und Entwicklungsbudget des Pentagon erhöhte sich von 47 Milliarden Dollar im Jahr 2002 auf 75 Milliarden Dollar in 2008. Auf die Darpa entfallen rund drei Milliarden Dollar: Tendenz steigend. Ein Schwerpunkt liegt auf der Automatisierung des künftigen Schlachtfeldes. So sponsert Darpa seit Jahren einen Wettbewerb für unbemannte Landfahrzeuge. In Afghanistan und im Irak setzt die US Army sog. UAVs (Unmannend Aerial Vehicles) zur Aufklärung ein, unbemannte Flugzeuge, die von einer Bodenstation in den USA per Computer ferngesteuert werden.

Solche „Drohnen" und ihre Weiterentwicklung zu Kampfdrohnen, die lasergesteuerte Bomben zielgenau abfeuern, gehören auch zu den realen Plänen europäischer Militärstrategen. Das Bundesverteidigungsministerium lässt zunächst unbemannte Drohnen zur luftgestützten und weiträumigen Aufklärung entwickeln (Euro Hawk, UAV Hale und Luna). Mit unbemannten Flugzeugen soll perspektivisch das möglich sein, was heute schon mit dem neuen Aufklärungssystem der Marineflieger (P3C Orion) funktioniert: die Verknüpfung von Aufklärung und dem präzisen Beschuss von Zielen.

Die Kriege der Zukunft nehmen für die imperialistischen Staaten zunehmend virtuelle Züge an, werden zu einer Art Computer- oder Videospiel – aber mit echten Toten.

NATO-Jubelfeier 2009

***isw** grafik bb*

60 Jahre NATO – 60 Jahre zuviel

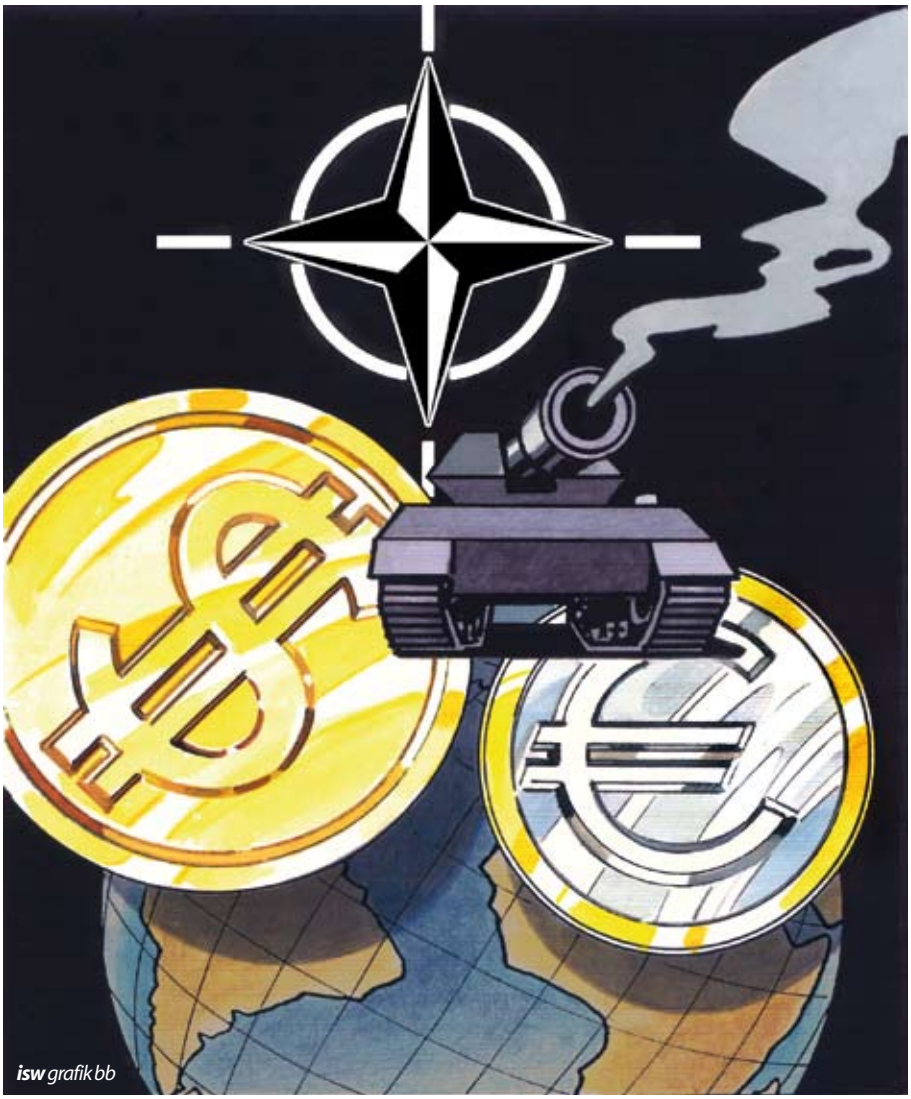
Mit einem „Doppelgipfel" in Straßburg und Baden-Baden feiert die NATO im Frühjahr 2009 ihr 60. Jubiläum. Grund zum Jubeln hat dabei nur der Militär-Industrie-Komplex (MIK), jene unheilige Allianz aus Spitzenmilitärs, Rüstungsindustriellen und reaktionären Politikern. Die NATO-Militärausgaben sind die höchsten in ihrer Geschichte und machen mehr als zwei Drittel (67,8 %) der weltweiten Rüstungsausgaben aus. Zwei Kriege – Afghanistan und Irak – sorgen für Nachschub und neue Aufträge in der Waffenproduktion. Beide Aggressionskriege wurden vom führenden NATO-Mitglied USA angezettelt. In weiteren Ländern, vor allem auf dem Balkan, sind NATO-Truppen stationiert und üben eine quasi-koloniale Besatzungsherrschaft aus. Gleichzeitig rüstet die NATO-Allianz auf breiter Front für künftige Kriege. Mit 26 Mitgliedsstaaten wurde die Militärallianz gegenüber den 12 Gründungsmitgliedern inzwischen wesentlich erweitert und nach Osten bis an die Grenze zu Russland vorgeschoben.

NATO-Gründung 1949

Am 4. April 1949 wurde der Vertrag zur Gründung der NATO von zwölf Staaten unterzeichnet: Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, USA. 1952 kamen Griechenland und die Türkei dazu; die BRD 1955. Spanien wurde 1982 in die NATO aufgenommen. 1966 verließ Frankreich die militärischen Strukturen der NATO, will sich aber jetzt wieder voll einbringen. Die BRD wurde durch die Pariser Verträge vom 5. Mai 1955 in die NATO einbezogen. Die Sowjetunion reagierte darauf mit der Gründung eines eigenen Militärbündnisses als Gegengewicht zur NATO, dem Warschauer Pakt (Warschauer Vertragsorganisation). Acht Ostblockstaaten unterzeichneten am 14. Mai in Warschau den „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (VFZ)".

Laut Vertrag ist die NATO ein Verteidigungsbündnis. Tatsächlich aber war sie von Anfang an eine Militärallianz gegen die Länder des realen Sozialismus, Teil der US-amerikanischen „Roll-Back"-Strategie. Der erste Generalsekretär, Lord Ismay, im Jahr 1955 zum Zweck der NATO: „To keep the Russians out, the Americans in and the Germans down" (Um die Russen draußen [aus Europa], die Amerikaner drinnen und die Deutschen nieder zu halten). Formal orientiert sich die NATO in Artikel 7 ihres Vertrages an der UNO-Charta, in der Realität setzt sie sich jedoch immer mehr über diese Charta hinweg. Sie ist und wird immer mehr ein Kriegsführungsbündnis zur globalen Durchsetzung westlicher Interessen. Beim Jubiläumsgipfel im April 2009 sollen die NATO-Mitgliedsländer auf eine noch aggressivere Militärstrategie eingeschworen werden.

Kriegsallianz NATO



Globalisierte NATO

Mit der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation (1. Juli 1991) und dem Zerfall der Sowjetunion war der NATO das Feindbild abhanden gekommen, sie geriet zunächst in eine Legitimationskrise. Eine Auflösung wurde jedoch nie ernsthaft in Betracht gezogen.

NATO-Gipfel 1991 (Rom): Bereits beim NATO-Gipfel 1991 hob die nordatlantische Allianz ein „Neues Strategisches Konzept" aus der Taufe. Die NATO sah schon in diesem Konzept die Sicherheitsrisiken aus „vielen Richtungen" kommend und „in vielen Facetten", was „schnelle Eingreiftruppen" notwendig mache.

NATO-Gipfel 1999 (Washington): Beim Gipfel zum 50. Jubiläum wurde der „defensive Charakter" mit dem Angriff auf Jugoslawien endgültig zu den Akten gelegt. In drei elementaren Punkten setzt sich die neue NATO-Doktrin über den ursprünglichen NATO-Vertrag hinweg: In der Frage des Einsatzspektrums, des Einsatzgebiets und in der Frage des Mandats zum Einsatz. Es war die Ankündigung einer global agierenden NATO. Die NATO will überall dort eingreifen, wo die „gemeinsamen Interessen" und die „Sicherheitsinteressen" der „westlichen Wertegemeinschaft" berührt sind, notfalls auch „out of area". Sie maßt sich dabei an, auch ohne UNO-Mandat, überall und jederzeit Militärinterventionen durchzuführen. Der damalige NATO-Generalsekretär Solana: „Wir brauchen den UNO-Sicherheitsrat nicht." (Spiegel, 3.5.99).

NATO-Gipfel 2008 (Bukarest): Billigung und Konkretisierung der Pläne zu einer flächendeckenden NATO-Raketenabwehr und Fortsetzung der Osterweiterung. Auftrag zur Erarbeitung eines neuen Richtliniendokuments bis zum Jubiläumsgipfel 2009.

NATO-Gipfel 2009 (Strasbourg/Baden-Baden): Geplant ist eine Runderneuerung des Strategischen Konzepts von 1999. Dazu wurde im Januar 2008 von fünf hochkarätigen NATO-Strategen, darunter der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und spätere Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Klaus Naumann, ein 150-seitiges Grundsatzdokument (sog. Generäle-Papier) vorgelegt: „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World" ("Orientierung auf eine Gesamtstrategie für eine unsichere Welt").

Es handelt sich dabei um ein ambitioniertes Konzept zur aggressiven Neuausrichtung der NATO: von der Erweiterung des Instruments der „humanitären Intervention" über die Festschreibung des Verzichts auf ein UNO-Mandat für NATO-Militäreinsätze bis zur Doktrin des atomaren Präventivschlages. Zum Atomwaffeneinsatz heißt es: „Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen muss im Arsenal der Eskalation das ultimative Instrument bleiben, um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern".

Weiterhin soll auf allen Ebenen unterhalb des NATO-Rates das Konsensprinzip durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden. Schließlich darf nach dem Papier künftig nur mitbestimmen, wer bei militärischen Missionen auch mitkämpft. „Länder, die keine Truppen beitragen, sollten auch kein Mitspracherecht hinsichtlich militärischer Operationen erhalten".

Faustrecht statt Völkerrecht

> **„Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt."**
>
> **Charta der Vereinten Nationen, Kapitel I, Artikel 2 Absatz 4**

Weltsheriff ohne Lizenz

Seit dem 24. März 1999 regiert das Faustrecht. Mit dem Luftangriffskrieg von 13 NATO-Staaten, mit 38.000 Einsätzen gegen Jugoslawien hat der Militärpakt das Völkerrecht zerfetzt. Nach der UNO-Charta liegt das Gewaltmonopol bei den Vereinten Nationen. Nicht einmal die Völkermordkonvention vom 9. Dezember 1948 enthält eine Eingriffsbefugnis für Dritte im Falle eines Völkermordes. Eine Mandatierung des Luftkrieges der NATO durch die UNO aber lag nicht vor. Der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan: „Als Generalsekretär habe ich deutlich gemacht – nicht nur im Zusammenhang mit Kosovo – dass nur der UN-Sicherheitsrat die Verantwortung zur internationalen Friedenssicherung hat. Dies steht so auch im NATO-Vertrag. Deshalb hätte der Sicherheitsrat beteiligt werden müssen an der Entscheidung, Gewalt einzusetzen." (Monitor, 22.4.99).

Ein Mandat des Weltsicherheitsrats wäre jedoch am Veto Russlands und Chinas gescheitert und wurde deshalb von den NATO-Staaten gar nicht in Erwägung gezogen.

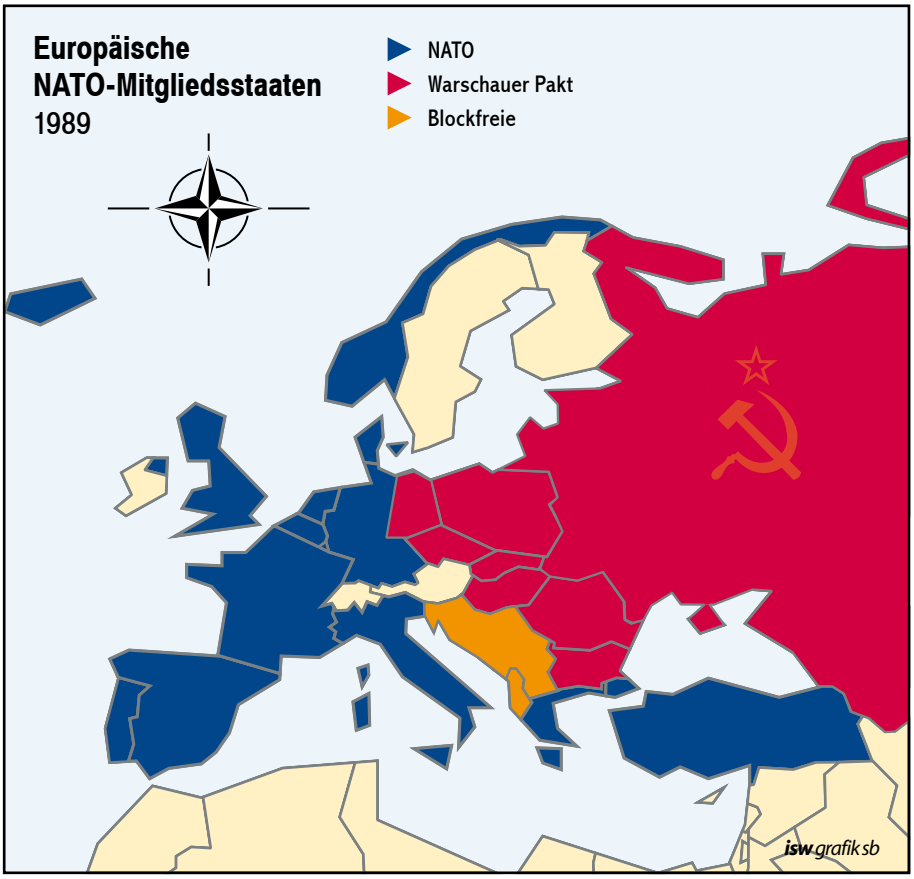
Mit dem Krieg gegen Jugoslawien brach die NATO zudem ihren eigenen Vertrag, wonach das Militärbündnis auf den Verteidigungsfall und streng auf ihr Bündnisgebiet festgelegt ist. Die Beistandspflicht, die aus Artikel 5 des Nordatlantikvertrags folgt, bezieht sich allein auf Angriffe gegen die in Artikel 6 eindeutig definierten Territorien der Bündnispartner. Artikel 7 betont ausdrücklich die Verantwortung des UN-Sicherheitsrates für die Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit.

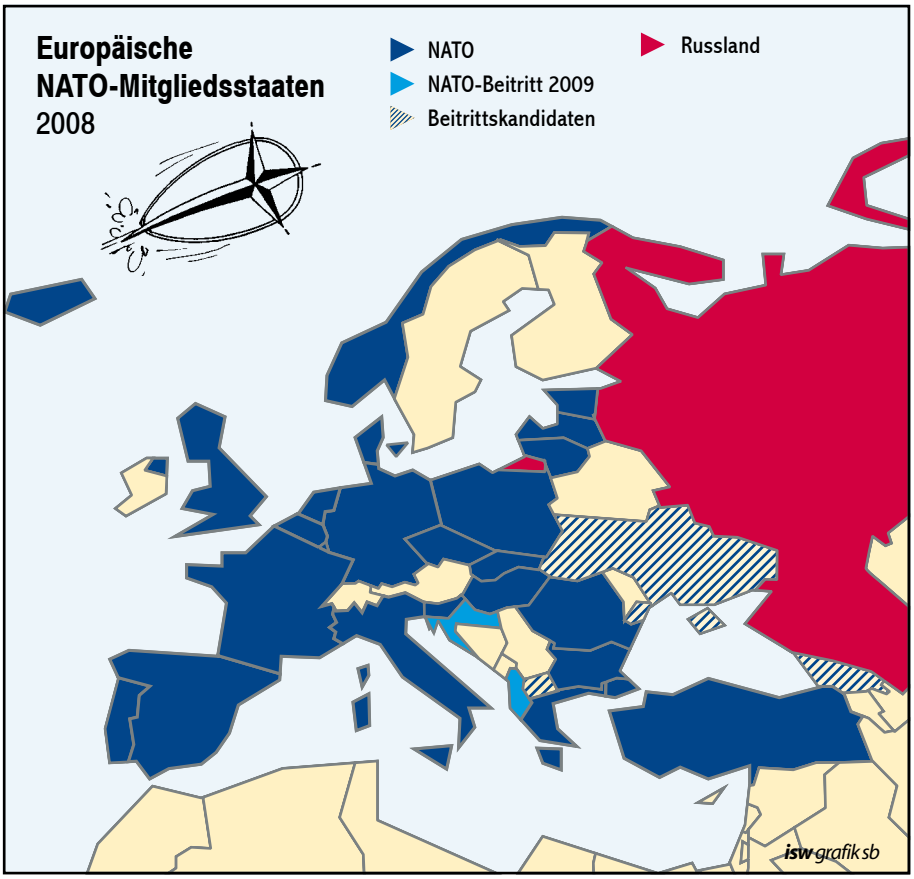
Der Angriff auf Jugoslawien, der erste gemeinsame Krieg der NATO-Staaten, war die entscheidende Weichenstellung für die Transformation der Allianz zum Interventionsbündnis. Der russische Schriftsteller Alexander Solschenizyn: „Die NATO hat eine neue Epoche eingeleitet wie damals Hitler, der den Völkerbund verließ und dann den Zweiten Weltkrieg begann." (Die Zeit, 6.5.99).

Johannes Varwick registriert in seinem Buch „Die NATO" (S. 149f) von 1991 bis 2007 insgesamt 23 NATO-Operationen, allesamt out of area. Bei fast keinem der Einsätze hat sich in der Folge die Lage für die betreffende Bevölkerung verbessert. Der größte und blutigste Militäreinsatz nach dem Jugoslawienkrieg findet seit 2001 in Afghanistan (siehe Seiten 32 und 33) statt. Ein Ende ist nicht abzusehen.

Der NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer fasste 2004 die veränderte Situation so zusammen: „Natürlich bleibt die kollektive Verteidigung unseres Bündnisterritoriums eine Kernaufgabe der NATO. Aber wir können unsere Sicherheit heutzutage nicht mehr gewährleisten, wenn wir uns nicht den Risiken und Bedrohungen widmen, die sich fern unserer Heimatländer abzeichnen." (Varwick, S. 43). „Projektion von Sicherheit" heißt das im NATO-Jargon. Gegebenenfalls auch ohne UNO-Mandat.

NATO-Ostexpansion





Europas veränderte Landkarte

Die NATO-Osterweiterung wurde von Deutschland eingeleitet. Einerseits mit dem Anschluss der DDR (1991), zum anderen machte sich die Kohl-Regierung ab 1993 für den Beitritt der so genannten Visegradländer Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei stark. Zu dieser Zeit wurde auch vorrangig von Deutschland die Zerschlagung Jugoslawiens betrieben. Die USA, anfangs zurückhaltend, machten sich ab Ende 1994 zum Vorreiter, als Präsident Clinton auf dem Budapester KSZE-Gipfel vehement für eine nach Osten „expandierende“ NATO eintrat. Brzezinski, führender US-Stratege und außenpolitischer Berater Obamas im Wahlkampf: Man müsse „...darüber reden, wie man Russland einbinden und ihm helfen kann, sich zu erholen; gleichzeitig sollte man an seinen Grenzen ein erweitertes Sicherheitssystem aufbauen, mit dem man es in Schach halten könnte, falls es seine Stärke wiedergewinnt ...“ (FAZ, 12.3.99)

Einkreisungsstrategie

Zum 50. Jubiläumsgipfel 1999 wurden Polen, Tschechien und Ungarn in den westlichen Militärpakt aufgenommen. 2004 erfolgte der Beitritt von Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien. Die NATO hatte damit 26 Mitgliedsstaaten.
Zum Jubiläumsgipfel 2009 sollen Albanien und Kroatien aufgenommen werden. Die meisten Schritte zur Ostexpansion der NATO gingen mit einer Osterweiterung der EU einher. NATO und EU haben ihre Grenzen bis nahe bzw. an die russische Westgrenze verschoben. Alle früheren so genannten Warschauer Vertragsstaaten sind heute Mitglied der NATO und der EU. Der Einkreisungsring im Norden und Westen Russlands ist fast perfekt. Jetzt soll Russland zunehmend im Süden in die NATO-Zange genommen werden. Die ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine und Georgien haben Aufnahmeanträge in den Militärpakt gestellt. Auf dem Bukarest-Gipfel der NATO 2008 wurde ihnen eine Mitgliedschaft grundsätzlich in Aussicht gestellt.

Militärmacht EU

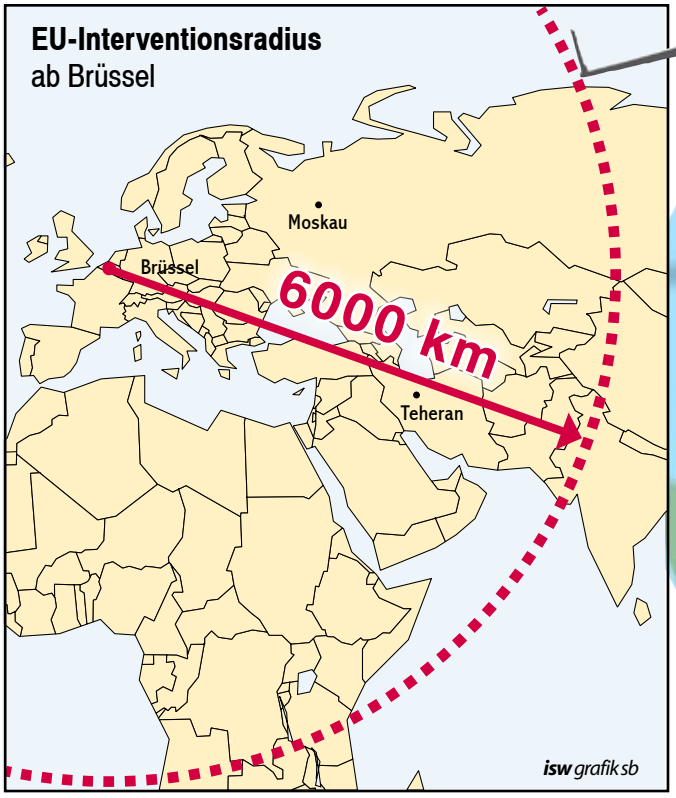
Einsätze im Dschungel

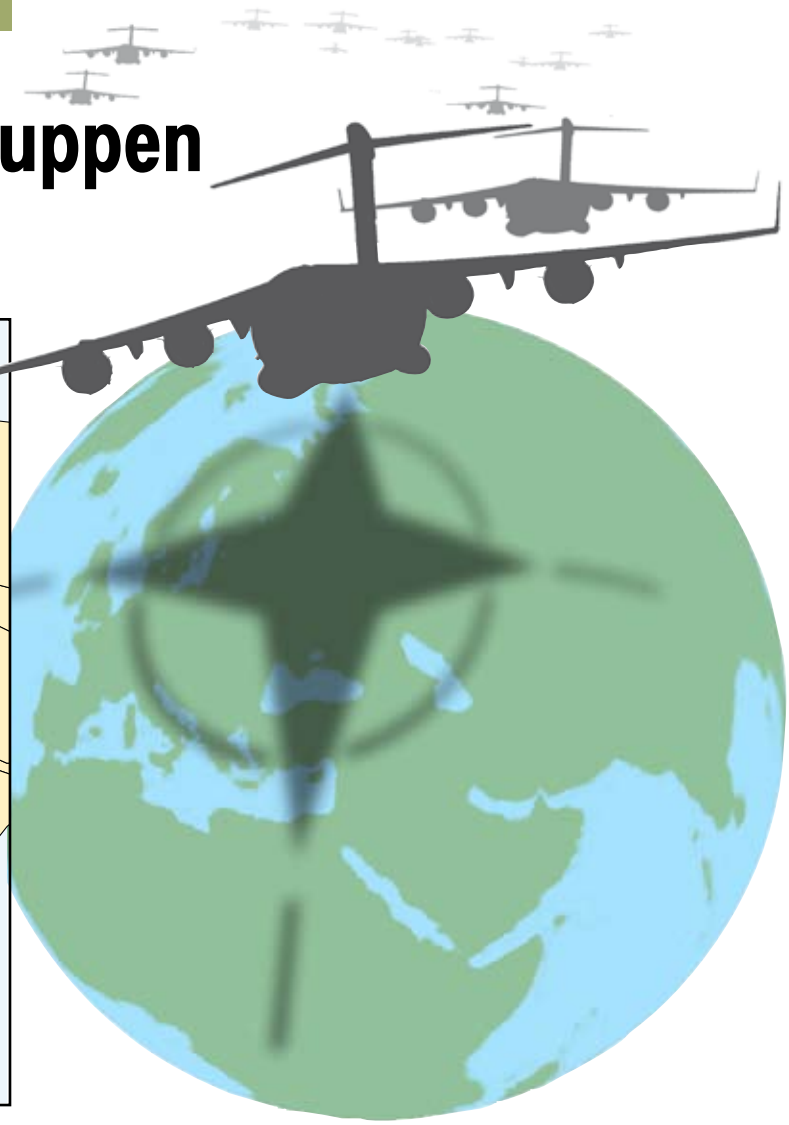
Die EU bereitet sich zunehmend auf eine aggressive und militärische Rolle in der Welt vor. Beim EU-Gipfel 1999 wurden dafür die Weichen gestellt. In der Erklärung des Europäischen Rates heißt es: Die EU „muss die Fähigkeit zum autonomen Handeln, gestützt auf ein glaubwürdiges Militärpotential, sowie die Mittel und Bereitschaft besitzen, um – unbeschadet von Maßnahmen der NATO – auf internationale Krisensituationen zu reagieren". Die EU muss „zur uneingeschränkten Wahrnehmung ihrer Aufgaben ... über entsprechende Fähigkeiten und Instrumente verfügen". Einer der entscheidenden Beschlüsse war die Aufstellung von „Schnellen Eingreiftruppen" und der EU-Battle-Groups (s. Seite 12).
2003 wurde die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) beschlossen. Zentrale Zielsetzung war die „Verpflichtung" zu „verstärkten militärischen Fähigkeiten", um die EU „zu einem handlungsfähigen Akteur" zu machen und „um Einfluss im Weltmaßstab auszuüben".
2005 veröffentlichte der EU-eigene Think Tank, das Institute for Security Studies (ISS), das „European Defence Paper" (EDP). Darin heißt es: „Die Union ist ein strategischer Akteur mit Werten und Interessen, die es zu schützen und zu verbreiten gilt". Unterschieden wird dabei zwischen „Werteinteressen", wie z.B. die neoliberale Wirtschaftsordnung, und „vitalen Interessen", wie etwa Zugang zu Ressourcen.
Der Hauptbeweggrund für die Militarisierung Europas besteht darin, dass man mit den desaströsen Folgen von kapitalistischer Globalisierung und Neoliberalismus fertig werden will, um die Stabilität des ökonomischen Gesamtsystems zu sichern. Von zunehmendem „Chaos in der Welt" spricht Robert Cooper , der wichtigste Berater von Javier Solana und Hauptautor der Europäischen Sicherheitsstrategie und betont: „Unter uns arbeiten wir auf der Basis von Gesetzen und einer offenen kooperationsorientierten Sicherheit. Aber wenn wir es mit altmodischen Staaten außerhalb des postmodernen Europas zu tun haben, müssen wir zu den rauheren Methoden einer früheren Zeit zurückkehren... Unter uns befolgen wir das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel sind, handeln wir nach dem Gesetz des Dschungels." (Cooper, 10)

Zugang zu Ressourcen

Der zweite Beweggrund ist das Ziel, notfalls mit Gewalt den freien Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen zu garantieren, insbesondere zu Öl und Erdgas. Dieses Ziel wird ausdrücklich im EDP genannt und sogar konkrete Szenarien werden beschrieben: „In einem Staat an der Küste des Indischen Ozeans haben antiwestliche Elemente im Staate X die Macht ergriffen und benutzen das Öl als Waffe, weisen Westler außer Landes und greifen westliche Interessen an". Ziel sei es, „das besetzte Territorium zu befreien und die Kontrolle über einige der Ölanlagen, Pipelines und Häfen des Landes X zu gewinnen" (ISS, 83). Dabei betont das Papier, dass ein solcher Einsatz nur im Verbund mit den USA bewältigt werden könne.
Auch im Reformvertrag von Lissabon sind solche Kampfeinsätze "im Rahmen der Krisenbewältigung" (Art. 28b) vorgesehen. Zu diesem Zweck soll die künftige europäische Militärpolitik noch enger an NATO und USA gekoppelt werden (Art. 28a, Abs. 7). Der Reformvertrag legt außerdem in Art. 28a, Abs. 3 die Pflicht zur Aufrüstung für die Mitgliedsstaaten bindend fest. Er verpflichtet alle Mitgliedsstaaten zu Beistand „gegen terroristische Bedrohungen und Angriffe ... mit allen Mitteln". Damit kann Militär erstmals auch innerhalb der EU eingesetzt werden.

NATO-EU-Eingreiftruppen





EU-Schlachtgruppen

Basierend auf den Beschluss des Europäischen Rates von 1999 wurden ab 2003 die EU-Krisenreaktionskräfte aufgebaut. Binnen 60 Tagen soll die EU in der Lage sein, bis zu 60.000 Mann aus nationalen Verbänden – Deutschland stellt mit 18.000 Mann das größte Kontingent – für globale Einsätze zu rekrutieren. Dazu kommen noch 20.000 Marine- und Luftwaffenkräfte.

Deutschland und Frankreich machen sich zunehmend für eine eigenständige EU-Armee, integriert aus nationalen Armeen, stark, was aber durch das Nein der Iren zum Lissabon-Vertrag vorerst auf Eis gelegt ist.

Zusätzlich zur Schnellen Eingreiftruppe wurden ab 2004/05 sog. Schlachtgruppen (Battle Groups) geschaffen. Es handelt sich um hochflexible, mobile und rasch verfügbare Gefechtsverbände, von denen jeweils zwei in ständiger Einsatzbereitschaft gehalten werden. Diese nationalen, bi- und multinationalen Kampfverbände von jeweils 1.500 Soldaten, die über eigene Logistik und Transportkapazitäten verfügen, sollen innerhalb von 5 bis 10 Tagen im Umkreis von 6000 km um Brüssel ins vorgesehene Kriegsgebiet verlegt werden können. Auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats sollen sie dort 30 Tage und nach Bedarf auch 120 Tage autark operieren können.

NATO Response Force (NRF)

Wie der damalige Verteidigungsminister Struck betonte, sind die EU-Kampftruppen keine Konkurrenz zur NATO. „Sie sind vielmehr eine gute Ergänzung etwa zu der schnellen Eingreiftruppe der NATO.“ Denn die kleineren EU-Kampftruppen könnten eingesetzt werden, wenn die größere NATO-Truppe nicht aktiviert werden soll (HB, 10.11.04).
Die NRF, beschlossen beim NATO-Gipfel 2002 in Prag, ist eine 25.000 Soldatinnen und Soldaten umfassende NATO-Kampftruppe, die in ständiger Einsatzbereitschaft gehalten wird. Innerhalb von fünf Tagen soll sie an jeden Ort der Welt verlegt werden können. Die NRF besteht aus Verbänden aller Teilstreitkräfte (deren Zusammensetzung sich alle sechs Monate ändert) mit allem erforderlichen Kriegsgerät inklusive Schiffen und Flugzeugen. Dabei trägt jedes Land die Kosten der eigenen Einsatzbeteiligung.
Deutschland stellt Truppenstärken zwischen 1.200 und 6.200 Mann, womit die Bundeswehr das größte nationale Kontingent aufbringt. Die Sollstärke der NATO-Eingreiftruppe ist bisher allerdings nur zur Hälfte erreicht. Der NATO-Oberbefehlshaber für Europa, US-General Craddock, mahnte konkrete Missionen für die NRF an; u.a. will er sie als Reserve nach Afghanistan schicken, was von Deutschland und anderen Alliierten jedoch bislang abgelehnt wird.

Jugoslawien – Erster NATO-Krieg

Am 24. März 1999 begannen die NATO-Staaten ihren Angriffs-Krieg gegen Jugoslawien – erstmals seit dem 2. Weltkrieg unter aktiver Beteiligung Deutschlands. Mit dem 78 Tage andauernden Bombardement – vornehmlich auf Brücken und Eisenbahnlinien, auf Industriebetriebe, Krankenhäuser und Schulen, auf Wasserversorgungsanlagen, Strom- und Heizkraftwerke – haben die NATO-Mächte die Bevölkerung Serbiens terrorisiert und wesentliche Teile der Infrastruktur und der Wirtschaft Jugoslawiens zerstört.

Etwa 4.000 Menschen starben im Bomben- und Raketenhagel der NATO. Weite Teile des Landes wurden durch Uran-Munition kontaminiert.

Zielgenaue Satellitengesteuerte Raketen trafen den Zug Belgrad-Thessaloniki auf einer Eisenbahnbrücke, einen Flüchtlingskonvoi im Kosovo, einen vollbesetzten Linienbus in der Nähe von Pristina, das Krankenhaus in Surdulica und Hunderte andere nichtmilitärische Ziele.

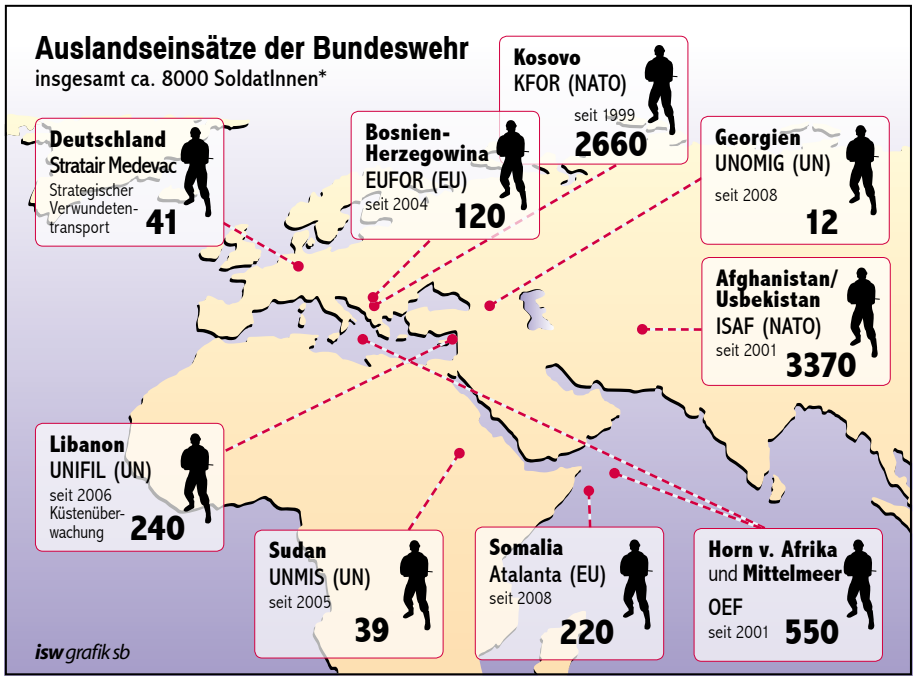
Kriegsbrandstifter Deutschland

Der Jugoslawienkrieg und die Zerstückelung des ehemaligen Vielvölkerstaates ist insbesondere von Deutschland zielstrebig vorangetrieben worden.

Ab 1990 war nur noch vom „Völkergefängnis Jugoslawien“ die Rede (FAZ). „Originäre Völker“ dürften nicht länger in „widernatürlichen aufgezwungenen staatlichen Organisationen“ festgehalten werden (Rupert Scholz, ehem. Verteidigungsminister der BRD). Im Juli 1992 wird Außenminister Kinkel mit dem denkwürdigen Ausspruch zitiert: „Serbien muss in die Knie gezwungen werden.“ (Die Zeit, 14.7.1992)

Um Serbien gefügig zu machen, war den damaligen Bundesregierungen jedes Mittel recht: von der schnellen Anerkennung der abgespaltenen Republiken, Waffenlieferungen an Kroatien, Embargo- und Blockademaßnahmen gegen Rest-Jugoslawien bis hin zu NATO-Luftschlägen, Tornadoeinsätzen und Interventionsdrohungen.
Die Erpressung endete schließlich mit dem Diktat von Rambouillet. Die jugoslawische Regierung wurde vor die Wahl gestellt, entweder der Stationierung von NATO-Besatzungstruppen im Kosovo zuzustimmen oder einen verheerenden Krieg in Kauf zu nehmen. In ganz Jugoslawien sollte nicht nur die NATO, sondern auch das internationale Kapital volle Freizügigkeit genießen. In Kapitel 4 des Vertragstextes stand: „Die Wirtschaft soll in Übereinstimmung mit den Prinzipien des freien Marktes funktionieren“ ... Es soll keine Einschränkungen geben für den freien Verkehr von Gütern, Dienstleistungen und Kapital ...“. Die Behörden Jugoslawiens „sollen die volle Bewegungsfreiheit für Güter, Dienstleistungen und Kapital, einschließlich internationaler Quellen sicherstellen“. Kein Regierungschef – egal welchen Landes – hätte einen solchen Vertrag unterschreiben können.
Nach dem Auslaufen des Ultimatums begann der NATO-Aggressionskrieg. Bundeskanzler Schröder erklärte vor dem Bundestag: „... mit Rücksicht auf die Stellung der Vereinten Nationen war es richtig, die NATO-Entscheidungen nicht von einer weiteren Sicherheitsratsresolution abhängig zu machen.“ (Bundestags-Plenarprotokoll 13/248)

Deutschland im Krieg



Quelle: Bundeswehr.de, *Stand Dezember 2008 (Truppenstärken variieren einsatzabhängig)

„Es gibt nur zwei Währungen auf der Welt: Wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen."
(General Klaus Naumann 1992, damals Generalinspekteur der Bundeswehr)

Entsprechend dieser Logik wird die Bundeswehr für weltweite Militärinterventionen umgerüstet und eingesetzt.

In den Bundeswehr-Richtlinien von 2003 heißt es: "Landesverteidigung entspricht nicht mehr den aktuellen sicherheitspolitischen Erfordernissen". Stattdessen sei die Bundeswehr heute „unverzichtbares Instrument, um die Interessen (Deutschlands) und seinen internationalen Einfluss zu wahren". (Ziffern 72 und 73) „Künftige Einsätze lassen sich weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen… Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art eines Einsatzes." (Ziffer 57).

Das aktuelle Bundeswehr-Weißbuch 2006 bezeichnet „eine sichere Rohstoffzufuhr und sichere Transportwege" als einen Kernbereich deutscher Außenpolitik und die Bundeswehr als Instrument zur Durchsetzung dieser Ansprüche. Dort heißt es: „Die Bundeswehr sichert die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands… Daraus ergibt sich eine strikt einsatzorientierte Ausrichtung der Bundeswehr. Sie ist so weiterzuentwickeln, dass die Streitkräfte uneingeschränkt im multinationalen Feld operieren können." (Seite 82)

Diesen Zielsetzungen entsprechend wurde die Bundeswehr umstrukturiert. Sie gliedert sich in 35.000 Einsatzkräfte für Auslandsoperationen hoher Intensität, 70.000 Stabilisierungskräfte (Besatzungstruppen im Einsatzgebiet) und 147.500 Unterstützungskräfte (Ausbildung, Logistische Unterstützung, Verwaltung).

Nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums sind derzeit (Dezember 2008) rund 7.000 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz. Die Zahlen variieren von Monat zu Monat. Tatsächlich kann die Truppenstärke jederzeit auf bis zu 19.725 aufgestockt werden, weil die Obergrenzen bei den vom Bundestag beschlossenen Mandaten bislang nicht ausgeschöpft werden. So könnten in Afghanistan 4.500, am Horn von Afrika und im Mittelmeer 800, an der Libanonküste 1.200, an der Küste Somalias 1.400, im Kosovo 8.500, in Bosnien/Herzogewina 3.000 und im Sudan 325 Bundeswehrkräfte eingesetzt werden.

Die angeblichen und die tatsächlichen Kosten

Zu den Kosten der Auslandseinsätze zählt die Bundesregierung lediglich die sog. „einsatzbedingten Mehrkosten", z.B. Auslandszuschläge, Transport und Versorgung der Truppen, im Einsatzland benötigte militärische Anlagen und ähnliches. Für das Jahr 2007 wurden dafür 910,7 Millionen Euro ausgegeben, in den Jahren 1998 bis 2007 waren es 10,6 Milliarden (Bundestagsdrucksache 16/10692, 22.10.08).

Tatsächlich ist jedoch die gesamte Bundeswehr und ihre Bewaffnung heute ausschließlich eine Armee für Auslandskriegseinsätze und somit der gesamte Militäretat ein Auslands-Einsatzetat.

Andauernder Verfassungsbruch

„Das Einsatzgebiet der Bundeswehr ist die ganze Welt."

Dieser Satz von Ex-Militärminister Struck ist heute offizielle Staatsdoktrin; ein Auftrag für die Bundeswehr, der gegen das Völkerrecht verstößt und das Grundgesetz bricht.

Denn laut Grundgesetz ist die Aufgabe der Bundeswehr ausschließlich die Landesverteidigung, und zwar „wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht" (Art. 87a und 115a GG). Die Vorbereitung eines Angriffskrieges ist außerdem ausdrücklich verboten und strafbar.

Artikel 26, Abs.1 des Grundgesetzes lautet:
„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

isw grafik bb

1999 Die Bundeswehr beteiligt sich am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien. Tornado-Kampfflugzeuge bombardieren serbische Städte, zerstören Brücken, Industrieanlagen, Schulen und Krankenhäuser. Etwa 4000 Menschen werden durch NATO-Bomben getötet.

2001 Deutschland beteiligt sich am Krieg und an der Besatzung Afghanistans. Der Bundeswehreinsatz wird von Jahr zu Jahr ausgeweitet – im Oktober 2008 (ISAF-Mandat) von 3.500 auf eine Truppenstärke von 4.500.

Mit den Tornado-Aufklärungsflügen und dem Einsatz der Eingreiftruppe für offensive Kampfaktionen „Quick Reaction Force" (QRF) beteiligt sich Deutschland an der weiteren Kriegseskalation. Am 14. März 2008 erklärte Militärminister Jung zum Charakter der Bundeswehreinsätze, „künftig" würden „robustere Maßnahmen ins Zentrum rücken".

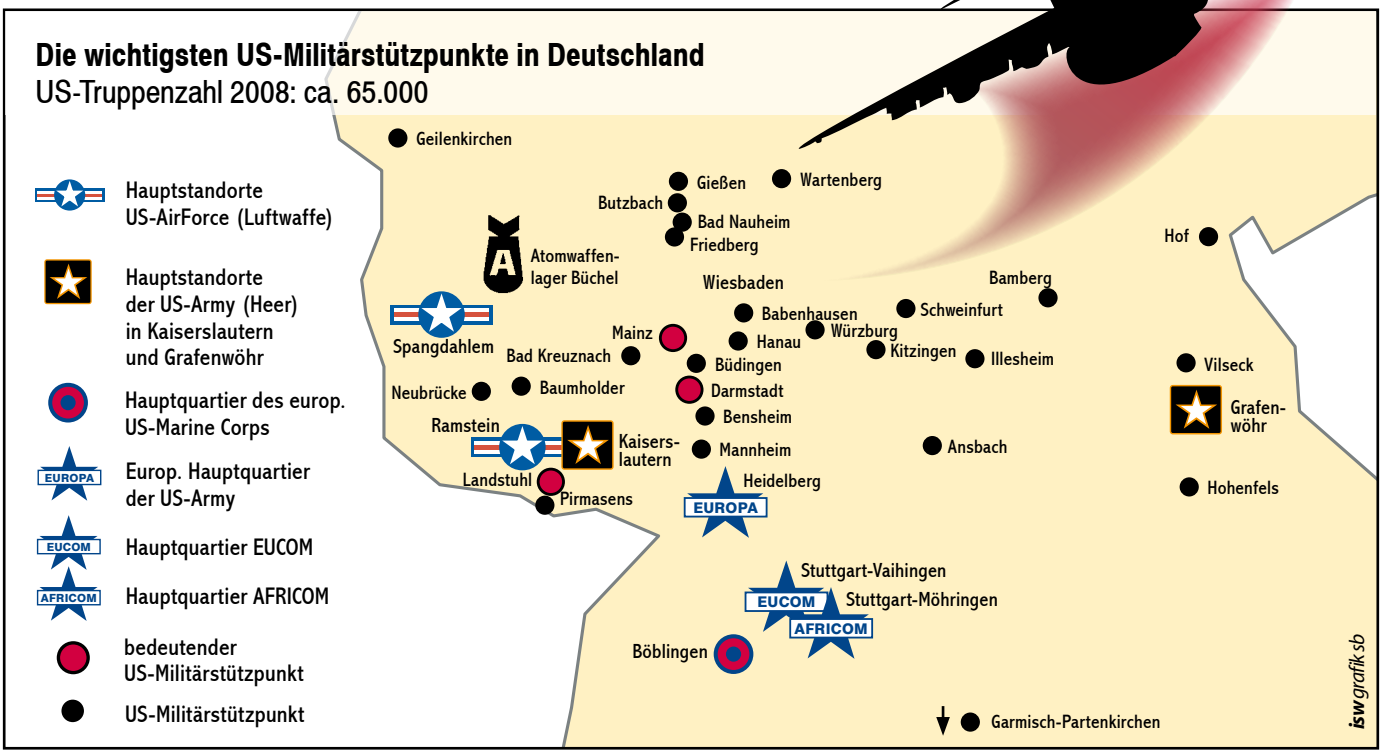
2003 Im Krieg gegen den Irak beteiligt sich Deutschland zwar nicht mit eigenen Kampfverbänden, die US-Invasoren erhalten jedoch vielfältige militärische Unterstützung: durch AWACS-Aufklärungsflugzeuge, Geleitschutz der Bundesmarine für die US-Kriegsflotte und die Bewachung der US-Militäranlagen in Deutschland durch die Bundeswehr. Außerdem lieferten BND-Agenten im Irak wertvolle Informationen für die US-Kriegsführung.

Die entscheidende Beihilfe, die bis heute andauert, ist jedoch die Gewährung von Überflugrechten und die Genehmigung, die US-Militärstützpunkte in Deutschland als Ausgangs- und Nachschubbasis für den Krieg zu nutzen.

2003 weigerte sich der Bundeswehr-Major Florian Pfaff, Befehle zu befolgen, die den Krieg gegen den Irak unterstützen. Das Bundesverwaltungsgericht stellte fest, dass die Erlaubnis zur Benutzung der Militärstützpunkte und die Gewährung von Überflugrechten Beihilfe zu den Angriffshandlungen gegen den Irak war und urteilte: „Die Beihilfe zu einem völkerrechtswidrigen Delikt ist selbst ein völkerrechtswidriges Delikt." (21.6.2005, Aktenzeichen 2 WD 12.04)

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2004 propagierte Angela Merkel den Krieg als Mittel der Politik: Um "Politik und Handeln anderer Nationen zu beeinflussen" und um „den Interessen und Werten der eigenen Nation zu dienen", müssten wir „alle Mittel in Betracht ziehen, von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern".

Kriegsdrehscheibe Deutschland



Deutschland ist die zentrale logistische Drehscheibe für die US-Kriegsmaschinerie. Ein wesentlicher Teil der Truppen- und Waffentransporte in die Kriegsgebiete wird über Deutschland abgewickelt. Ebenso wie für die in Deutschland startenden Bombenflugzeuge oder die CIA-Gefangenenflüge in die berüchtigten Foltergefängnisse hat die Bundesregierung dafür eine pauschale Überfluggenehmigung erteilt.
Deutschland beherbergt weltweit die meisten US-Militärstützpunkte außerhalb der Vereinigten Staaten und hat mit 64.000 Soldaten die größte US-Truppenstärke in Europa.
Die überragende Rolle Deutschlands für die Kriegsmaschinerie der USA und der NATO zeigt sich schon an der Konzentration der US-Kommandozentralen in der BRD:

US-EUCOM (US European Command) in Stuttgart/Vaihingen ist das Hauptquartier für die US-Gesamtstreitkräfte in Europa mit 499 Stützpunkten und für die 6. Flotte im Mittelmeer. Hier befindet sich auch das US-Hauptquartier für die US-Spezialkräfte (Special Operations Command Europe).(s.a. Seite 22)
US-AFRICOM (US Africa Command) in Stuttgart-Möhringen ist für ganz Afrika (mit Ausnahme von Ägypten) zuständig.
Hauptquartier für die US-Heeresstreitkräfte in Europa (US-Army Europe) in Heidelberg.
Hauptquartier der US-Luftwaffe (US-Air Force Europe) in Ramstein.
Hauptquartier für das US-Marine Corps (Corps-Forces Europe) in Böblingen.

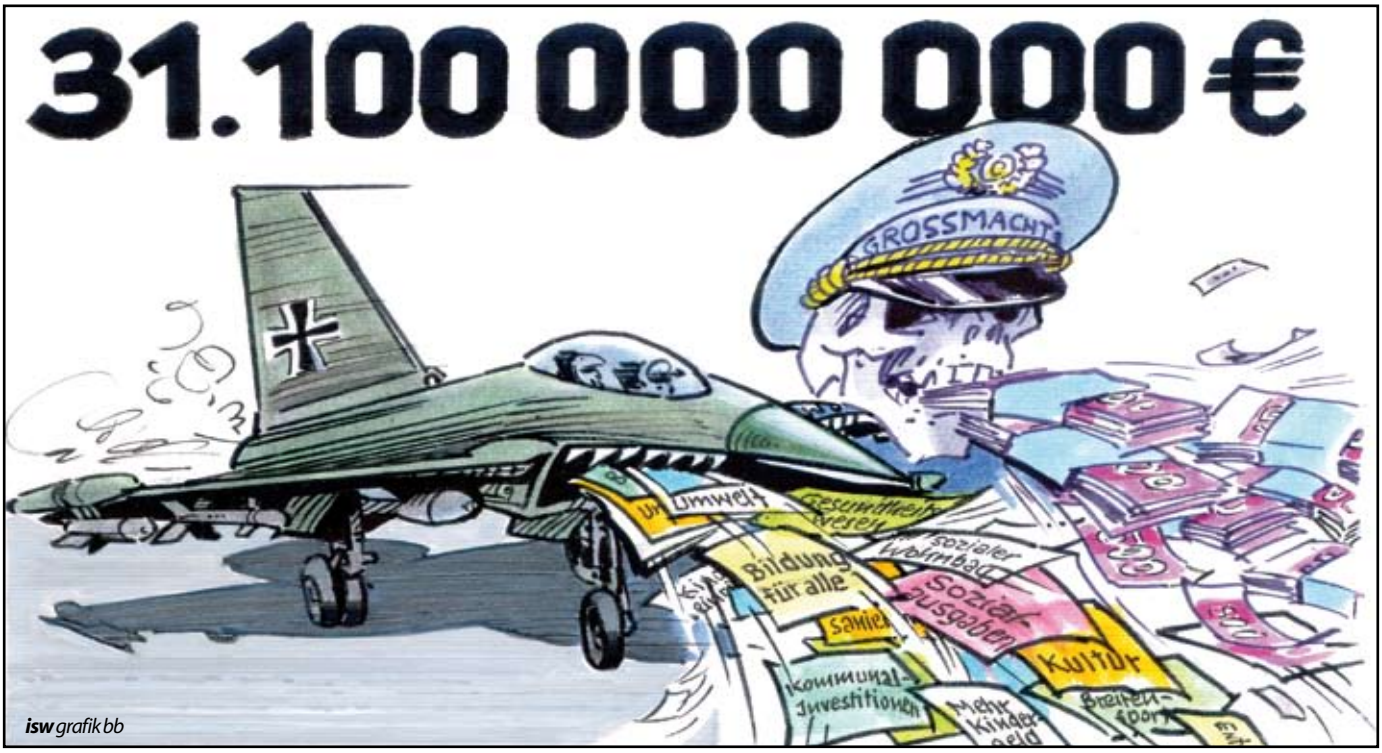
Die größten und wichtigsten Militärstützpunkte der USA in Deutschland:

- Die US-Airbase Ramstein ist der größte Stützpunkt der US-Luftwaffe außerhalb der USA und gleichzeitig der größte Umschlagplatz für Waffen- und Truppentransporte der US-Army in den Nahen und Mittleren Osten.
- Die US-Airbase Spangdahlem ist das zweite große Luftdrehkreuz der US-Air Force in Deutschland. Von hier aus starten US-Kampfflugzeuge, u.a. der berüchtigte Tarnkappenbomber F-117-A.
- Der Truppenübungsplatz Grafenwöhr ist mit 284 Quadratkilometern der größte US-Truppenübungsplatz in Europa und das wichtigste Trainingslager für die US-Kampftruppen. Hier wurden die GIs auf den Bodenkrieg im Irak vorbereitet.
- Das US-Militärkrankenhaus in Landstuhl wiederum ist das größte Lazarett der US-Army außerhalb der Vereinigten Staaten.
- In Geilenkirchen befindet sich die AWACS-Air Base mit der Kommandozentrale für die NATO-AWACS-Einsätze.
- Auf dem Fliegerhorst Büchel lagern 20 einsatzbereite Atomsprengköpfe. Auf Befehl Washingtons würden die Bomben von Piloten des 33. Luftwaffengeschwaders der Bundeswehr in die vorgegebenen Ziele geflogen werden.

Die Bundesregierung beteiligt sich mit mehreren Millionen jährlich an unterhalt und Ausbau der US-Kriegsstützpunkte.

(Quelle: BASE STRUCTURE REPORT Department of Defense 30.9.2007, Wissenschaft und Frieden-Dossier 59, 4/2008).

BRD-Militärausgaben



Hochrüstungskurs

Nach der Wende 1989/90 und dem Anschluss der DDR an die BRD machte sich die Bundesregierung umgehend daran, einen größeren Machtanspruch in der Welt zu reklamieren und diesen auch militärisch zu unterstreichen. Der damalige Kanzler Kohl: „Deutschland ... kann sich offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten." (Regierungserklärung 30.1.91). Als „gewachsene weltpolitische Verantwortung" (der damalige Verteidigungsminister Rühe) wurde dies von da an kaschiert. Obwohl „von Freunden umzingelt" (Rühe) fand nach dem Ende des „Kalten Krieges" eine wirkliche Abrüstung nicht statt. Zwar wurde die Bundeswehr zahlenmäßig auf fast die Hälfte verkleinert, aber schrittweise von der Aufgabe „Heimatverteidigung" zu einer Interventionsarmee umgerüstet. Erhöhung von „Mobilität und Feuerkraft" war der Tagesbefehl. Zu diesem Zweck wurden sukzessive neue Waffensysteme beschafft, die vorwiegend für Auslandseinsätze und militärische Expeditionen geeignet sind (s. S. 18)

Schrittweise sollte dazu nach der Bundeswehrplanung der Investitionsanteil (Rüstungs-Forschung und -Entwicklung, Waffen- und Gerätebeschaffung, militärische Bauten und Einrichtungen) am Verteidigungshaushalt von 23,9 % (1992) auf über 30 % 2010 erhöht werden. Gleiches forderte auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). In seinem Strategiepapier "Streitkräfte und Industrie 2010". Danach sollte der Investitionsanteil am Bundeswehretat auf 45% bis 2010 aufgestockt werden (Quelle: WT/2003, S.59)

Steigende Rüstungslasten

Im „Verteidigungs"haushalt 2009 (Einzelplan 14) macht der investive Anteil bereits 28,3 % aus; 2013 soll er nach der Bundeswehrplanung des Generalinspekteurs 31 % betragen (HB, 1.8.08). Trotz „Haushaltssanierung" hat die Bundesregierung den Rüstungsetat in den letzten Jahren ständig erhöht. 2009 steigt er im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Milliarden Euro auf 31,1 Mrd. Euro – die größte Steigerung eines Einzeletats. Die Folgen sind Kürzungen im Sozialbereich. Der Militärhaushalt ist fünfmal so hoch wie der Einzeletat „Familie, Senioren, Frauen und Jugend" (6,15 Mrd. Euro). Weitere Steigerungen sind vorprogrammiert. Nach NATO-Kriterien sind die Militärausgaben 2009 noch um gut 2,5 Mrd. Euro höher, denn hier werden u.a. die Kosten für den NATO-Zivilhaushalt, für die Erweiterung des NATO-Hauptquartiers und vor allem aber für den paramilitärischen Bundesgrenzschutz (2,46 Mrd. Euro) hinzugerechnet.

Daneben enthält der Bundeshaushalt noch versteckte Militärausgaben: Im Haushaltsjahr 2008 z.B. im Einzelplan 08 (Finanzministerium): Schäden durch NATO-Armeen (19,6 Mio. Euro), Verlegung der US-Airbase Frankfurt/M. nach Ramstein und Spangdahlem (7,5 Mio. Euro; Gesamtkosten: 71,3 Mio.) oder im Einzelplan 60 (Finanzverwaltung): Beitrag zur Beschaffung von Waffensystemen für Israel 50 Mio. Euro. Auch die Ausgaben für den Zivildienst (2009 sind 650 Mio. Euro angesetzt) sind zu den militärbedingten Ausgaben hinzuzurechnen. Schließlich gibt es eine Reihe rüstungsrelevanter Posten, wie das Weltraumprogramm (EPL 09) oder das Galileo-Satellitensystem (EPL 12).

Waffen für den globalen Einsatz

Zu Lande ...

... zu Wasser ...

... und in der Luft.

Waffensysteme u. Ausrüstungen Auswahl aus der Beschaffungsplanung der Bundeswehr	**Zulauf**	**Kosten**[1] in Mio. Euro
Satellitenkommunikationssystem	seit 2006	873
Datenverbundsystem Herkules	ab 2008	ca. 7.300
Militär. Führungs-Infosysteme	ab 2005	1.891
Radarsat.Aufklärungssystem SAR Lupe	ab 2007	742
6 Aufklärungsdrohnen Eurohawk	ab 2013	855
134 Transporthubschrauber NH 90	seit 2006	4.031
30 Transporthubschrauber MH 90	ab 2015	1.759
80 Kampfhubschrauber Tiger (incl. PARS)	seit 2005	5.100
410 Schützenpanzer Puma (incl. MELLS)	ab 2010	4.789
600 Infanteriefahrzeuge Boxer	ab 2009	791
6 Drohnensysteme KZO	bis 2008	339
180 Eurofighter (inkl. Waffen)	seit 2003	23.310
1.250 Luft-Luft-Raketen Iris-T	2005 bis 2012	525
600 Luft-Boden-Marschflugkörper Taurus	2005 – 2010	627
60 Airbusse A 400 M (Militär)	ab 2011	9.303
Luftverteidigungssystem MEADS	ab 2012	3.945
3 Fregatten F 124	2004 – 2006	ca. 2.200
4 Fregatten F 125	2014 – 2017	2.689
5 Korvetten K 130	2007 – 2009	1.244
Einsatzgruppenversorger	ab 2011	330
2 U-Boote 212	ab 2012	929

Quellen: Generalinspekteur der Bundeswehr, Bundeswehrplan 2009, 10.6.2008 (www.geopowers.com/Machte/Deutschland/Rustung/Rustung_2008/Bundeswehrplan_2009.pdf); 1) Die angegebenen Zahlen sind die Gesamtkosten des Waffensystems (einschließlich Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungskosten)

90 Milliarden Euro für neue Waffen

Der Umbau der Bundeswehr zu einer modernen Interventionsarmee wird auch an den neuen Waffen deutlich, mit denen sie ausgestattet wird. Bereits zulaufende Waffensysteme, die noch nicht interventionstauglich sind, werden entsprechend nachgerüstet. So z.B. das teuerste Waffenprojekt in der Geschichte der Bundeswehr, der Eurofighter, der ursprünglich als Abfangjäger konzipiert war. Für sehr viel Geld wurde er für eine „Mehrrollenfähigkeit", u.a. für Flächenbombardements, kampfwertgesteigert.

Um künftig Interventionskriege in aller Welt führen zu können, rüstet die Bundeswehr in den Bereichen Führungsfähigkeit, Aufklärungssysteme, Lufttransportkapazitäten und lufttransportfähiger neuer Angriffssysteme kräftig auf. Zu letzteren gehören vor allem der Schützenpanzer Puma, der Kampfhubschrauber Tiger sowie die neuen Infanteriefahrzeuge Boxer, die mit dem Militär-Airbus A 400 M transportiert werden können. Zu den Aufklärungssystemen zählen das Satellitenkommunikationssystem SATCOMBw und unbemannte Aufklärungsdrohnen, aber auch die Beteiligung an Galileo, einem EU-eigenen Satellitensystem, das auch militärisch genutzt werden kann.
Insgesamt addieren sich die 100 Großprojekte, die im Bundeswehrplan 2009 aufgeführt sind und den Zeitraum 2005 bis über 2016 umfassen, auf 89 Milliarden Euro. Kostenexplosionen, wie etwa beim A 400 M, eingerechnet, werden es schließlich über 100 Milliarden Euro sein.

Bundeswehreinsatz im Innern

Schießbefehl gegen die Demokratie

Außer zur Verteidigung (Artikel 87a GG) darf nach Artikel 35 des Grundgesetzes die Bundeswehr nur im Rahmen der „Amtshilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall“ eingesetzt werden.
Während die Minister Schäuble und Jung die Änderung des Grundgesetzes zum Einsatz der Bundeswehr im Inland fordern, schaffen sie bereits Tatsachen: Die grundgesetzwidrigen Bundeswehreinsätze bei der letzten Fußballweltmeisterschaft mit 3.200 Soldaten, 24 Spürpanzern und 8 Pionierpanzern und zum „Schutz“ des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm mit 2.500 Soldaten, Minenjagdbooten, 9 Panzerspähwagen und 14 Tornado-Kampfflugzeugen dienten nicht nur als Notstandsübungen, sondern sollten auch die Grenze zwischen „Amtshilfe“ und militärischem Einsatz verwischen.

isw grafik bb

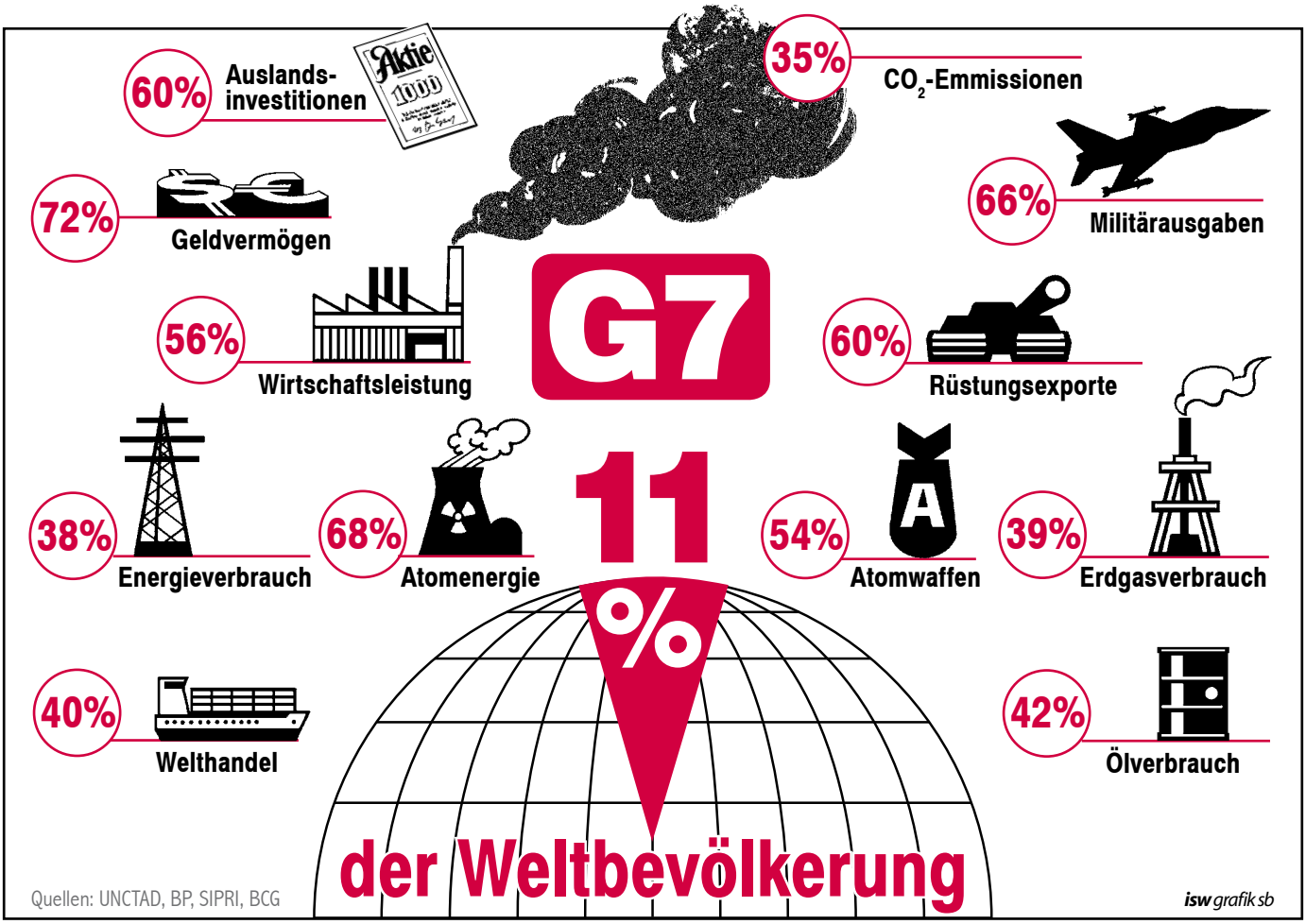
Seit Herbst 2008 plant Schäuble mit Zustimmung der SPD-Granden Steinmeier, Struck und Zypries eine „Ergänzung“ des Artikel 35 GG. Danach soll die Bundesregierung den Einsatz der Bundeswehr ausdrücklich mit „militärischen Mitteln“ anordnen können, und zwar bereits zur „**Abwehr** eines besonders schweren Unglücksfalles“. Und: „Bei Gefahr im Verzug entscheidet der zuständige Bundesminister“. Im Klartext: Wenn der betreffende Minister der Auffassung ist, dass demnächst ein besonders schwerer Unglücksfall droht, der die polizeilichen Fähigkeiten übersteigt, dann soll er den Einsatz der Bundeswehr anordnen können. Das Parlament muss dabei nicht zustimmen; selbst die Entscheidung der Bundesregierung ist ggfs. erst „nachzuholen“ – Eine Lizenz zum Staatsstreich. „Das ist des Pudels Kern. Die Bundeswehr soll handeln können, ohne an lästige, detaillierte gesetzliche Bestimmungen gebunden zu sein“, schreibt der Verfassungsrechtler und ehemalige Vizepräsident des Bundestags, Burkhard Hirsch (SZ, 28.10.08). Denn die Bundeswehr ist nicht an das Polizeirecht gebunden, das exakt regelt, welche Mittel eingesetzt werden dürfen und wann von der Schusswaffe als letztem Mittel Gebrauch gemacht werden darf.

„Besonders schwere Unglücksfälle“

Man erinnere sich an den Lokführerstreik, wo entsprechend neoliberaler Hetze, eine „Minderheit“ angeblich dabei war, Land und Leuten „besonders schweren volkswirtschaftlichen Schaden“ zuzufügen. Wer will ausschließen, dass eines Tages ähnliche Streiks oder Massendemonstrationen, die womöglich Teile des Verkehrs lahmlegen, nicht zu „Aggressionen gegen den Staat und seine Bürger“ – so die Begründung der Verfassungsänderung – uminterpretiert werden und die Bundeswehr zum Aufmarsch gebracht wird.
„Soldaten des JgBtl 292 bei der Ausbildung gegen Demonstranten“, lautete die Unterschrift zu einem Bild in der Militärzeitschrift „Europäische Sicherheit“ (Februar 2007), bei der Soldaten mit Schützenpanzern gegen Demonstanten vorgingen. Letztere waren alle im Blaumann gekleidet (vgl. ver.di 2007).

Schäuble und Steinmeier wurden von öffentlichen Protesten und den Bundesländern vorerst gestoppt. Doch Wachsamkeit ist weiterhin geboten.

Weltanteile der G7



Global Governance

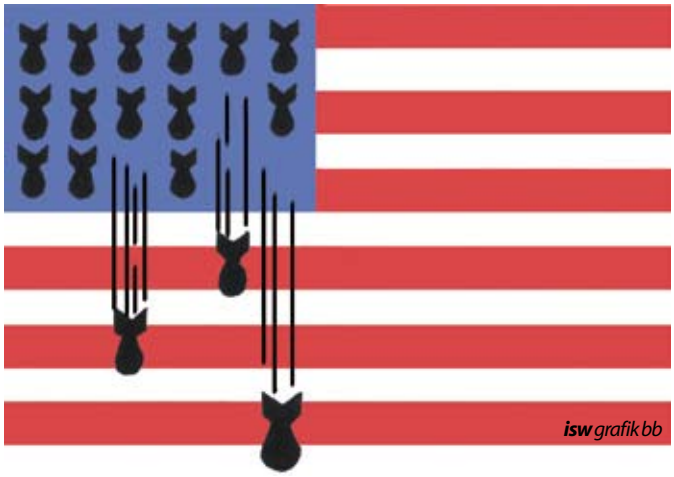
Ursprünglich kamen zu den seit 1975 stattfindenden jährlichen Gipfeltreffen die Regierungschefs der sieben wirtschaftlich mächtigsten Industriestaaten des Westens zusammen: die USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada (1976).

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatenblocks wurde im Jahr 1998 auch Russland in den exklusiven Club der ökonomischen Großmächte aufgenommen. Russland sollte in die Strukturen und Regeln des globalen Kapitalismus eingebunden werden. Zudem machte sich der Westen damals noch Hoffnungen auf einen unmittelbaren Zugriff auf die russischen Energie- und Rohstoffreserven und die kapitalmäßige Verflechtung mit entsprechenden russischen Konzernen. Aus den G7 wurden die G8.

Die eigentlichen Hauptakteure blieben jedoch die G7, die wirtschaftlich stärksten kapitalistischen Staaten bzw. Regionen der Triade: Nordamerika (USA/Kanada), EU (hier Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien) und Japan. In diesen G7-Staaten konzentrieren sich bei einem Anteil von nur 11 Prozent der Weltbevölkerung mehr als die Hälfte des ökonomischen Potenzials der Weltwirtschaft, fast die Hälfte des globalen Ressourcenverbrauchs und drei Viertel des Geldvermögens auf der Erde. Von den 500 nach Umsatz größten Transnationalen Konzernen kamen im Jahr 2007 mehr als zwei Drittel (352) aus den G7 (USA 153, Japan 64, Frankreich 39, Deutschland 37, Großbritannien 35, Kanada 14, Italien 10) (Fortune).

Eine zentrale Funktion der G7 ist es, die Kapitalverwertungs- und Profitbedingungen dieser global operierender Konzerne weiter zu verbessern und die globalen Standards in ihrem Sinn zu gestalten. Das bedeutet weitere Deregulierung und Öffnung der Märkte, Schaffung von internationalen Handels- und Dienstleistungsabkommen (Handelsrunden). Internationale Institutionen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Welthandelsorganisation (WTO) sollen dann dafür sorgen, dass die in informellen Runden der G7/8 besprochenen Vorhaben in konkrete Politik umgesetzt werden. Global Governance nennt sich dieses Zusammenspiel von formellen und informellen Institutionen der Weltregulierung.
Mit dem stärkeren ökonomischen Gewicht der großen Schwellenländer wenden diese stärker in die Entscheidungsprozesse von G7 integriert und möglicherweise sogar als Mitglieder aufgenommen. Machtpolitischer Kern bleibt jedoch die G2, die transatlantische Allianz USA/EU.

„Unsichtbare Hand“ und gepanzerte Faust



Ressourcen-Kriege

Ziel der G7 ist es, dass sich die restliche Welt möglichst freiwillig dem System der neoliberalen Global Governance unterordnet. Insbesondere die Schwellenländer sollen stärker integriert werden, ohne sie wirklich in die Nähe der Entscheidungszentren kommen zu lassen. Robert Cooper, Büroleiter von Xavier Solana, dem sog. Außenminister der EU, nennt dies die Strategie des „liberalen Imperialismus“. Er schreibt: „Der postmoderne Imperialismus nimmt zwei Formen an: Erstens die des freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und der Weltbank ausgeübt.“ (vgl. isw-spezial 22: Globaler Kapitalismus und der Weltkrieg um Ressourcen, S. 4)

Die zweite Komponente ist gewalttätiger. Ihr Ziel ist es, das Chaos und die Konflikte, die die kapitalistische Globalisierung und die neoliberale Weltordnung ständig produzieren, militärisch zu bewältigen. Denn gegen das Weltregime der Transnationalen Konzerne und kapitalistischer Globalisierung entsteht politischer Widerstand, der mit „weichen Machtfaktoren“, mit Propaganda, Entwicklungshilfealmosen und passenden NGOs nicht mehr aufzulösen ist. „Damit die Globalisierung funktionieren kann, kann Amerika nicht davor zurückschrecken, wie eine allmächtige Supermacht zu handeln, die es ja auch ist“, schrieb Thomas L. Friedman, Adjudant der damaligen US-Außenministerin Albright in der ‚New York Times‘ (28.3.99). „Die versteckte Hand des Marktes wird niemals funktionieren ohne die versteckte Faust. McDonald´s kann nicht prosperieren ohne McDonnel Douglas, den Produzenten der F-15. Und die versteckte Faust, die die Welt sicher macht für die Technologien des Silicon Valley, heißt: US Army, Air Force und Marine Corps.“

Der Wortführer der Ölexperten, Daniel Yergin, formulierte die Aufgabenstellung hinsichtlich der „Energiesicherheit“, die stellvertretend für die G7/8-Weltwirtschaftspolitik steht, so: Erstens „Es ist wichtig, die Tatsache anzuerkennen, dass die gesamte Wertschöpfungskette gesichert werden muss.“ Zweitens „Die Sicherung von Pipelines und anderen sensiblen Orten bedarf verstärkter Beobachtung sowie schneller Einsatztruppen.“ (Spiegel Special 5/2006).

Die G7 versuchen mit allen Mitteln, ihre Wirtschaftsordnung gegen den Rest der Welt durchzusetzen und abzusichern, notfalls auch mit militärischer Gewalt. Die USA und die EU verfügen dabei mit der NATO über das hegemoniale Militärbündnis der Welt. Sie richten ihre Militärstrategien konsequent auf Ressourcenzugriff und Weltordnungskriege aus.

Militärstrategien

USA

In der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ heißt es ungeschminkt: „Zugang zum Öl des Persischen Golfes ist für die nationale Sicherheit der USA von entscheidender Bedeutung. Falls erforderlich werden wir diese Interessen auch mit militärischer Gewalt verteidigen.“ Nach der Bush-Doktrin von 2003 soll dies auch präventiv geschehen können.

NATO

In der Neuen NATO-Strategie von 1999 wurde die militärische Funktion der NATO um den „Auftrag zur Krisenbewältigung“ erweitert. Der Krisenfall ist u.a. gegeben, wenn „Risiken umfassender Natur berührt werden, eingeschlossen Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie bei der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen.“

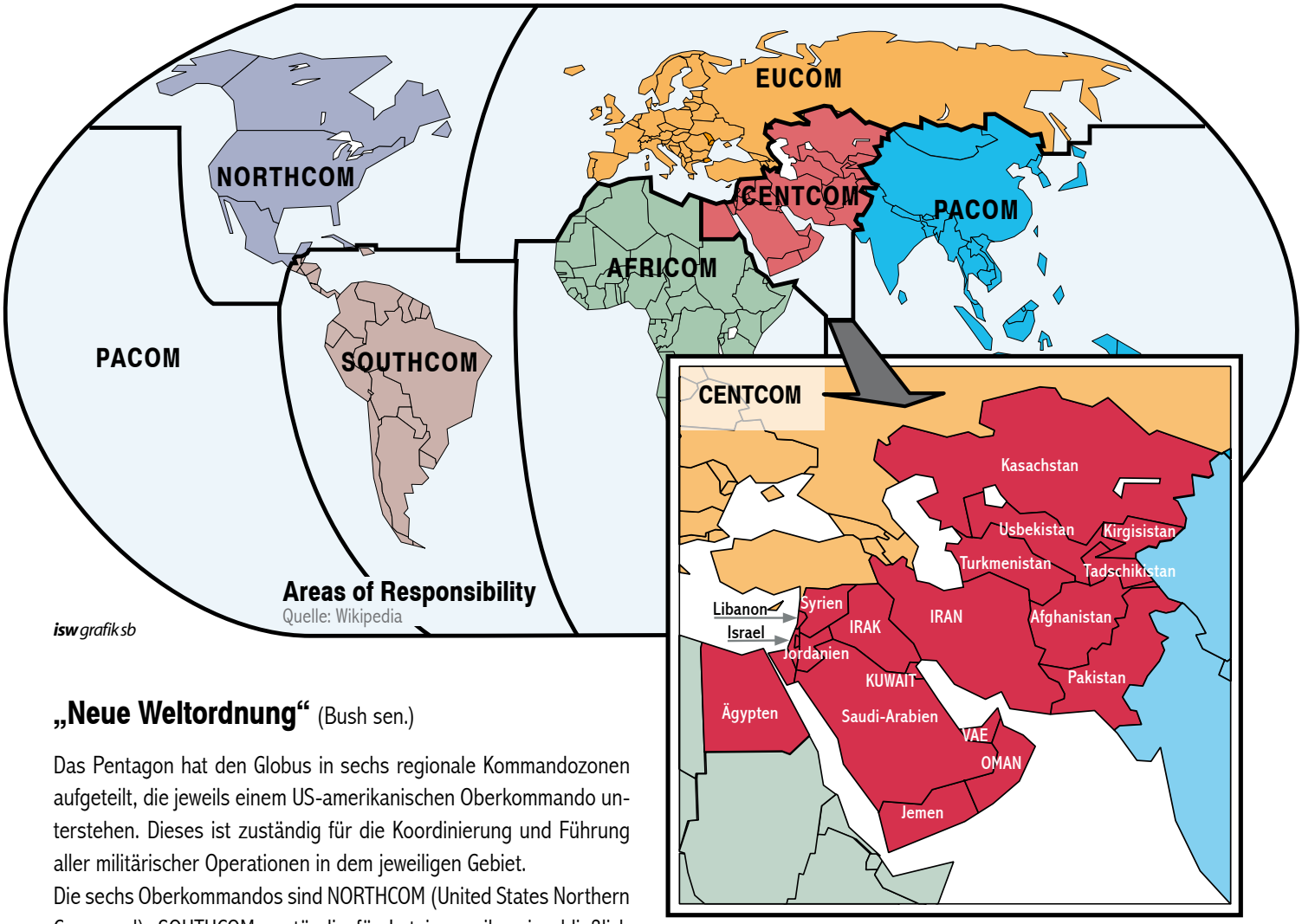
BRD

Das aktuelle Weißbuch der Bundeswehr zählt die Sicherung der Energieversorgung zu den „elementaren Interessen“ Deutschlands. Denn Deutschland „ist in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und gesicherten Transportwegen in globalem Maßstab abhängig“. Deshalb sei eine sichere Energieversorgung „von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und Europas“.

EU

Die EU folgt in ihrer Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) von 2003 den strategischen Vorstellungen der USA und Deutschlands, sowohl in ihrem Anspruch, weltweit und „vorbeugend“ einzugreifen, als auch in der Betonung der Energiefrage.

Weltkarte des Pentagon



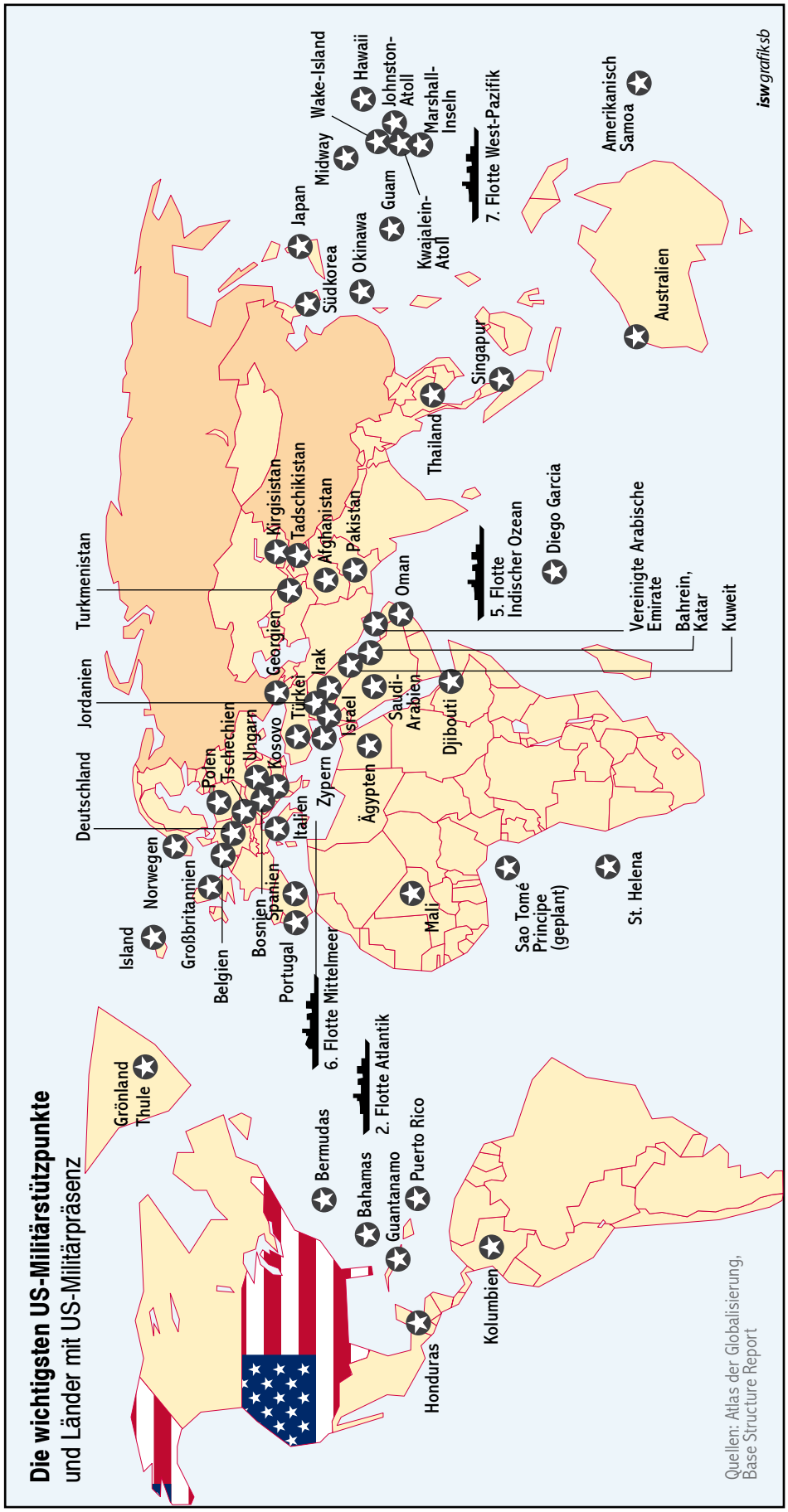
Areas of Responsibility
Quelle: Wikipedia

isw grafik sb

„Neue Weltordnung“ (Bush sen.)

Das Pentagon hat den Globus in sechs regionale Kommandozonen aufgeteilt, die jeweils einem US-amerikanischen Oberkommando unterstehen. Dieses ist zuständig für die Koordinierung und Führung aller militärischer Operationen in dem jeweiligen Gebiet.
Die sechs Oberkommandos sind NORTHCOM (United States Northern Command), SOUTHCOM zuständig für Lateinamerika einschließlich Mexico, EUCOM (United States European Command), PACOM (United States Pacific Command), CENTCOM (United States Central Command) und AFRICOM (United States Africa Command).
Eucom war bislang das einzige Regionalkommando, bei dem sich das Hauptquartier außerhalb der USA befand, in Stuttgart-Vaihingen. Dem Oberkommando unterstehen 72.000 Soldaten, der Zuständigkeitsbereich umfasst Europa einschließlich ganz Russland sowie Teile des Nahen und Mittleren Ostens.
Africom: Bis 2007/08 war Eucom auch für den größten Teil Afrikas zuständig. Mit dem zunehmenden strategischen und Energie-/Rohstoffinteresse der USA an Afrika wurde für den Kontinent (mit Ausnahme Ägyptens) das sechste Regionalkommando eingerichtet: Africom. Es nahm im Oktober 2008 die volle Operationsfähigkeit auf. Die Kommandozentrale befindet sich wiederum in Deutschland, Stuttgart-Möhringen. Ihm sind vorerst 3.000 Soldaten unterstellt, 1.000 davon in Stuttgart, in Afrika weitere 2000, die meisten davon auf einem US-Stützpunkt in Djibuti (SZ, 18.10.08). Der Oberbefehlshaber von Africom, Vier-Sterne-General Ward, erklärte bei einer Anhörung vor dem Militärausschuss des US-Senats die zunehmende Abhängigkeit der USA von afrikanischem Öl zu einer der Prioritäten von Africom. Gegenwärtig kommen etwa 20 Prozent der US-Ölimporte aus Westafrika.
Wards Stellvertreter, Vizeadmiral Moeller, ging bei einer Anhörung vor dem Militärausschuss des US-Senats auf die zunehmende Abhängigkeit der USA von afrikanischem Öl ein und erklärte die Sicherung dieser Ölzufuhr als eine der „Leitlinien“ von Africom. Er nannte die Unterbrechung der Öllieferungen, Terrorismus und den „wachsenden Einfluss Chinas“ „wichtige Bedrohungen“ für die US-Interessen in Afrika (Daniel Volman).
Centcom: Dieses US-Kommando ist präzise auf die US-Ölinteressen in der Golf- und Kaspi-Region zugeschnitten. In seinem „Verantwortungsgebiet“ (Area of Responsibility) liegen fast zwei Drittel der Ölreserven und knapp die Hälfte der Gasreserven der Erde. Neben Europa ist dies die Region mit der größten Dichte an US-Stützpunkten. Centcom führt heute die internationalen Kriege in Afghanistan und im Irak. Mit den zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan hat Centcom bereits gemeinsame Manöver durchgeführt.

US-Einkreisungsstrategie



Natürlich wolle man „Russland einkreisen", erklärte der damalige US-Vizepräsident Cheney bei seinem Besuch in Lettland im Sommer 2008. Der Sicherheitspolitiker Egon Bahr: „Amerika verfolgt eine potenziell imperialistische Einkreisungspolitik gegenüber Russland." (Freitag, 29.8.08). Es hat einen Ring von über 750 Stützpunkten außerhalb den USA rund um Russland und China gelegt, einschließlich der Stützpunkte zur Absicherung der Öliniteressen am Persischen Golf.

Außerhalb der USA sind rund 400.000 US-Soldaten in mehr als 50 Ländern und auf zahlreichen Inselstützpunkten stationiert. Die Staaten mit den größten US-Truppenkontingenten – abgesehen von Irak und Afghanistan – sind Deutschland mit ca. 64.000 (s. S. 16 Kriegsdrehscheibe), Südkorea mit ca. 30.000 und Japan mit ca. 40.000 Soldaten. Dazu kommen 20.000 Soldaten, die in mehreren Flottenverbänden auf allen Weltmeeren unterwegs sind.

Die US-Army-Präsenz in Osteuropa, Zentralasien und Teilen der Golfregion wurde erst nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation aufgebaut. In Afrika ist nach der Installierung von AFRICOM mit der Errichtung weiterer Stützpunkte zu rechnen. Die Bush-Administration hat mit mehreren afrikanischen Regierungen Nutzungsrechte für Militärbasen vereinbart, so mit Gabun, Kenia, Mali, Marokko, Tunesien, Namibia, Sao Tomé, Senegal, Uganda und Sambia (Daniel Volman). Auf dem westafrikanischen Inselstaat Sao Tomé und Principe ist die Errichtung eines riesigen Militär- und Flottenstützpunktes geplant. Von dort sollen die Öllieferungen Westafrikas nach den USA abgesichert werden.

Militärische Eindämmung der Migration

Mehr als 67 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht (Jahresbericht 2007 des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR, 17.6.2008). Sie fliehen vor Kriegen und Umweltkatastrophen, vor Armut und Hunger, den Folgen ungerechter Wirtschafts- und Handelsbedingungen, oder vor den gewalttätigen und diskriminierenden gesellschaftlichen Verhältnissen in ihren Herkunftsländern. Die meisten Flüchtlinge (über 80 Prozent) suchen innerhalb ihres Landes oder in einem Nachbarstaat Zuflucht.

Festung Europa

Seit den 1990er Jahren haben fast alle europäischen Länder ihre Asylgesetze verschärft. Mit dem Schengener Abkommen von 1995 wurde die Überwachung an den Außengrenzen der Europäischen Union massiv ausgeweitet und die Hürden für einen Asylantrag erhöht. Die Abschiebegefängnisse füllten sich. Die Grenzen der beiden europäischen Enklaven auf dem afrikanischen Kontinent, Ceuta und Mililla, wurden mit EU-Geldern massiv ausgebaut: Ein über fünf Meter hoher Doppelzaun, ausgestattet mit NATO-Draht, Infrarotkameras und elektronischen Sensoren soll Europa vor MigrantInnen „schützen". Nur ausgewählte, für die Wirtschaft nützliche Menschen sollen noch ins Land kommen dürfen.

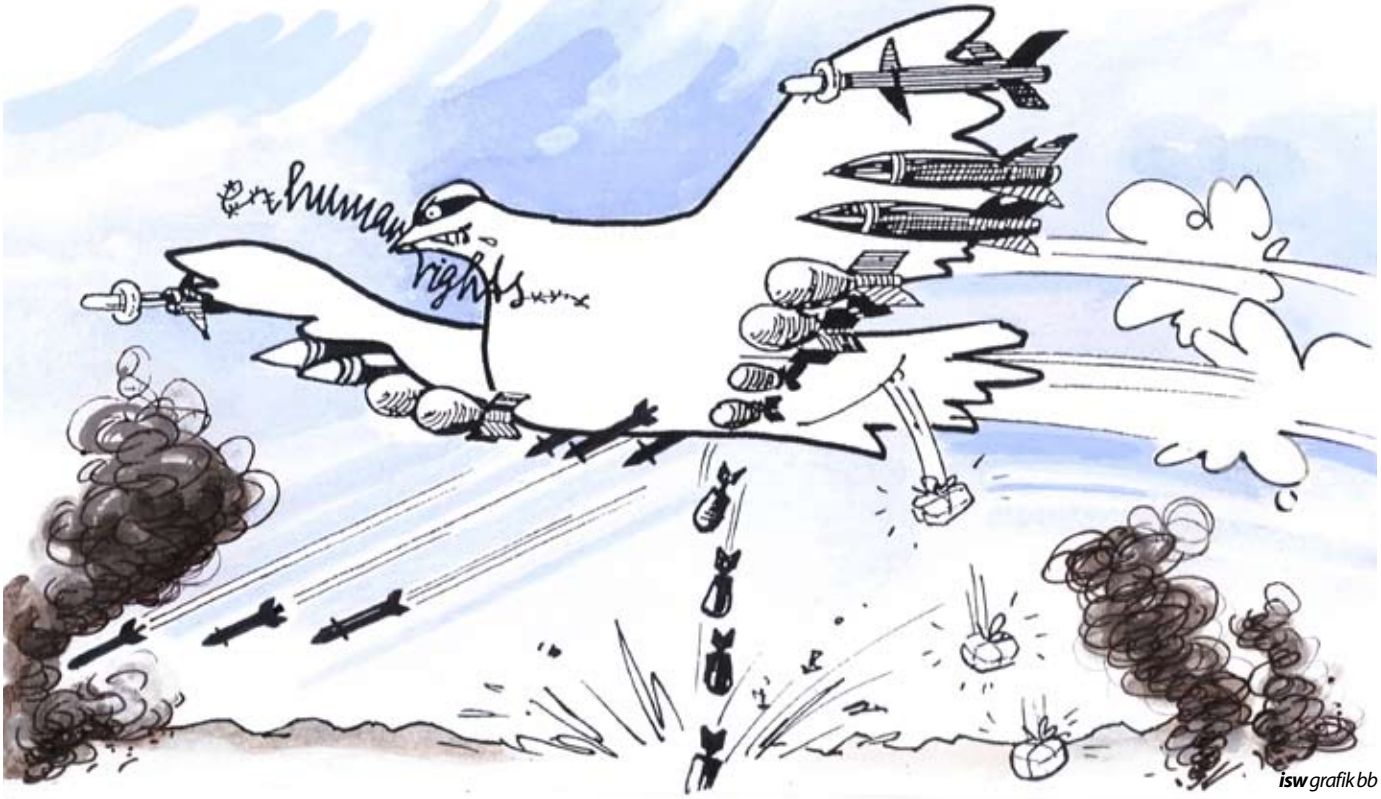
Mit Frontex (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen) hat sich die EU 2005 ein Instrument geschaffen, mit dem sie durch Aufrüstung und Abschreckung die Einreise von Flüchtlingen verhindert bzw. die Abschiebung von MigrantInnen betreibt. Eine ganze Armee aus Militär, Polizei und Grenzschutz mit modernstem Kriegsgerät wird aufgeboten, um Menschen am Grenzübertritt zu hindern.

In allen Ländern, die Ziel von Bootsflüchtlingen sind (vor allem Spanien, Italien, Malta und Griechenland) erledigen paramilitärische Einheiten den Auftrag, potentielle „illegale Einwanderer" in ihren meist seeuntauglichen Booten zu „stoppen und zur Umkehr zu bewegen". In der Realität bedeutet das Boote jagen und abdrängen; immer häufiger wird dabei auch scharf geschossen. Wer das Festland dennoch erreicht, ist häufig einer menschenunwürdigen Behandlung bis hin zu Folter ausgesetzt.
Wie viele Menschen den Versuch, nach Europa einzureisen bisher mit dem Leben bezahlt haben, kann niemand sagen. Die spanischen Behörden gehen davon aus, dass allein im Jahr 2006 vor den Kanaren rund 6.000 Menschen ertrunken sind. Flüchtlingsorganisationen befürchten, dass die Hälfte der afrikanischen Migranten und Migrantinnen ihr Ziel nicht lebend erreicht. Fischer oder Hilfsorganisationen, die Rettungsversuche unternehmen, werden als Schlepper kriminalisiert.

Die amerikanische Mauer

Die US-Regierung wendet Milliarden von Dollar auf, um den Wohlstand der USA gegen EinwanderInnen aus dem armen Süden abzuschotten. Über Tausend Kilometer lang soll der (teils virtuelle) Grenzzaun zwischen den USA und Mexiko werden. Die Flüchtlinge müssen Infrarotkameras, satellitengestützte Sensoren, Radarsysteme und Helikopter sowie über 10.000 Grenzschützer überwinden. Je perfekter die Mauer wird, desto mehr Menschen sterben auf der Flucht – mehr Tote, weniger Migration.

Humanitäre Intervention



isw grafik bb

Hilfe aus Bombern

Myanmar im Frühjahr 2008. Der Zyklon „Nargis“ verursacht eine Flutkatastrophe gewaltigen Ausmaßes, im Irrawaddy-Flussdelta sind Zehntausende Menschen von Hilfe abgeschnitten. Vor der Küste fahren westliche Kriegsschiffe mit Hilfsgütern auf, doch die myanmarische Junta verweigert Hilfslieferungen per Militärlogistik ins Flussdelta. Großbritannien erwägt, auf eigene Faust in den Luftraum von Myanmar einzudringen, um Hilfsgüter abzuwerfen. EU-Chefdiplomat Solana fordert „humanitäre Hilfe mit allen Mitteln“.
Fixpunkt aller „humanitär“-interventionistischen Gedankenspiele ist das Konzept der „Schutzverantwortung“ (Responsibility to Protect), nach dem jeder Staat die primäre „Verantwortung zum Schutz“ der eigenen Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit haben soll. Ist eine Regierung „nicht willens oder in der Lage“, diese Verantwortung wahrzunehmen, soll diese auf die UNO und den Sicherheitsrat übergehen und die staatlichen Souveränitätsrechte hätten keinen Vorrang mehr vor den Menschenrechten.

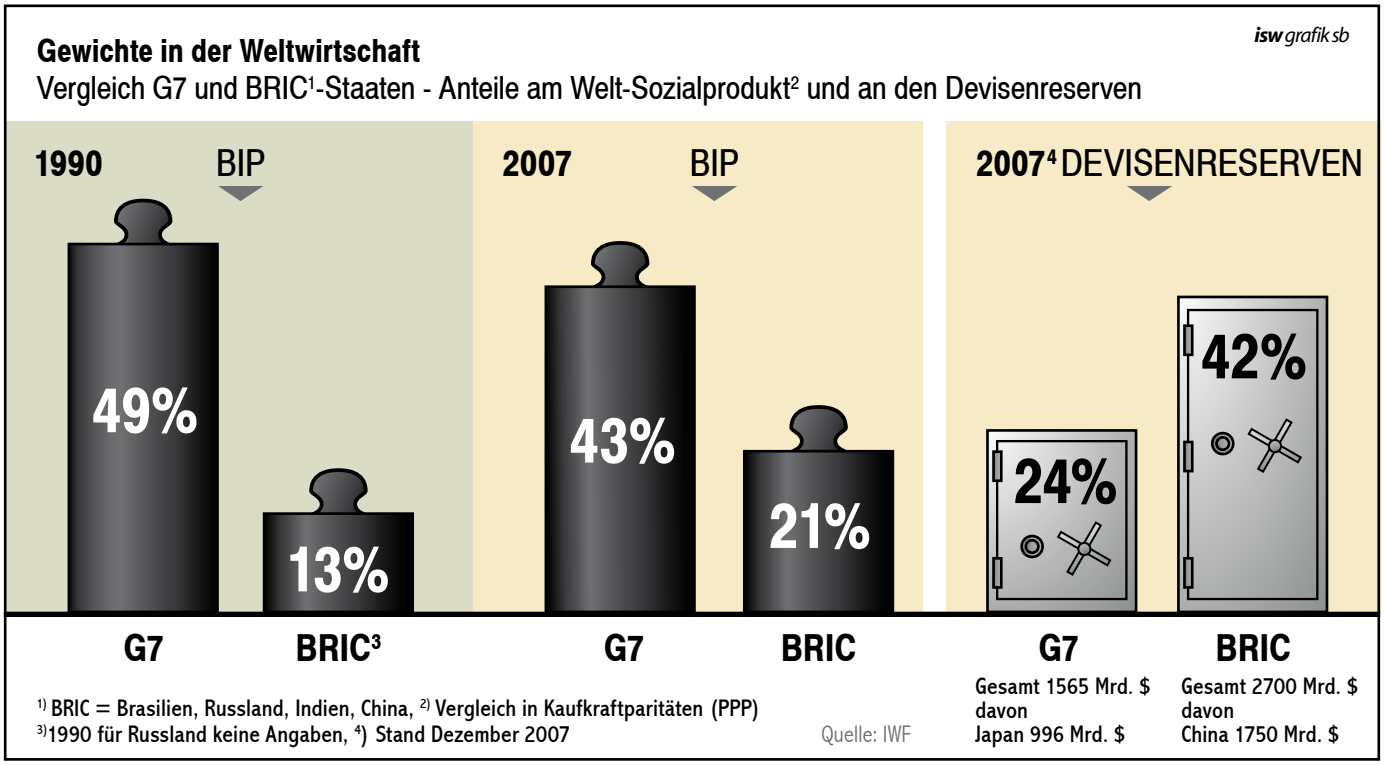
Auf dem Reformgipfel der UNO 2005 bekannte sich eine große Mehrheit der Teilnehmerstaaten zu diesem Konzept. Zu einer völkerrechtsverbindlichen Form konnte es aber nicht erklärt werden, da mehrere Staaten – darunter Indien, China, Pakistan, Iran, Russland, Brasilien, Südafrika, Kuba, Ecuador und die USA – diese Initiative des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Anan ablehnten. Die Bush-Administration, weil sie keine bindende Verpflichtung zur Intervention eingehen wollte, sondern wie bisher nach eigener Interessenlage entscheiden will. Andere Staaten, weil sie in der „Schutzverantwortung“ einen grundsätzlichen Widerspruch zum Prinzip der staatlichen Souveränität und der territorialen Unverletzlichkeit sehen. Sie befürchten, eine derartige neue völkerrechtliche Norm könne für Interventionen aus anderen Interessen missbraucht werden.

Westliche Politiker und bürgerliche Medien ignorieren diese Tatsache, interpretieren das Konzept der „Schutzverantwortung“ als Völkerrechtsnorm und weiten es zudem auf Naturkatastrophen aus, was gar nicht vorgesehen war.

Schockstrategie

Wie berechtigt die Befürchtungen der ablehnenden Staaten sind, zeigten die Gedankenspiele westlicher Politiker, in der Vernichtungsschneise des Zyklons „Nargis“ ihren Einfluss in Asien auszuweiten. Naomi Klein befasst sich in ihrem Buch „Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus“ mit dieser Vorgehensweise. Danach nutzen marktradikale Ökonomen und neoliberale Politiker von Menschen verursachte Katastrophen (Kriege, Militärputsche, Terroranschläge) sowie Naturkatastrophen und den damit verbundenen Schock, um „eine fundamentalistische Version des Kapitalismus voranzubringen“. Sie versuchen, „Momente kollektiver traumatischer Erfahrungen dazu zu nutzen, einen radikalen sozialen und wirtschaftlichen Umbau durchzusetzen“ (Klein, 17, 20). Die Schockstrategie eignet sich nicht nur für marktradikale, sondern auch für geostrategische Geländegewinne.

Neue globale Machtverteilung



Aufstieg der BRIC-Länder

Die großen Schwellenländer haben in den letzten Jahren durch weit überdurchschnittliche Wachstumsraten sowie durch hohe Spar- und Investitionsquoten in der Weltwirtschaft an Gewicht gewonnen. Die sog. BRIC-Staaten, Brasilien, Russland, Indien und China, erstellen, gemessen an Kaufkraftparitäten, mittlerweile mehr als ein Fünftel des Weltsozialprodukts – halb so viel wie die G7. Infolge ihrer Exportüberschüsse gegenüber den OECD-Ländern haben sie gewaltige Devisenreserven angesammelt. Sie sind – zusammen mit Japan und den OPEC-Staaten – die Hauptgläubiger der US-Schuldenwirtschaft. Die Abhängigkeit ist allerdings wechselseitig: Der Fortgang ihres Exportbooms hängt von einer anhaltenden Konsumbereitschaft und -fähigkeit der US-Gesellschaft und anderer Industrieländer ab. Mit der Finanz- und Weltwirtschaftskrise ist dieser Kreislauf ins Stocken geraten. Es lässt sich noch nicht absehen, wie sich diese Krisen auf die künftige globale Machtverteilung auswirken werden.

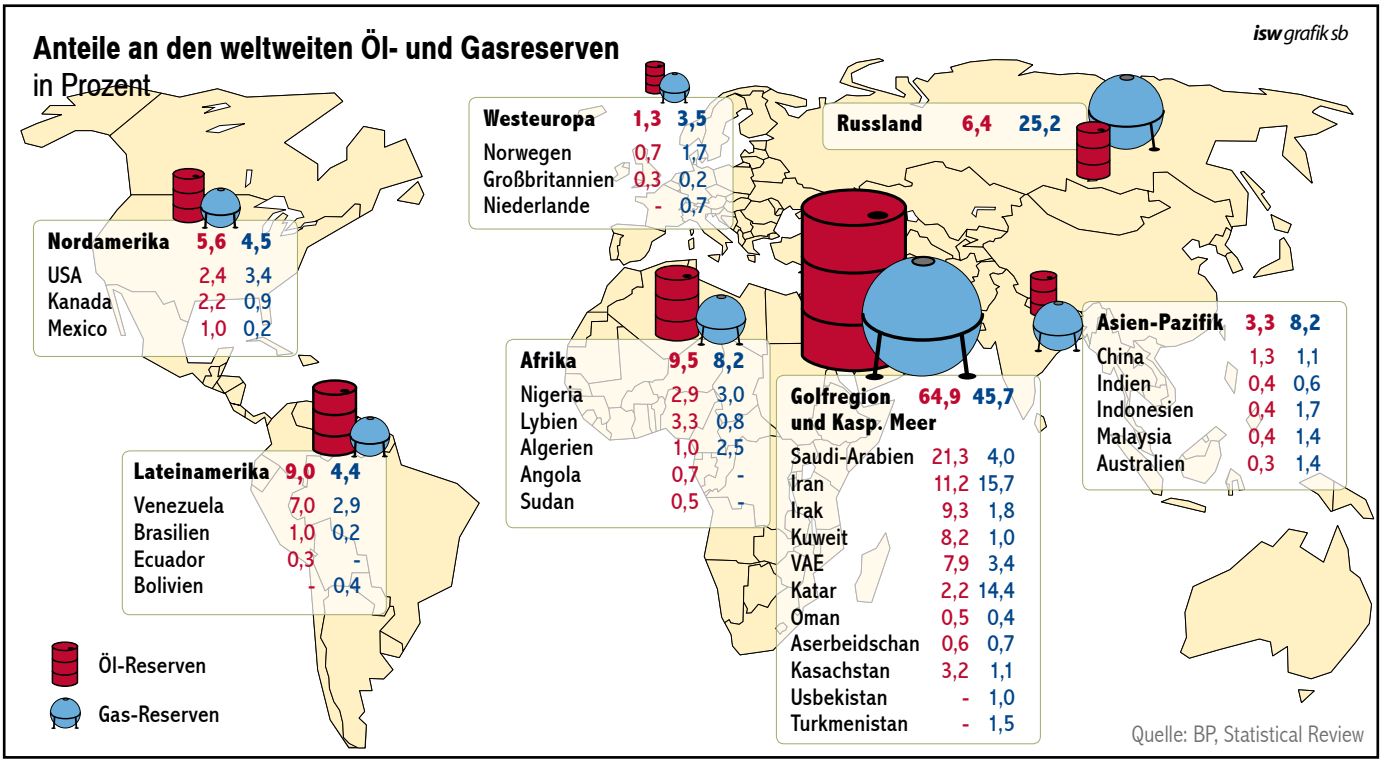
Die BRIC-Länder werfen ihr größeres ökonomisches Gewicht zunehmend in die politische Waagschale, wie sich z.B. am Verlauf der WTO-Doha-Runde zeigte. Die kapitalistischen Metropolen wiederum versuchen die großen Schwellenländer in das System des globalen Kapitalismus einzubinden und sie zum Krisenmanagement heranzuziehen. Exemplarisch wurde das am Weltfinanzgipfel im November 2008 deutlich, der nicht im G7-Rahmen, sondern als G20 abgehalten und fortgesetzt wird. Damit will man die wichtigsten Schwellenländer auf ein Weltfinanzsystem festlegen, das sich in den Grundstrukturen vom jetzigen kaum unterscheidet. Mit dem Trick, IWF und Weltbank zu den zentralen Institutionen dieses Weltfinanzsystem aufzuwerten, soll zugleich die Dominanz der G7 abgesichert werden. Nach ähnlichem Muster wäre auch eine Erweiterung der G7/8 auf eine G12 oder G14 denkbar, bei dem das Macht- und Entscheidungszentrum jedoch die G2 bliebe, der transatlantische Wirtschaftsraum von USA und EU.

Möglich ist aber auch eine Entwicklung, bei der die neuen ökonomischen Schwergewichte zunehmend in Konkurrenz und Konfrontation zum Westen geraten, insbesondere Russland und China. Russland gerät zunehmend im Bereich seiner ehemaligen transkaukasischen und asiatischen Republiken in Konflikt mit den USA und der NATO. China kommt infolge seines zunehmenden Rohstoff- und Energiebedarfs den USA und der EU ins Gehege, z.B. in Afrika. Zudem zeichnet sich ein Rivalitätskampf zwischen den USA, Japan und China um die Hegemonie in Asien ab.

No Rivals

Erklärter Wille der USA ist es, den Aufstieg einer rivalisierenden Macht mit allen Mitteln, notfalls auch militärisch, zu verhindern. Im Leitlinienentwurf des Pentagon von 1992, bekannt als „No-Rivals-Plan“, heißt es u.a., dass die USA „die Mechanismen erhalten (müssen), die mögliche Konkurrenten davon abschrecken, eine größere regionale und globale Rolle auch nur zu erhoffen“ (No-Rivals-Plan, 429). Die Gefahr von Kriegen, auch in größerem, wenn nicht sogar globalem Maßstab dürfte in absehbarer Zeit wachsen.

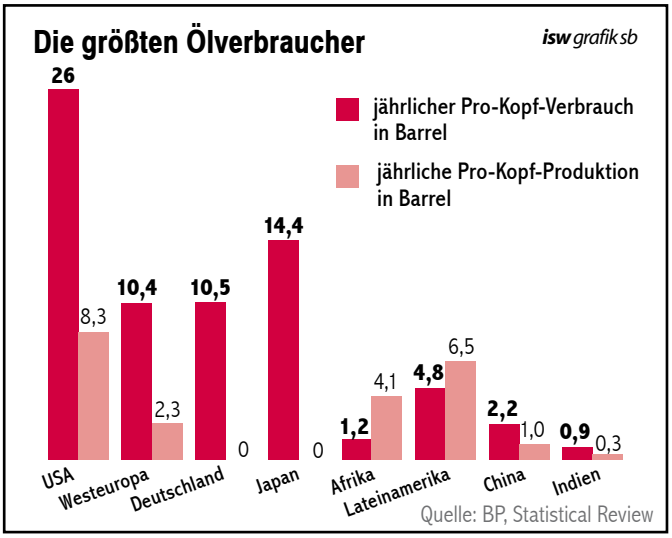
Wettlauf um die letzten Energieressourcen

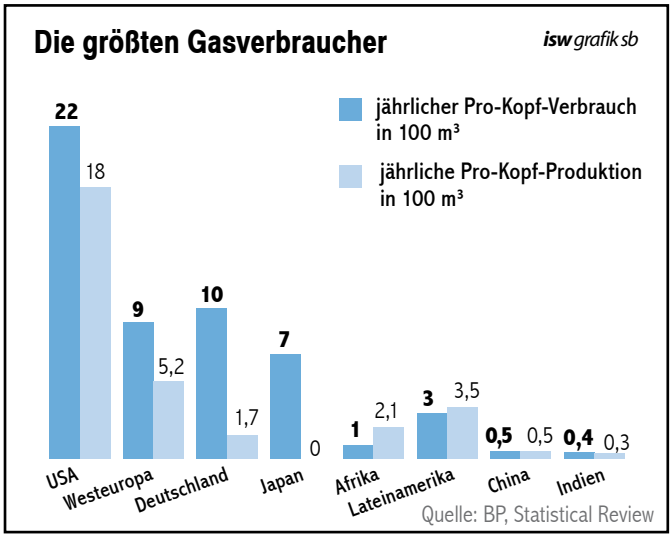


Erdöl ist der entscheidende Lebenssaft der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Konsumwelt. Erdöl und Erdgas sind die Schlüsselressourcen für Energieerzeugung, Autowelt und Flugverkehr, Chemie-, Kunststoff- und Pharmaindustrie, aber auch für die Militärmaschinerie. Ohne Öl wäre nicht einmal der Krieg ums Öl führbar.

Die mächtigsten Industriestaaten sind zugleich die größten Erdöl- und Erdgasverbraucher der Welt. Die G7-Staaten verbrauchen bei einem Anteil von 11 % der Weltbevölkerung 42 % des Öls und 39 % des Erdgases. Allen voran die USA als größter Ölvergeuder mit 24 % des Weltverbrauchs bei nur 5 % der Weltbevölkerung. Westeuropa verbraucht weitere 18 %, Japan knapp 6 %. Das Problem für diese Länder bzw. Regionen besteht darin, dass sie, bei einem Weltölverbrauch von fast der Hälfte, nur über 3,5 % der gesicherten Weltreserven verfügen. In wenigen Jahren sind ihre Vorräte erschöpft. Gleiches gilt für die großen westlichen Öl-Multis, die nur Zugang zu knapp zehn Prozent der globalen Ölreserven haben, der Rest ist unter Kontrolle staatlicher Ölgesellschaften (Schmid, S. 37ff).

Das globale Wettrennen um die knapper werdenden Ressourcen Erdöl und Erdgas nimmt an Schärfe zu. Umso mehr, als der Peak Oil (Öl-Förderspitze) in wenigen Jahren erreicht ist und mit den sich rasch entwickelnden Schwellenländern China und Indien zwei weitere große Ölnachfrager ihre Ansprüche anmelden. Hätte China den gleichen Pro-Kopf-Verbrauch wie die USA, würde es die komplette (105 %) Welt-Öl-Produktion für sich beanspruchen.





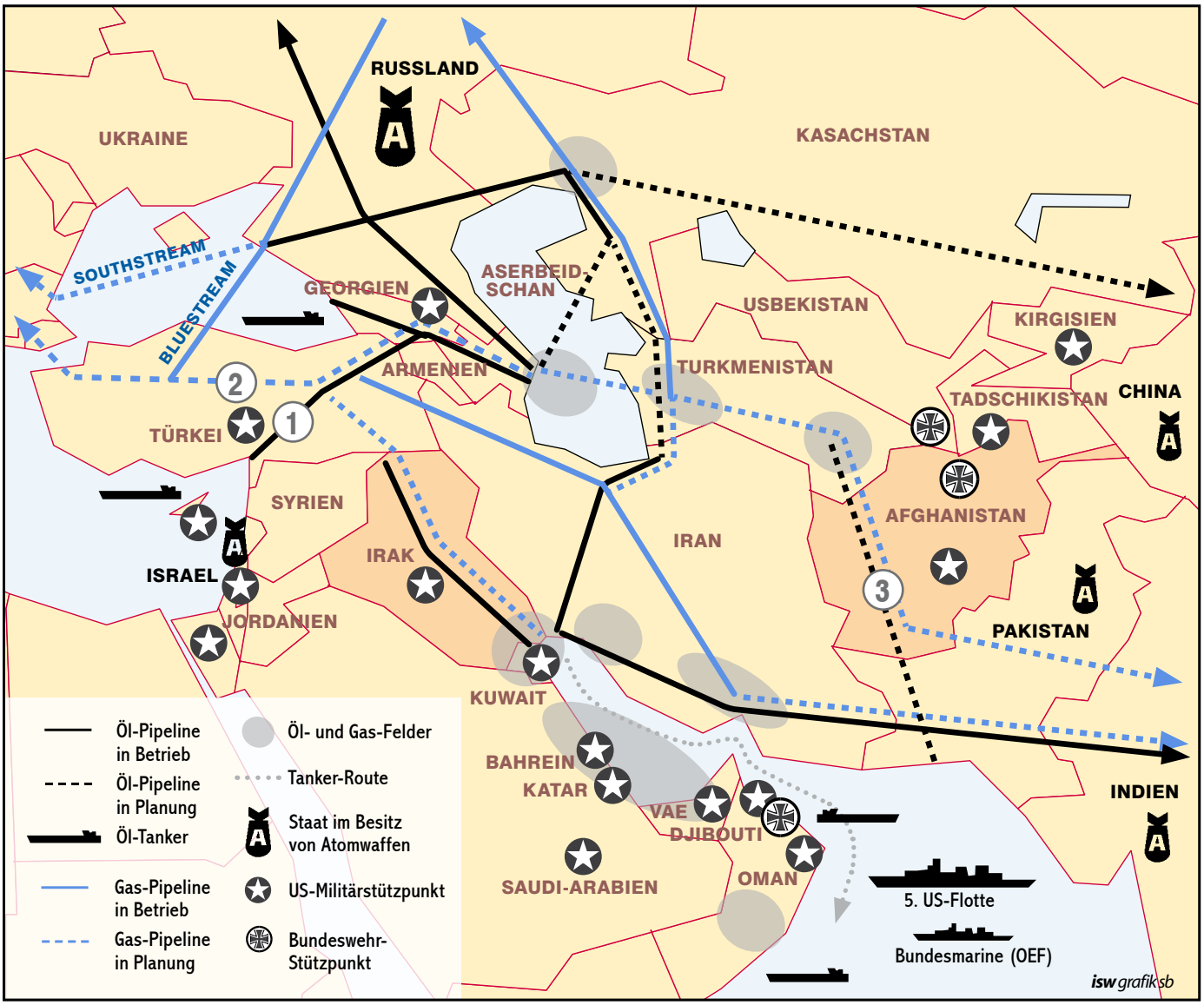
Krieg um Öl und Gas

Die kapitalistischen Metropolen sind in zunehmendem Maße auf den Import von Öl angewiesen. Ihre eigenen Ölvorräte sind in Westeuropa in sieben, in den USA in zwölf Jahren erschöpft. Die USA und die EU versuchen, sich den Zugriff auf die knapper werden Öl- und Gasreserven zu sichern – mit politischer und ökonomischer Gewalt und notfalls mit militärischer Drohung und Krieg. Besonders militant gehen dabei die USA vor. Ex-US-Vizepräsident Dick Cheney hat 1999 (damals war er noch Chef von Halliburton, dem weltweit größten Zulieferer der Ölbranche) das Dilemma auf den Punkt gebracht: „Der liebe Gott hielt es nicht für angebracht, Erdöl und Erdgas nur dort hinzutun, wo es demokratisch gewählte, den USA freundlich gesinnte Regierungen gibt. Gelegentlich müssen wir in Gegenden operieren, wohin man bei Lichte besehen normalerweise nicht freiwillig gehen würde. Aber wir gehen dorthin, wo es Geschäfte zu machen gibt.“ (Weinberger, 59). In den Ländern rund um den Persischen Golf und das Kaspische Meer lagern zwei Drittel der Weltölreserven und rund 50 Prozent der Weltgasvorräte. Der US-Militäraufmarsch in dieser Region, die zahlreichen US-Militärbasen in Förderländern und entlang der Pipeline- und Tankerrouten, die Kriege im Irak und in Afghanistan sowie die Kriegsdrohungen gegenüber dem Iran unterstreichen diesen imperialistischen Machtanspruch der US-Administration.

Pipelinepoker

Die von westlichen Konsortien 2006 fertiggestellte Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline (in der Karte Nr. 1) und die geplanten weiteren Projekte, wie die Nabucco-Gaspipeline (2) und die Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Pipeline (3) sollen unter Umgehung Russlands die großen Öl- und Gasvorkommen am Kaspischen Meer in den Westen pumpen (s. auch S. 36).

Völlig offen ist noch die Frage, sowohl für die USA als auch die EU, ob und wie es gelingt, den Iran gefügig zu machen und ihn davon abzuhalten, eigenmächtig mit China und Indien ins Geschäft zu kommen.



Kriegslügen ...

„Nachrichtendienstliche Erkenntnisse unserer und anderer Regierungen lassen keinen Zweifel, dass das irakische Regime einige der tödlichsten Waffen weiterhin besitzt und versteckt."

Präsident George W. Bush im März 2003

„Es besteht kein Zweifel, dass Saddam Hussein heute Massenvernichtungswaffen besitzt; es besteht kein Zweifel, dass er sie hortet für den Einsatz gegen unsere Freunde, gegen unsere Verbündeten und gegen uns."

Vizepräsident Dick Cheney im August 2002

„Die Präzision unserer Technologie schützt das Leben unserer Soldaten und das Leben unschuldiger Zivilisten."

US-Präsident Bush 16.April 2003

„Wir werden in jedem Teil der Welt das Vorbild der Demokratie schaffen."

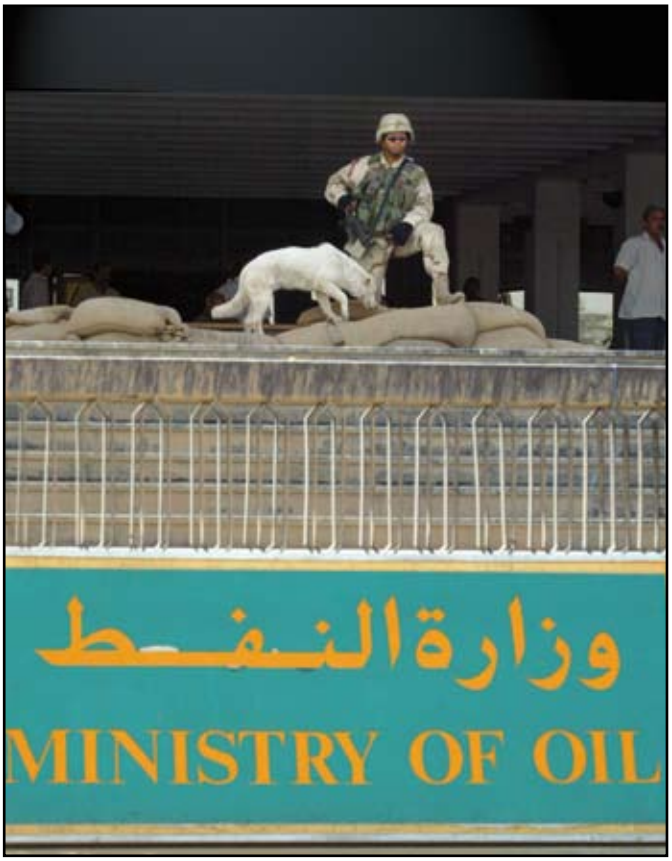
US-Präsident Bush, im November 2003

Foto: Peter Parkerpiper

„Aus bürokratischen Gründen setzten wir auf das Thema Massenvernichtungswaffen, weil es der einzige Grund war, bei dem jeder zustimmen konnte."

US-Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz im Mai nach dem Krieg

... und Kriegsziele



Fotos: AP

Nach dem Einmarsch der US-Truppen werden im Irak staatliche Krankenhäuser, Museen und Universitäten geplündert. Die US-Truppen kümmern sich jedoch ausschließlich um die militärische Absicherung der irakischen Ölanlagen und des Ölministeriums.

Als „ kapitalistischen Traum“...

beschrieb das britische Wirtschaftsblatt 'The Economist' im September 2003 die neuen Wirtschaftsstrukturen, die von den US-Besatzern im Irak geschaffen wurden. Die Unternehmenssteuern wurden auf maximal 15 Prozent begrenzt, die Einfuhrzölle ganz abgeschafft. Fast alle der rund 200 irakischen Staatsunternehmen wurden zur Privatisierung freigegeben. Westliche Konzerne können nach „Order 39“ des vormaligen US-Prokonsuls Paul Bremer irakische Fabriken und Banken bis zu hundert Prozent übernehmen und alle künftigen Gewinne ins Ausland schaffen.

Ölgesetz made in USA

Im Januar 2007 hat die von den USA abhängige irakische Regierung ein neues, in Washington entworfenes Ölgesetz beschlossen. Es sieht vor, das Recht zur Ausbeutung von 68 der 80 vorhandenen Ölfelder mit rund zwei Drittel der heute bekannten irakischen Ölreserven an internationale Ölfirmen zu vergeben. Ausländische Ölkonzerne dürfen während 30 Jahren 70 Prozent ihrer Produktion für sich behalten. Weitere 20 Prozent sollen dauerhaft von jeder Art der Besteuerung befreit werden. Lediglich 17 produzierende Felder sind ausgenommen. Das irakische Parlament aber hat dem Ölgesetz made in USA bis heute nicht zugestimmt.

Ölmultis stehen in den Startlöchern

Am 16.6.2008 meldete die 'New York Times', die westlichen Ölgesellschaften ExxonMobil, Shell, Total und BP stünden kurz vor dem Abschluss langfristiger Konzessionsverträge mit der irakischen Regierung. Die antikoloniale Regierung des Irak hatte vor 36 Jahren diesen Konzernen die Konzessionen entzogen und die gesamte Ölförderung nationalisiert. Jetzt hoffen sie darauf, ihr damals beschlagnahmtes Eigentum zurück zu erhalten.

So weit ist es zwar noch nicht, doch die irakische Regierung hat bereits acht Öl- und Gasfelder für ausländische Investoren geöffnet. Bohrlizenzen für elf weitere Lagerstätten sollen folgen. Die Ergebnisse der Ausschreibung, an der sich 35 Konzerne beteiligt haben, sollen Mitte 2009 vorliegen; bis Ende 2009 sollen die Verträge abgeschlossen werden. (Handelsblatt, 2.1.2009)

Die Logik des Krieges

Fotos: AP (3)

Massaker, Terror und Folter

sind keine Betriebsunfälle, sondern logische Konsequenz jeder Besatzungsherrschaft. Die Besatzer haben nur die Wahl, abzuziehen oder den gegen sie gerichteten Widerstand mit allen Mitteln zu brechen. Terror und Folter entsprechen dieser Besatzerlogik. Die „Verhörmethoden" von Abu Ghraib waren deshalb auch von allerhöchster Stelle abgesegnet und – wie der damalige Kriegsminister Donald Rumsfeld damals betonte – von Pentagon-Juristen für unbedenklich erklärt worden.

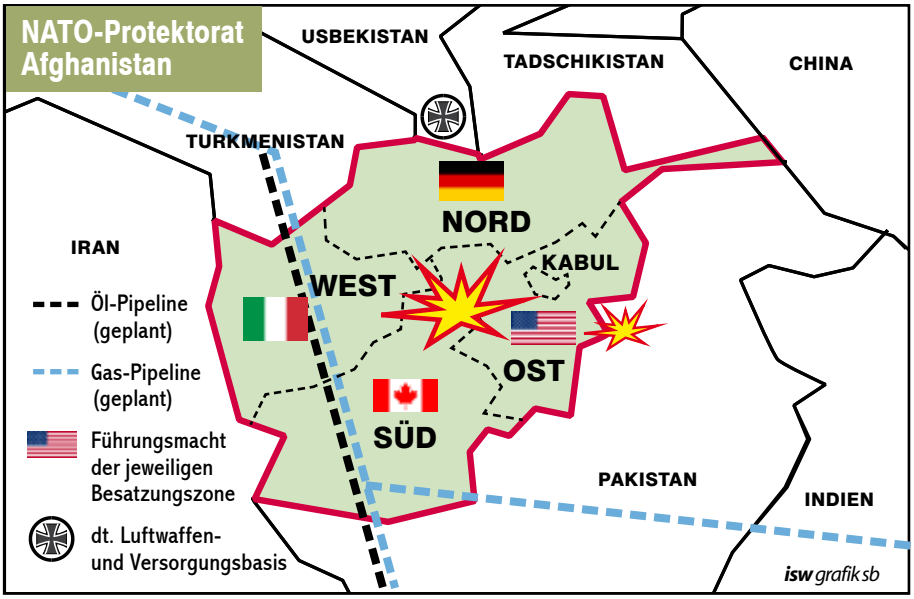
Die Folterszenen aus Abu Ghraib lösten weltweite Empörung aus. Die alltäglichen Kriegsverbrechen werden dagegen kaum zur Kenntnis genommen. Massaker, wie das von Ischaki (Bild links), bei denen US-Eliteeinheiten Wohnhäuser stürmen und ganze Familien ermorden, sind keine Einzelfälle. Beim Sturmangriff auf Falluja 2004 wurde von den US-Truppen weißer Phosphor eingesetzt. Beim Kontakt mit Phosphor verbrennt das Fleisch bis auf die Knochen. Tausende Bewohner der Stadt wurden damals von den US-Truppen getötet.

„Kolonialismus und Besatzung sind Systeme, die zwangsläufig zu solchen Exzessen führen. Jedes Land, das ein anderes Land besetzt und auf Widerstand trifft, wird bei solchen Missbrauchsfällen enden. Die Franzosen in Algerien, die Israelis in den besetzten Gebieten, die Amerikaner im Irak. Die Wurzel für das alles ist die Besatzung. … Eroberung und Besatzung sind kein Weg, um Menschenrechte und Demokratie zu fördern, Im Irak zeigt sich das gerade wieder."

Lakhdar Brahimi,
UN-Sondergesandter für den Irak
(SZ 9. Juli 2004)

Verteidigung am Hindukusch?

Deutsch - US-amerikanische Arbeitsteilung



„Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt". Mit dieser Parole versuchte der frühere Bundesverteidigungsminister Struck, den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu legitimieren. Deutschland wurde aber von Afghanistan weder angegriffen noch militärisch bedroht. Auch die zum Feind erklärten Taliban sind in keiner Weise eine Bedrohung für die BRD, nicht für die staatlichen Strukturen, nicht für die Wirtschaft, nicht für die Demokratie oder für „unsere Lebensweise".

Auch der angebliche Kampf gegen den Terrorismus ist ein Märchen. Die Arroganz der Besatzungstruppen, ihre Militärkontrollen, rücksichtslosen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, die Militäroperationen gegen sog. Aufständische, die Bombardements von Dörfern unter Inkaufnahme tausender ziviler Opfer – das alles erzeugt in der afghanischen Bevölkerung Wut und Hass auf den Westen.

Das eigentliche Kriegsziel

ist die Eroberung und militärische Absicherung politischer und wirtschaftlicher Einflusszonen, der Zugriff auf Öl- und Gasressourcen in Zentralasien und die Einrichtung von Militärbasen an einem geostrategisch entscheidenden Ort – zwischen China, Russland, Indien und dem Iran.

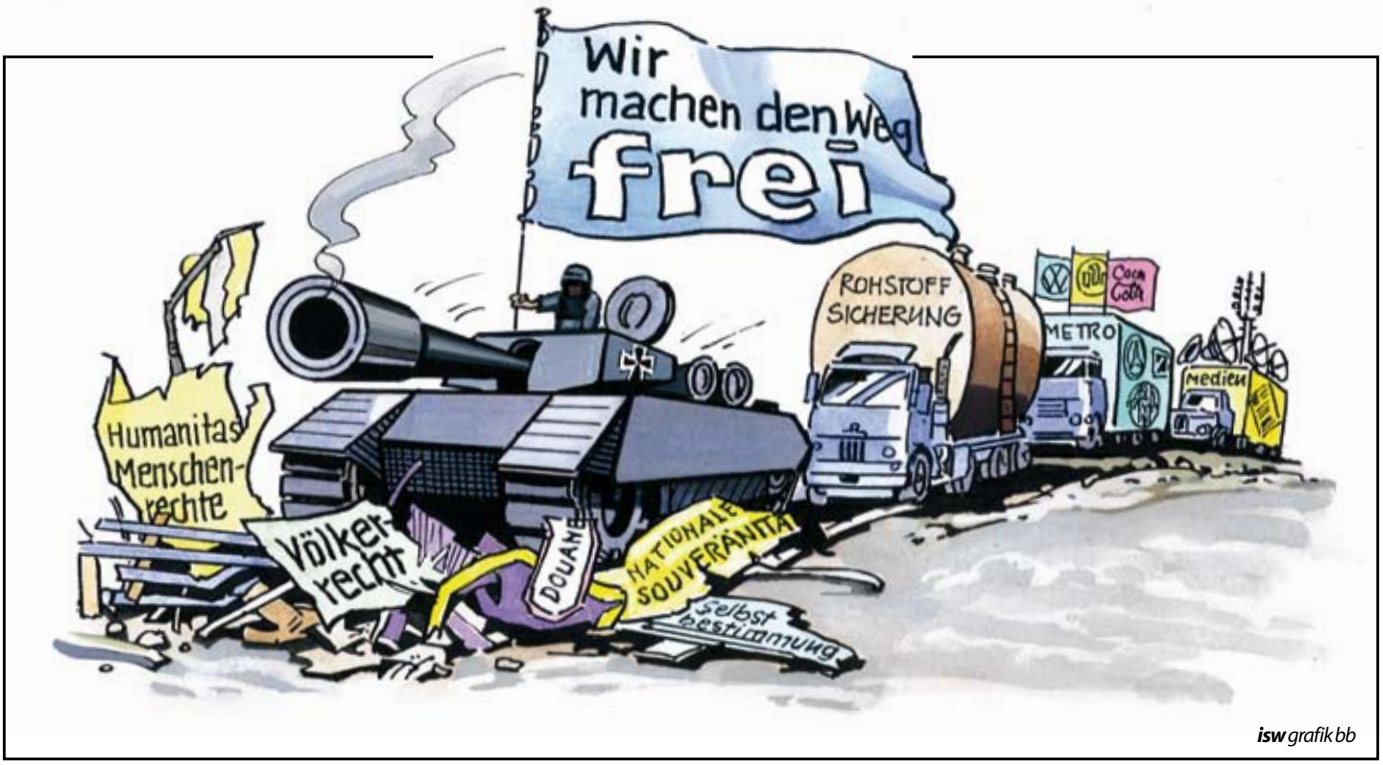
Bemühungen US-amerikanischer Ölgesellschaften um eine Öl- und Gaspipeline, die von Turkmenistan über Afghanistan und Pakistan zum Indischen Ozean führen und das Transportmonopol Russlands brechen sollte, gehen bereits auf die Zeit der Mudjahedin und der Talibanherrschaft zurück. 1995 unterzeichnete der US-amerikanische Ölkonzern UNOCAL mit den heute als Terroristen bekämpften Taliban einen Vertrag für den Pipelinebau. 1998 platzte der Deal.

2001, während der US-Angriffe auf Afghanistan, wurde der langjährige Top-Berater von UNOCAL und CIA-Mann Hamid Karzai auf dem Petersberg bei Bonn zum Regierungschef Afghanistans ernannt – eine geradezu ideale Besetzung für die Durchsetzung der Interessen des Westens. Bereits am 27. September 2003 konnte der Vertrag über den Pipelinebau zum Indischen Ozean unterzeichnet werden.

Deutsche Interessen

Nur selten wird offen ausgesprochen, um was es der herrschenden Elite Deutschlands wirklich geht. Unter der Überschrift „Deutsche Interessen" schrieb ‚Die Welt' am 15. Mai 2006: „Die Feststellung, die Bundesregierung werde zur Wahrung ihrer Interessen auch militärische Mittel einsetzen, ist nur konsequent. Und mit der Formulierung, dass sich die Regierung besonders jenen Regionen zuwenden werde, in denen Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, begibt sich Deutschland endlich auf gleiche Augenhöhe mit anderen Ländern, in denen dieses Verhalten eine Selbstverständlichkeit ist." Am 13.8.2006 schrieb die FAZ, „Humanitäre Erwägungen" seien nicht der Grund für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. „Im Kern geht es um etwas Grundlegenderes: Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenig andere Länder." Und Außenminister Steinmeier zur Anwesenheit deutscher Truppen im Herzen Zentralasiens: „Das macht uns zu einem Spieler in einer Region, die nicht nur als Energie- und Transportkorridor heftig umworben wird, sondern die auch eine wichtige Brückenfunktion hat: In den Nahen und Mittleren Osten oder hin zum Kaspischen Meer." (Steinmeier vor der Willy Brandt-Stiftung im März 2008).

Freedom & Democracy



Freiheit fürs Kapital

Mit einer Friedens- und Wiederaufbaumission hat der ISAF-Einsatz in Afghanistan nichts und der OEF-Einsatz (Operation Enduring Freedom) erst recht nichts zu tun.
Die von den Regierungen der NATO-Länder behaupteten humanitären Ziele erweisen sich als glatte Lüge. Schon das Verhältnis von Kriegsausgaben zu zivilen Programmen ist entlarvend: 85 Milliarden Dollar wurden von 2002 bis 2006 für den Militäreinsatz der NATO ausgegeben, für den Wiederaufbau dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar (Die Welt, 25.7.07). Und von dem zivilen Zehntel wandert das meiste in die Taschen korrupter Regierungsmitglieder, Sicherheitsspezialisten und Privatisierungsgewinnler.

Die NATO-Besatzungstruppen schützen eine Regierung, die sich auf Warlords, Waffenhändler und Drogenbarone stützt; auf Kräfte, die an einer sozialen und demokratischen Entwicklung Afghanistans keinerlei Interesse haben.
In Afghanistan kämpfen 51.000 ISAF-Kräfte aus fast allen NATO-Ländern, die sich in immer heftigere militärische Auseinandersetzungen verwickeln (Stand Dezember 2008). Deutschland stellt das drittstärkste Truppenkontingent. Hinzu kommt noch der US-geführte OEF-Einsatz mit einer Truppenstärke von 16.000 (SZ, 27.12.08). Entsprechend der Kriegseskalation steigen die Opferzahlen unter der afghanischen Bevölkerung. Der neueste UNO-Afghanistan-Bericht beziffert die Zahl der getöteten Afghanen auf 8.000 im Jahr 2007 (AP 3.6.2008). Nach vorsichtigen Schätzungen sind in den acht Jahren NATO-Krieg ca. 50.000 Zivilisten ums Leben gekommen.

„Der blutige NATO-Einsatz in Afghanistan ist gewissermaßen der Prototyp für eine neue Form westlicher Kriegsführung. Afghanistan ist gegenwärtig das zentrale Experimentierfeld, der ‚Lackmustest' (Angela Merkel) für die NATO und für die neue Form zivil-militärischer Aufstands- und Besatzungsmissionen. Nur wenn es gelingt, den dortigen Widerstand 'erfolgreich' zu brechen, wird die NATO in der Lage sein, künftig weitere Länder ihrer Kontrolle zu unterwerfen." (Jürgen Wagner 2008)

Den führenden NATO-Staaten geht es wiederum in erster Linie um die neoliberale Zurichtung des Landes. Die Homepage des Auswärtigen Amtes nennt als „Schwerpunkt" für die Zusammenarbeit Deutschlands mit der afghanischen Regierung „die Entwicklung der Privatwirtschaft und marktwirtschaftlicher Strukturen". Ministerpräsident Karzai hat per Dekret dafür bereits die Voraussetzungen geschaffen: Danach sollen von den 65 staatlichen Unternehmen 37 privatisiert und 19 ganz geschlossen werden. Unter maßgeblicher Beteiligung der Bundesregierung hat die afghanische Regierung ein „Investitionsschutzabkommen" in Kraft gesetzt, das für 100%-igen Firmenbesitz von Ausländern Schutz vor Enteignung, Steuerbefreiung in den ersten acht Jahren, Zollreduzierung sowie 100-prozentigen Gewinntransfer ins Ausland vorsieht. Die Bundesagentur für Außenwirtschaft zeigt sich mit dem neoliberalen Kurs Karzais, mit dem er die Wirtschaft Afghanistans den Kapitalinteressen des Westens unterordnet, höchst zufrieden und erklärt: „Afghanistan kann als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber als die offenste Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden. Handelsbeschränkungen und Subventionen sind praktisch nicht existent."

Befreier

Foto: Peter Parkerpiper

Malalai Joya

ist die jüngste Abgeordnete des afghanischen Parlaments. Sie kämpft für die Rechte der unterdrückten Frauen und gegen die Macht der Islamisten und Warlords. Im Mai 2007 wurde sie für drei Jahre aus dem Parlament ausgeschlossen. Die Regierung schränkte ihre Bewegungsfreiheit ein, sie darf das Land nicht verlassen.

Nach Berichten von Malalai Joya (auf ihrer Internetseite und in verschiedenen Zeitungsveröffentlichungen) haben sich die Lebensverhältnisse für die afghanische Bevölkerung seit dem NATO-Einmarsch weiter verschlechtert. 90 Prozent aller Waren werden importiert und sind für die in krasser Armut lebenden Menschen unerschwinglich. Die Lebenserwartung liegt inzwischen nur noch bei etwas über 40 Jahren. Zwei Drittel der Bevölkerung sind chronisch unterernährt und haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Täglich sterben 700 Kinder unter 5 Jahren und nur 10 Prozent der Bevölkerung verfügen über elektrischen Strom. Nur der Mohn blüht; laut UN-Drogenbericht 2008 hat sich die Opium-Produktion in Afghanistan zwischen 2005 und 2007 verdoppelt.

„Die westlichen Medien sprechen von Demokratie und Befreiung Afghanistans. Doch die USA und ihre Verbündeten sind damit beschäftigt, unser verwundetes Land in ein Land der Kriegsherren, der Verbrecher und der Drogenbarone zu verwandeln. Jetzt sind die Führer der Nordallianz die entscheidenden Machthaber, und unser Volk ist eine Geisel in den Händen dieser rücksichtlosen Killerbande. Viele von ihnen sind verantwortlich für das Abschlachten von Zehntausenden in vergangenen Jahrzehnten. Trotzdem nehmen sie wichtige Regierungsämter ein.“

(SoZ-Interview 10.10.2007)

Karzais Regierungspersonal

Karim Khalili, der stellvertretende Präsident, ist für die Tötung von Tausenden unschuldigen Menschen verantwortlich und wird von Human Rights Watch als Kriegsverbrecher bezeichnet.

Ismael Khan, berüchtigter Warlord, ist Minister für Wasser und Energie.

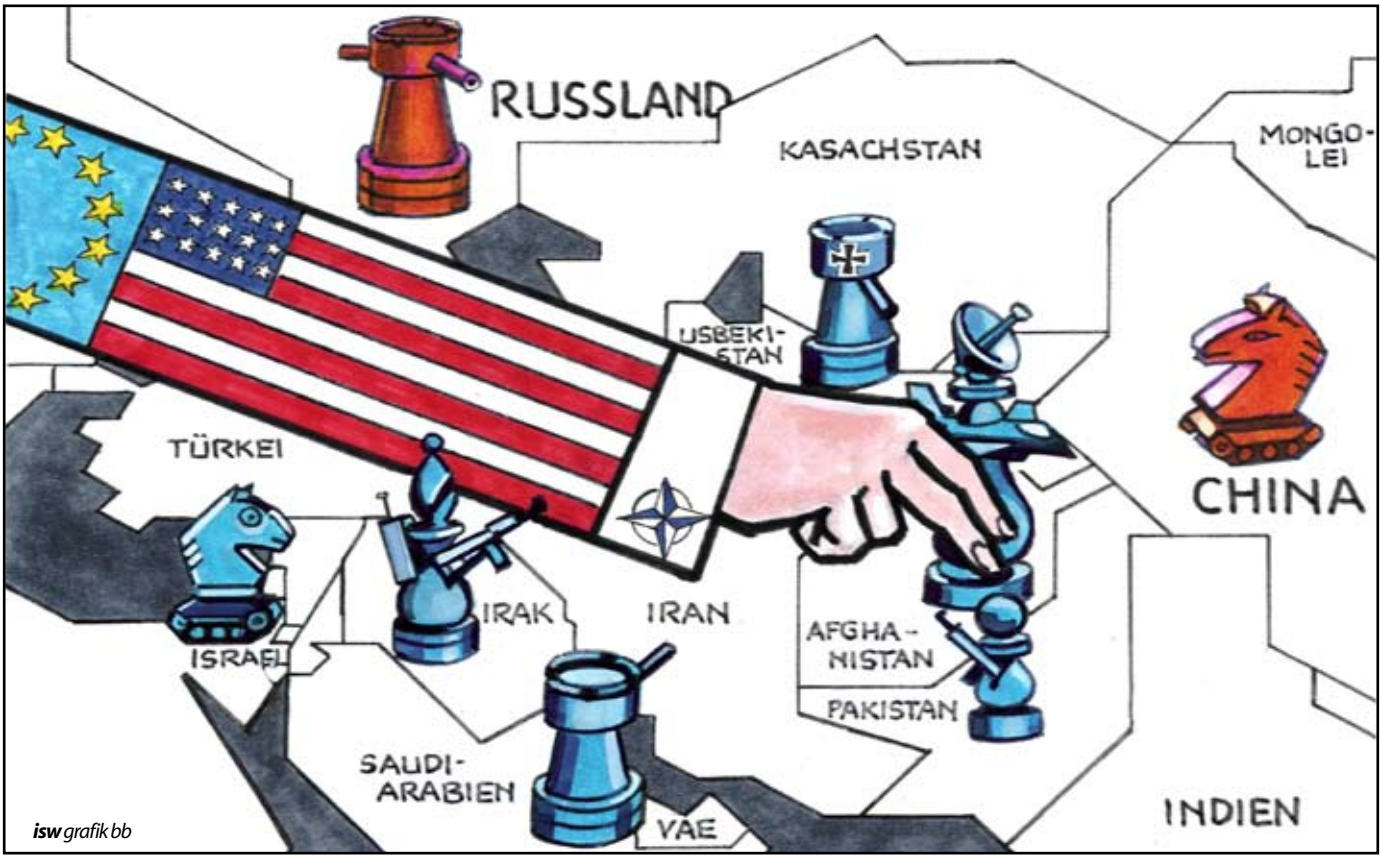
Izzatullah Wasifi, ein verurteilter Drogenhändler, der rund vier Jahre in den USA im Staatsgefängnis von Nevada gesessen hat, ist Afghanistans Antikorruptionschef.

General Mohammed Daoud, ehemaliger Kriegsherr und bekannter Drogenhändler, ist Afghanistans stellvertretender Innenminister und zuständig für die Drogenbekämpfung.

Rashid Dostum, ein kaltblütiger Mörder und Warlord, den Human Rights Watch als Kriegsverbrecher bezeichnet, ist Stabschef der afghanischen Armee.

Qasim Fahim, vormals Verteidigungsminister und heute Senator und Berater von Karsai, ist der mächtigste Kriegsherr der Nordallianz und wird beschuldigt, Kriegsverbrechen begangen zu haben.

Das „Eurasische Schachbrett“



US-Anspruch auf globale Vorherrschaft

Zbigniew Brzezinski gilt als einer der führenden Strategen US-amerikanischer Hegemonialpolitik. In seinem Buch „The Grand Chessboard“ entwarf er einen strategischen Plan, der den USA den Status „Die einzige Weltmacht“ (Titel der deutschen Ausgabe) auf Jahrzehnte sichern sollte. Seine zentrale Prämisse ist, dass „Eurasien ... das Schachbrett (ist), auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird“ (Brzezinski 1997, 57). Eurasien von Lissabon bis Wladiwostok, ist die mit Abstand größte zusammenhängende Landmasse, auf der drei Viertel der Weltbevölkerung leben und die drei Viertel der Energievorräte beherbergt. Das erste Ziel amerikanischer Außenpolitik müsse daher darin bestehen, sicherzustellen, „dass kein Staat oder eine Gruppe von Staaten die Fähigkeit erlangt, die Vereinigten Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren Schiedsrichterrolle entscheidend zu beeinträchtigen“ (283).

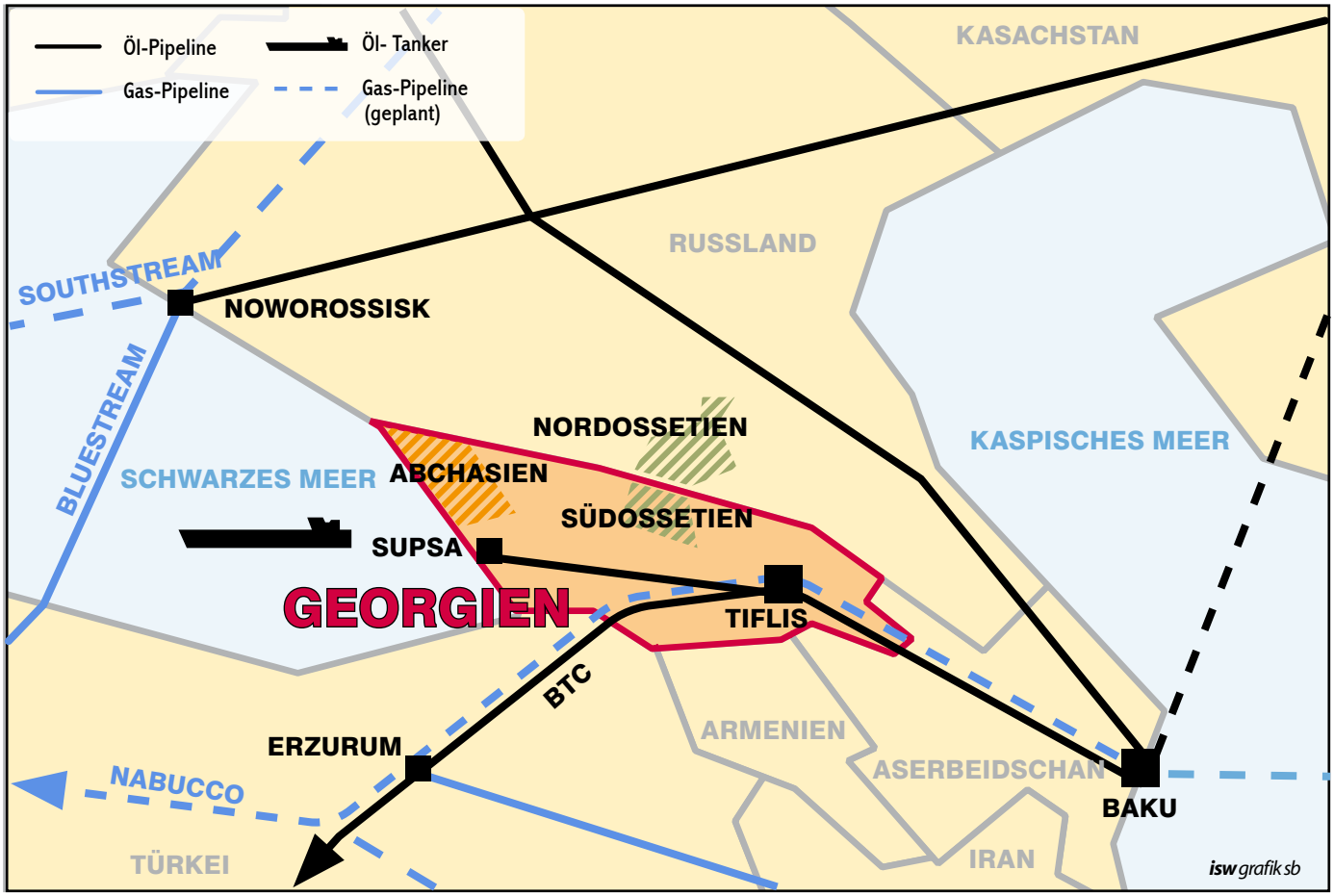
In seinem neuen Buch „Second Chance“ rechnet Brzezinski mit der Politik der Bush-Regierung ab. Die unilaterale Politik von Bush und der Krieg gegen den Irak haben „Amerikas globale Führerschaft diskreditiert, ... seine Verbündeten gespalten, seine Feinde vereint“ (Brzezinski 2008, S. 147f). Doch die USA hätten eine „zweite Chance“ zur dauerhaften Vorherrschaft.

Wie bereits in seinem ersten Buch setzt Brzezinski auf die Kooperation mit Europa: „Durch eine glaubwürdigere transatlantische Partnerschaft muss der Brückenkopf der USA auf dem eurasischen Kontinent so gefestigt werden, dass ein wachsendes Europa ein brauchbares Sprungbrett werden kann, von dem aus sich eine internationale Ordnung der Demokratie und Zusammenarbeit nach Eurasien hinein ausbreiten lässt.“ (Brzezinski 1997, 129). Dazu müssten die USA „Alleingänge aufgeben und Europa mehr in die Entscheidungsprozesse einbinden“ und „die Europäer müssen sich militärisch stärker engagieren“ (SZ, 5.1.08).

Von zentraler strategischer Bedeutung für die Beherrschung des eurasischen Raumes ist die Dominanz auf dem „Eurasischen Balkan“ (Brzezinski), der Zentralasien und die Kaspi-/Kaukasus-Region umfasst. In dem Gebiet lagern viele Bodenschätze und die drittgrößten Energiereserven der Erde; damit verbunden ist ein riesiges Pipelinenetz.

Hier überschneiden sich ganz unmittelbar die geostrategischen Interessen von USA und EU mit den Konkurrenzmächten Russland und China sowie den Regionalmächten Türkei, Indien, Pakistan und Iran. Im Zusammenhang mit den konkurrierenden Interessen dieser Akteure und aufgrund der ethnischen Vielfalt ist die Gefahr von Stellvertreterkriegen und grenzübergreifenden Bürger- und Warlordkriegen hier sehr groß. Zur Ausdehnung westlicher Einflusszonen und um Russland in Schach zu halten, empfiehlt Brzezinski eine Kombination von EU-Osterweiterung und NATO-Ostexpansion über angrenzende Staaten, wie die Ukraine, bis in die ehemaligen transkaukasischen Sowjetrepubliken hinein.

Energiekorridor Georgien



Pipelinepoker in der Kaspi-Region

Die Region um das Kaspische Meer ist reich an Erdöl und Erdgas, nach der Golfregion und Russland ist sie das drittgrößte Energiereservoir der Erde. Nach der Auflösung der Sowjetunion gingen hier westliche Ölgesellschaften ans Werk, meist in gemischten internationalen Konsortien. Das neue Öl-Dorado hatte nur einen Nachteil: Das Gebiet hat keinen direkten Zugang zum Meer, ist eingekeilt zwischen Gebirgen und im Süden abgeriegelt durch den „Schurkenstaat" Iran. Das erschwert den Abtransport von Öl und Gas. Alle vorhandenen Pipelines führten nach Norden über Russland.

Die USA und die EU waren deshalb von Anbeginn bestrebt, das Pipelinemonopol der Russen zu brechen. Als Transitland kam nur das westlich orientierte Georgien in Frage. Alle alternativen Transittrassen müssen durch dieses Nadelöhr gehen. So die nach jahrelangem Ringen neu errichtete und kostspieligste Erdölpipeline Baku-Tiflis-Ceyhan (BTC), die Mitte 2006 eröffnet wurde. Gleiches gilt für die geplante Nabucco-Pipeline, die Erdgas aus der Kaspi-Region bis nach Europa transportieren und die EU unabhängiger von russischem Erdgas machen soll. Konkurrenzprojekt ist die von Russland geplante South-Stream-Erdgaspipeline.

Um die georgische Energiedrehscheibe abzusichern, ist der Westen seit Jahren in dem Land militärisch präsent. Die georgische Armee wird von mehreren hundert amerikanischen und israelischen Ausbildern trainiert und von diesen Ländern auch mit Waffen versorgt. Auch die Bundeswehr hat Militärberater entsandt.

Blitzkriegsversuch

Als Präsident Sakaschwili in einer Blitzkriegsattacke die abtrünnige Provinz Südossetien zurückerobern wollte, geschah das offenbar mit Billigung, zumindest mit Wissen Washingtons. Die US Army hatte kurz davor mit der georgischen Armee ein gemeinsames Manöver („Prompte Antwort") abgehalten. Russland, das in gegenseitigem Einvernehmen sog. Friedenstruppen in Südossetien und Abchasien unterhält, stoppte die georgische Aggression, vertrieb die georgischen Truppen aus den Regionen und attackierte und besetzte vorübergehend militärische Anlagen im georgischen Hinterland.

Die kriegerischen Attacken Georgiens halten die USA nicht davon ab, weiterhin die unverzügliche NATO-Mitgliedschaft des Landes anzustreben. Wäre Georgien im Sommer 2008 bereits Mitglied gewesen, hätte dies den NATO-Bündnisfall gegenüber Russland bedeutet.

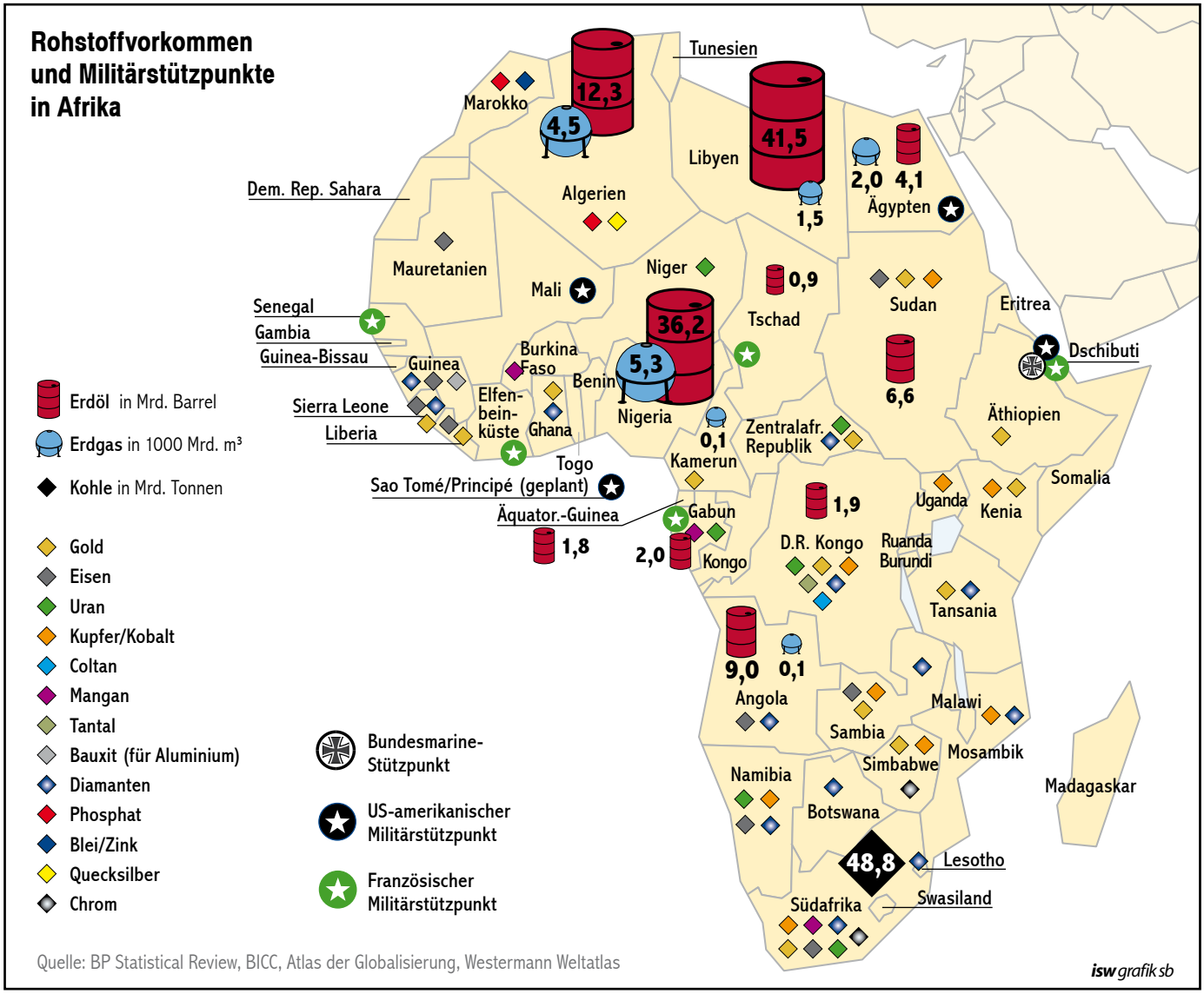
Kriegsziel IRAN?

Mit dem Sturz Saddam Husseins durch die USA, ist der Iran zur wichtigsten Regionalmacht am Golf aufgerückt. Zudem besitzt das Land die zweitgrößten Öl- und Gasreserven der Erde. Der Zugriff auf das iranische Öl bestimmt das amerikanisch-iranische Verhältnis seit Jahrzehnten. Als der demokratisch gewählte iranische Ministerpräsident Mossadeqh die Ölindustrie verstaatlichen wollte, wurde er durch die CIA gestürzt. Das Terrorregime des US-gestützten Schahregimes, die Geiselnahme in der Teheraner US-Botschaft 1979 und die missglückte US-Geiselbefreiung, die US-Unterstützung Saddam Husseins bei dessen Kriegs gegen den Iran 1980 bis 88 sowie die anhaltenden US-Sanktionen vergifteten das Verhältnis weiter. Bush reihte den Iran in die „Achse des Bösen" ein und dieser musste wegen seines Energiereichtums, aber auch aufgrund seiner strategischen Lage, ein ähnliches Schicksal befürchten wie der Irak. Vorwand aller US-amerikanischen – und auch israelischen – Kriegsdrohungen gegen den Iran aber ist die Behauptung, das iranische Atomprogramm ziele auf die Herstellung der Atombombe. Aus iranischer Sicht wäre das nicht abwegig, denn die Staaten in unmittelbarer Nachbarschaft – Pakistan, Russland, Israel und Indien – besitzen Atomwaffen, und nach den US-Invasionen in Afghanistan und Irak und dem US-Aufmarsch am Golf ist das Land praktisch von meist feindlichen Mächten umzingelt. Anders als Israel, Pakistan und Indien hat der Iran den Atomwaffensperrvertrag samt Zusatzprotokoll unterzeichnet, lässt Inspektionen der Internationale Atomenergieagentur (IAEO) zu und versichert, dass er nur eine zivile Nutzung der Atomenergie anstrebt. Die IEAO widerspricht bis heute den israelischen Behauptungen, der Iran bastle im Geheimen an der Bombe.

Gefahr eines Präventivschlages

Seit 2005 sprechen die USA und Israel offen von der Möglichkeit präventiver Militärschläge gegen die iranischen Atomanlagen. Israel erhöhte ab 2004 die Reichweite seiner F-161 „Sufa"-Bomber, womit es die wichtigsten strategischen Ziele im Iran erreichen kann. Der israelische Angriff auf den Libanon in Absprache mit den USA galt als – allerdings missglückter – „Probelauf für Iran" (Spiegel 21.8.06). Im Sommer und Herbst 2008 verdichtete sich die Gefahr, als Israels Luftwaffe bei einem großen Manöver über dem Mittelmeer Attacken auf den Iran simulierte. Bei der Operation Brimstone übten amerikanische, britische und französische Kriegsschiffe im Atlantischen Ozean die Vorbereitung eines militärischen Angriffs gegen den Iran. Anschließend wurden zwei US-Flugzeugträger und ein Amphibienschiff, flankiert von einem britischen Carrier und einem französischen Jagd-Atom-U-Boot in Richtung Persischer Golf in Bewegung gesetzt. Dort kreuzen auch israelische U-Boote der deutschen Dolphin-Klasse, deren Torpedo-Rohre von den Israelis so umgebaut wurden, dass sie atomar bestückte Lenkwaffen verschießen können. Selbst ein vorgeblich begrenzter Luftschlag gegen den Iran birgt die Gefahr, dass es sehr schnell zu einer miltärischen Eskalation in der Region, bis hin zur Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes kommt. Die Gefahr eines Kriegs gegen den Iran ist mit der Amtsübernahme von Obama nicht gemindert (vgl. Seite 39).

Rohstoffkammer Afrika



Mit dem zunehmenden Energie- und Rohstoffhunger der Industrie- und Schwellenländer ist auch der „vergessene Kontinent“ ins Zentrum von Weltpolitik und Weltwirtschaft geraten. Hier prallen die Interessen der EU, USA und Chinas direkt aufeinander. Denn Afrika ist reich an begehrten Rohstoffen wie Gold, Diamanten, Kupfer, Uran, Platin, Chrom, Bauxit, Mangan, Coltan. An Erdöl besitzt es zwar nur knapp zehn Prozent der Weltreserven, aber viele Gebiete sind noch nicht erkundet und zudem ist der Eigenverbrauch wegen des niedrigen Industrialisierungsstandes gering: 3,5 % des Weltverbrauchs, bei 12,5 % der Weltproduktion (ähnlich bei Erdgas: 2,8 % zu 6,5 %).
Der Naturreichtum kommt aber der Bevölkerung kaum zugute; die Profiteure sind in erster Linie internationale Öl-Multis, transnationale Minen- und Rohstoffkonzerne, korrupte Herrschaftscliquen und Warlords. Zudem überfischen internationale Fangflotten die afrikanischen Küstengewässer und rauben den dortigen Fischern die Existenzgrundlage – eine entscheidende Ursache für die Piraterie am Horn von Afrika.

Viele der Kriege in Afrika haben innere Ursachen, sind Spätfolgen der Kolonialherrschaft (willkürlichen Grenzziehungen) und Folge der Zurichtung der Ökonomien auf Monokultur- und Plantagenwirtschaft mit Weltmarktorientierung (Zerstörung der einheimischen Subsistenzwirtschaft). Bei den meisten Konflikten aber sind externe Einflussnahmen, strategische und Rohstoffinteressen im Spiel. So bei den EU-Militärmissionen im Kongo und Tschad, bei der US-Invasion in Somalia, der US-Unterstützung der äthiopischen Intervention in Somalia und bei den Einmischungen der USA und EU in Darfur/Sudan.
Viele der „neuen Kriege“ sind Rohstoffkriege: Lokale Kriegsherren eignen sich die Ressourcen an, Transnationale Konzerne kaufen die geförderten Rohstoffe auf, handeln mit lokalen Machthabern Konzessionen aus und liefern teilweise die Waffen, so z.B. früher in Angola und heute im Nigerdelta. Mit der Errichtung des US-Oberkommandos Africom wird die Militarisierung der US-amerikanischen Afrikapolitik weiter zunehmen. (siehe S. 22)

Change?

Friedenserklärung mit Falken

Amerika und die Welt befanden sich nach der US-Präsidentenwahl in einer Obama-Euphorie. Es war die Hoffnung auf einen wirklichen Wechsel in der US-Politik, die Hoffnung auf Frieden. Die personelle Besetzung Obamas „Team für die nationale Sicherheit" lässt aber eher eine Fortsetzung des „Permanenten Krieges" befürchten.

- Die künftige Außenministerin Hillary Clinton hat im Senat für den Irakkrieg und die stets neuen Anforderungen für dessen Ausweitung gestimmt.

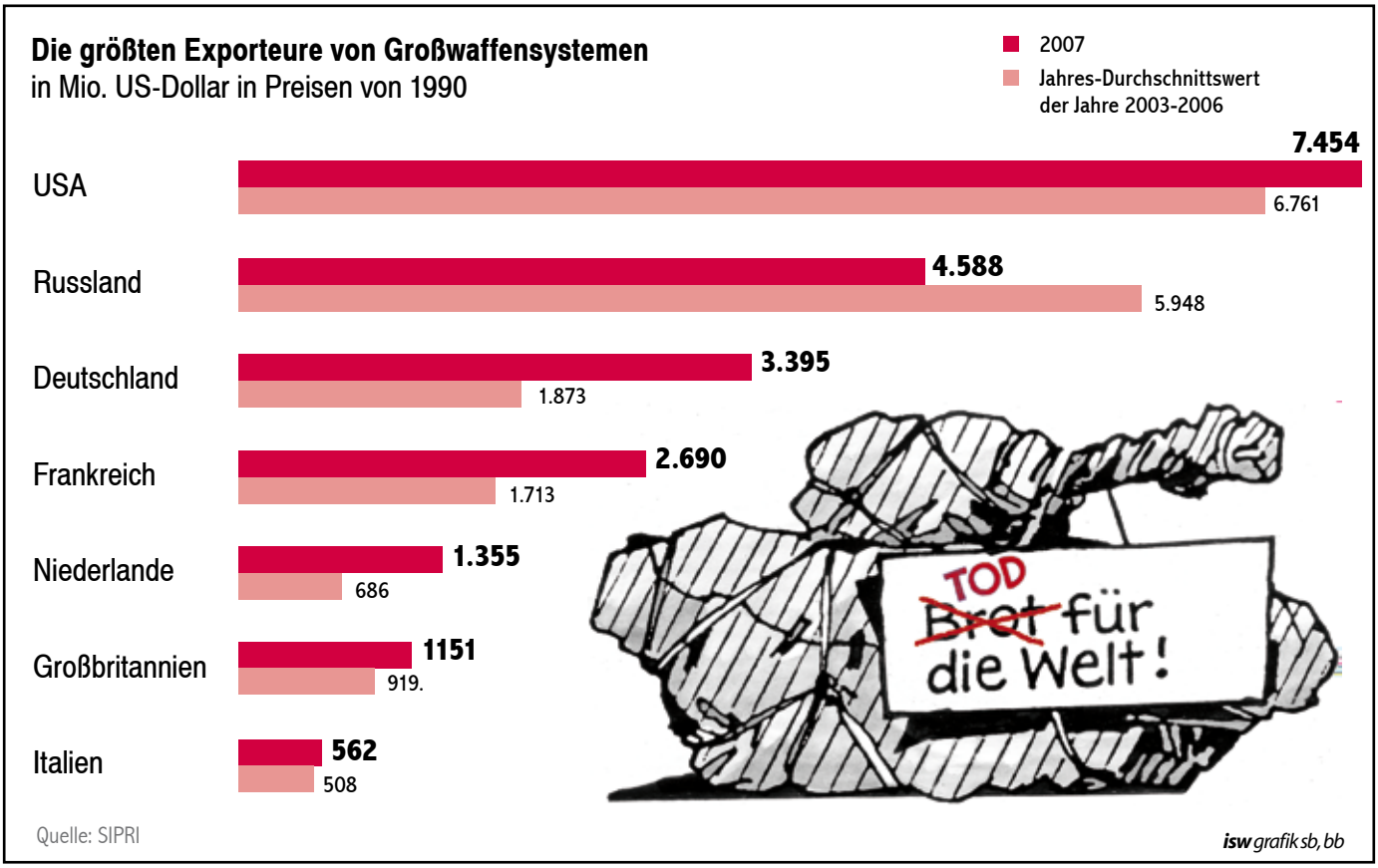
- Der jetzige Kriegsminister Robert Gates bleibt im Amt, er setzte die Aufstockung des US-Truppenkontingents im Irak durch und fordert mehr deutsche Soldaten für Afghanistan.

- Der Vier-Sterne-General James Jones wird Obamas Sicherheitsberater. Er ist ein Freund des Falken McCain. Bis Dezember 2006 war er NATO-Oberbefehlshaber und als solcher verantwortlich für die Kriegführung in Afghanistan. Als besondere Qualität dieses eingefleischten Militärs, der bei den Kriegen in Vietnam, Kosovo, Irak und Afghanistan dabei war, stellte Obama heraus, dass er die „Verbindung zwischen Energie und nationaler Sicherheit versteht". Als Beweis führte Obama an, dass er im Aufsichtsrat von Chevron (viertgrößter Ölmulti der Welt) sitzt und seit Anfang 2007 Präsident des „US Chamber of Commerce Institute for 21st Century Energy" ist, des Energieinstituts der Handelskammer der USA. Als solcher hat er sich vehement für die Öl- und Gasquellenausbeutung auch in bisher geschützten Gebieten und gegen die ohnehin bescheidenen Vorschriften des Klimaschutzes in den USA gewandt. (Los Angeles Times, 2.12.08). „Energie", sagt der Ex-General, „ist ein vitaler Punkt der nationalen Sicherheit".

- Mehrere außenpolitische Top-Berater Obamas arbeiten eng mit neokonservativen Think Tanks wie dem Washington Institute for Near East Policy (WINEP) zusammen. So unterstützte die zukünftige US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Susan Rice, eine WINEP-Studie, die zu einem koordinierten Vorgehen der USA und Israels gegen den Iran aufrief, einschließlich „einer präventiven Militäraktion". Obama bei der Präsentation seines Falken-Teams: „Sie teilen meinen Pragmatismus zum Einsatz von Macht und meine Meinung über Amerikas Rolle als ein Führer in der Welt".

Unter Obama werden sich die USA möglicherweise nach und nach aus dem Irak zurückziehen, jedoch unter Bedingungen, die dort eine US-Dominanz gewährleisten. Der Krieg in Afghanistan dagegen dürfe für USA und NATO nicht verloren gehen, betont der neue US-Präsident. Es sei der „richtige Krieg"; bis zu 20.000 Mann Verstärkung will er dorthin schicken. Obama ist hierbei ein gelehriger Schüler Brzezinskis, seines sicherheitspolitischen Beraters im Wahlkampf. Für Brzezinski sind der Irak und Afghanistan der „Testfall für die globale Führungsrolle Amerikas", wie er in seinem neuen Buch „Second Chance" schreibt: „Der Verlust der US-Dominanz in der Region hätte katastrophale Konsequenzen für Amerikas Position in Europa und im Fernen Osten." (Brzezinski 2006, 159). Beim Kampf um die globale Hegemonie aber brauchen die USA „ein politisch zielbewusstes Europa als Partner" (212). Für Europa und Deutschland bedeutet das vor allem einen größeren Anteil bei den militärischen Konflikten.

Händler des Todes



Europameister im Waffenexport

Etwa 80 Prozent des Exportvolumens von konventionellen Großwaffen im Zeitraum 2003 bis 2007 gingen auf das Konto der fünf größten Waffenexporteure – USA, Russland, Deutschland, Frankreich und Großbritannien (SIPRI 2008, 14). Deutschland verzeichnete in dem genannten Zeitraum die größten Zuwachsraten und hat seinen Waffenexport 2007 gegenüber 2003 verdoppelt.

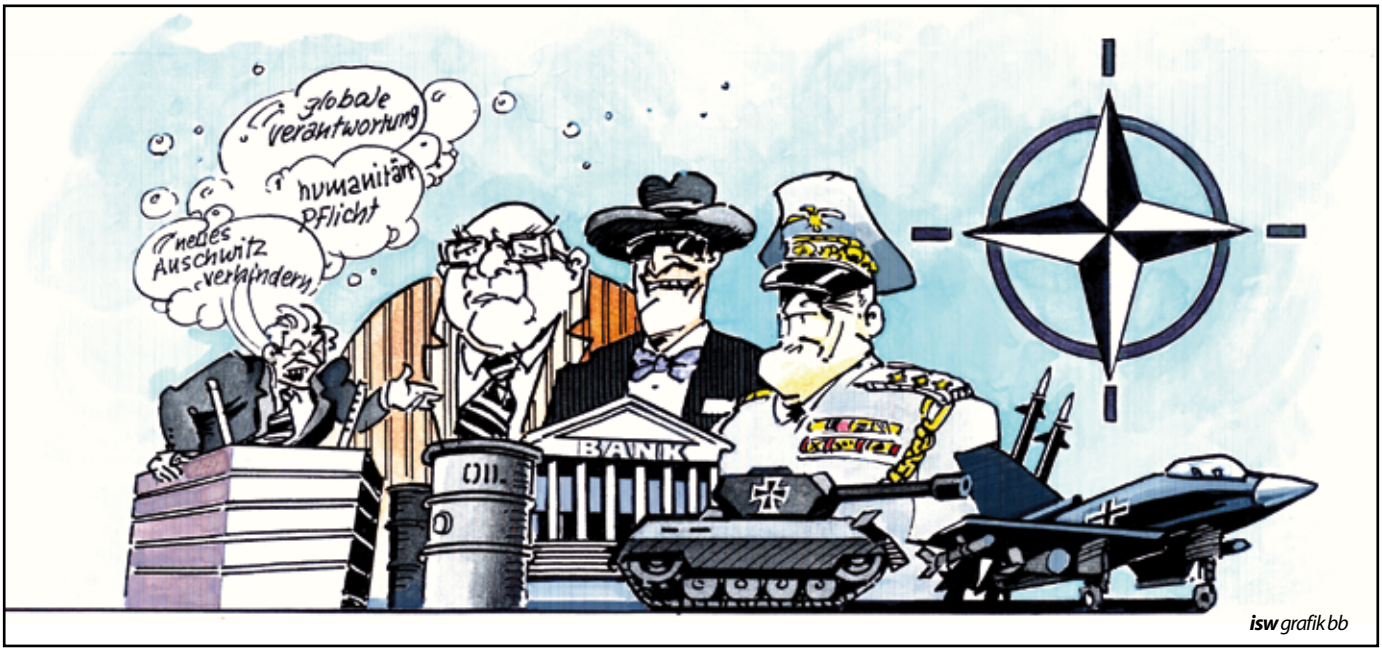
Dem BDI reicht das noch nicht. In seinem „Positionspapier zur Interessenwahrnehmung der deutschen wehrtechnischen Industrie" (15.12.05) verlangt er von der Großen Koalition, „die im europäischen Vergleich strengeren Rüstungsexportbestimmungen" zu schleifen. Weiterhin drängt er darauf, „die Rüstungsindustrie als strategische Ressource und Instrument einer aktiven Außenpolitik (zu) begreifen" (BDI, 3). Rüstung und Waffenexport als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, als Vorstufe zum heißen Krieg.

Was die angeblich schärferen Bestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KWKG) beim Rüstungsexport anbelangt, so wurden diese in der Praxis von der rot-grünen Bundesregierung und der Großen Koalition längst durchlöchert. Laut Informationen des Bonn International Center for Conversion (BICC) erhielten im Jahr 2006 44 Länder, deren Menschenrechtssituation vom BICC als sehr bedenklich eingestuft wird, deutsche Rüstungsgüter (Grässlin, 8). Zudem besteht beim deutschen Waffenexport eine erhebliche Grauzone. Dazu zählen Lieferungen unverdächtiger Vorprodukte oder dual-use-Produkte (zivil und militärisch nutzbar), Lizenzvergaben oder Lieferungen über Tochterfirmen im Ausland.

Über die Gründung von Tochterfirmen und grenzüberschreitende Fusionen wollen deutsche Rüstungskonzerne ihre Expansion auf dem internationalen Waffenmarkt vorantreiben. Man werde „neue Märkte von strategischer Bedeutung erschließen", erklärte Rheinmetall-Chef Klaus Eberhardt zum Einstieg bei der südafrikanischen Rüstungsfirma Denel. Dadurch rückt Rheinmetall in das Spitzentrio der weltweit größten Munitionsanbieter auf. Während die Mutter an die NATO-Staaten und US-Streitkräfte Waffen liefert, soll die Tochter Schwellenländer und den Nahen Osten bedienen (HB, 9.9.08).

EADS plant milliardenschwere Zukäufe in den USA, dem mit Abstand größten Rüstungsmarkt der Erde. Eine Reihe von Kooperationsverträgen besteht bereits. „Eine echte transatlantische Partnerschaft" wird es nach Ansicht des Institute for Security Studies Western Europe in Paris aber erst dann geben, wenn die „europäische Integration" auch auf dem Sektor der Rüstungsindustrie vollzogen ist. An der Koordination von Rüstungsprojekten, der Stärkung des EU-Rüstungssektors und der Etablierung eines gemeinsamen EU-Rüstungsmarktes arbeitet seit 1. August 2004 die Rüstungsagentur der Europäischen Union.

Militär-Industrie-Komplex (MIK)



Rang	Firma	Land	Rüstungsumsatz in Mio. $
1	Boeing	USA	30.690
2	Lockheed Martin	USA	28.120
3	BAE Systems	GB	24.060
4	Northrop Grumman	USA	23.650
5	Raytheon	USA	19.530
6	General Dynamics	USA	18.770
7	EADS	F/D/E*	12.600
8	L-3 Communications	USA	9.980
9	Finmeccanica	Italien	8.990
10	Thales	Frankreich	8.240
11	United Technologies	USA	7.650
12	Halliburton	USA	6.630
...			
31	Rheinmetall	Deutschland	1.810
34	ThyssenKrupp	Deutschland	1.620
47	Krauss-Maffei Wegmann	Deutschland	1.190
58	Diehl	Deutschland	850
70	MTU Aero Engines	Deutschland	610

Quelle: SIPRI

* Frankreich, Deutschland, Spanien

„Wachsendes Geschäft“

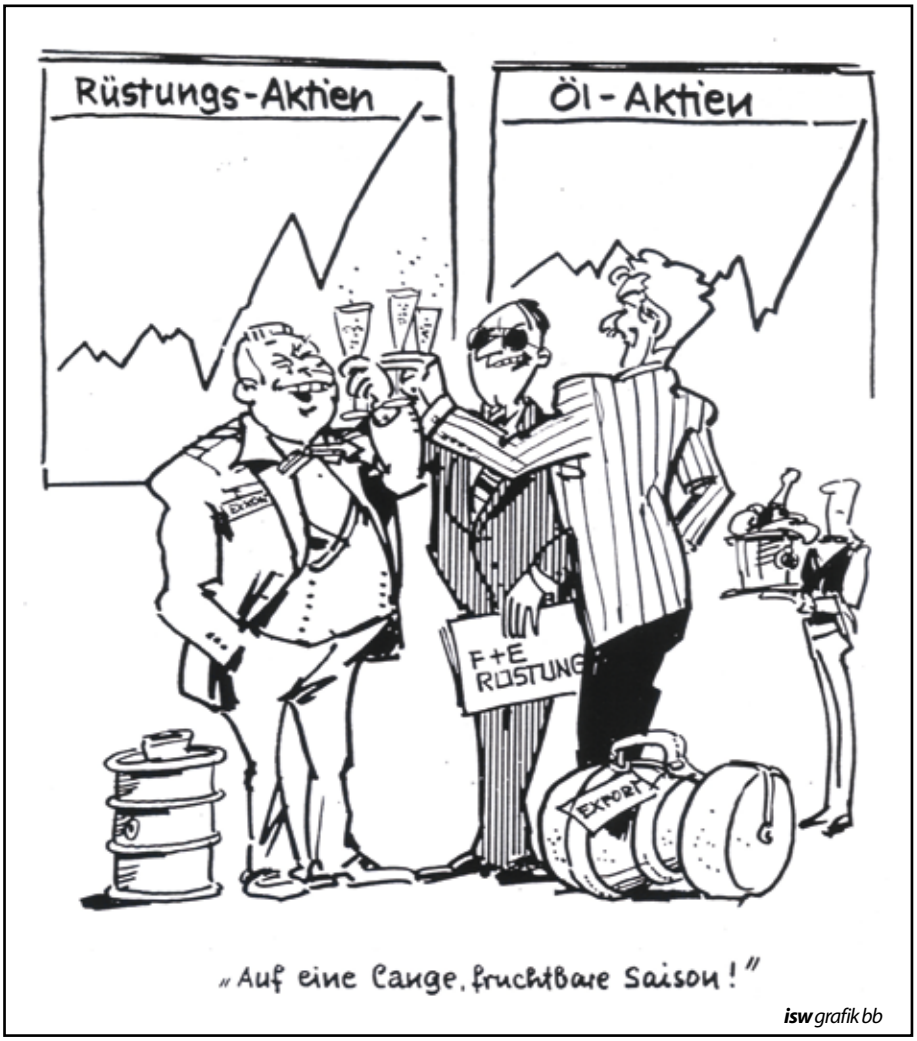
In seiner Abschiedsrede am 17. Januar 1961 warnte US-Präsident General a.D. Dwight. D. Eisenhower vor der Macht des Militär-Industrie-Komplexes (MIK): „Die Verbindung eines riesigen Militär-Establishments mit einer gewaltigen Rüstungsindustrie ist eine neue Erscheinung in der Geschichte Amerikas. Der Einfluss – ökonomisch, politisch, sogar geistig – ist spürbar in jeder Stadt, jedem Bundesstaat, jedem Regierungsbüro... Vor allem in den Gremien unserer Regierung müssen wir uns vor der bewussten oder unbewussten Übernahme unberechtigter Machtbefugnisse durch den Militär-Industrie-Komplex schützen“.

Fast ein halbes Jahrhundert danach ist diese Warnung von deprimierender Aktualität. Das Machtgeflecht aus Rüstungsindustrie, Spitzenmilitärs und Neocon-Politikern hat an Gewicht zugenommen und mit den Öl-Multis einen zusätzlichen Pfeiler erhalten. Acht der zwölf weltgrößten Rüstungsschmieden haben ihren Sitz in den USA, alle zwölf in NATO-Ländern.

Auch in Europa und Deutschland macht sich die Wirkung des MIK in einem verstärkten Hochrüstungskurs bemerkbar. „Wir brauchen höhere Rüstungsetats in Europa“, forderten bereits 2001 die damaligen EADS-Chefs Hertrich und Camus (SZ, 29.11.01). Und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gab 2003 in seinem Strategiepapier „Streitkräfte und Industrie 2010“ der Bundesregierung die Marschrichtung für die nächsten Jahre vor: „Personal- und Betriebsausgaben sind zu reduzieren, Forschungs- und Beschaffungsausgaben zu erhöhen“, und der Verteidigungsetat sei „auf 30 Mrd. Euro zu steigern“ (wt III/2003). Die Bundesregierung hat die Vorgaben bereits 2008 erfüllt.

Der Chef der EADS-Waffensparte, Stefan Zoller, sieht gute Zeiten auf die deutsche Rüstungsbranche zukommen: „Die Zeit der Konsolidierung ist vorbei, wir schalten wieder auf Wachstum.“ (HB, 9.9.08).

Bombengeschäfte



Tausende müssen sterben, damit die Aktien steigen

Foto: dpa

„Kaufen, wenn die Kanonen donnern", lautet eine alte Börsenweisheit.

- Anfang 1991 greift Präsident Bush sen. den Irak an. Schlagzeile der SZ (18.1.1991): „Steigende Kurse bei fallenden Bomben – Angesichts der alliierten Luftangriffe gegen Ziele im Irak haussieren die Börsen".

- 16. Februar 2001: Bombardierung Bagdads; Reuter (16.2.01) meldet: „Inmitten der Baisse zogen die Aktien der Rüstungs-und Luftfahrtindustrie an, als 24 US- und britische Kampfflugzeuge irakische Militärziele mit präzisionsgesteuerten Langstreckenwaffen trafen".

- 11.9.2001: „Ihre beste Zeit hatten Amerikas Rüstungskonzerne nach den Terrorattacken des 11. September 2001. Damals schossen die Papiere von Lockheed Martin, Raytheon und Northrop Grumman 40, 60, 80 Prozent in die Höhe, weil die Bush-Regierung die Verteidigungsausgaben massiv ausweitete." (FTD, 3.4.03).

- 3.11.2004: „Die US-Börsen haben die Wiederwahl von George W. Bush mit starken Kursgewinnen bejubelt. Vor allem die vom Amtsinhaber hofierten Branchen Öl, Rüstung und Pharma legten deutlich zu." (Spiegel-Online, 3.11.04).

- Stiglitz/Bilmes zeigen in ihrer Bilanz der Irak-Kriegskosten, wer „die einzigen echten Gewinner in diesem Krieg sind". Der Kurs der Halliburton-Aktie stieg seit Kriegsbeginn um 229 Prozent, der Kurs der Rüstungsfirmen General Dynamics um 134 %, Raytheon 117 %, Lockheed Martin 105 % und Northrop Grumman um 78 % (jeweils bis zum 15. Nov. 2007) (Stiglitz/Bilmes, 32).

- Handelsblatt, 9.9.2008: „Ein neuer ‚Kalter Krieg', wie nach dem Kaukasus-Konflikt bereits prognostiziert, spiegelt sich in den Planungen (der deutschen Rüstungsfirmen – d. Verf.) noch nicht wider". HB zitiert einen „hochrangigen deutschen Rüstungsmanager": „Dafür ist es noch zu früh. Dafür bräuchten wir noch ein paar solcher Georgien-Kriege".

> *Als zum erstenmal das Wort „Friede" ausgesprochen wurde, entstand auf der Börse eine Panik. Sie schrien auf im Schmerz:*
> *Wir haben verdient! Lasst uns den Krieg!*
> *Wir haben den Krieg verdient!*
>
> Karl Kraus

Privatisierung des Krieges

isw grafik bb

Der Boom privater Militärfirmen

Private Military Companies (PMCs) haben Hochkonjunktur. Mit den Kriegen im Irak und in Afghanistan hat sich der Markt für Söldner und private Militärdienstleistungen gewaltig ausgedehnt. In seinem Buch „Krieg als Dienstleistung" kommt Rolf Uesseler zu dem Ergebnis, dass sich weltweit rund 2.000 private Militärfirmen (Gesamtumsatz 2005: 200 Mrd. Euro) etabliert haben. Rund 1,5 Millionen Mitarbeiter stehen auf ihren Gehaltslisten. Daneben bieten weitere rund 1,5 Millionen Söldner ihre Dienste an (Uesseler 38). Die meisten Firmen haben ihren Sitz in den USA. Aufbau von Stützpunkten, Logistik, Wachdienste, Personenschutz, Kampfeinsätze – es gibt nichts, was private Militärdienstleister nicht anbieten.

Die US-Regierung ist der größte Auftraggeber, aber auch andere kriegführende Staaten, Warlords, Drogenbarone, Öl-Multis und andere Transnationale Konzerne nehmen die Dienste der PMCs in Anspruch. Mit einem Auftragsvolumen von 1,6 Mrd. US-Dollar (Stand März 2008) ist KBR Inc. (Kellog, Brown & Root, bis 2007 Tochterunternehmen von Halliburton, des weltweit größten Zulieferers der Ölindustrie) der größte Auftragnehmer des US-Verteidigungsministeriums im Irak. Blackwater Worldwide besitzt die größte Privatarmee, verfügt über eine eigene Flotte von Flugzeugen, Hubschraubern und Panzern sowie über ein beträchtliches Waffenarsenal.

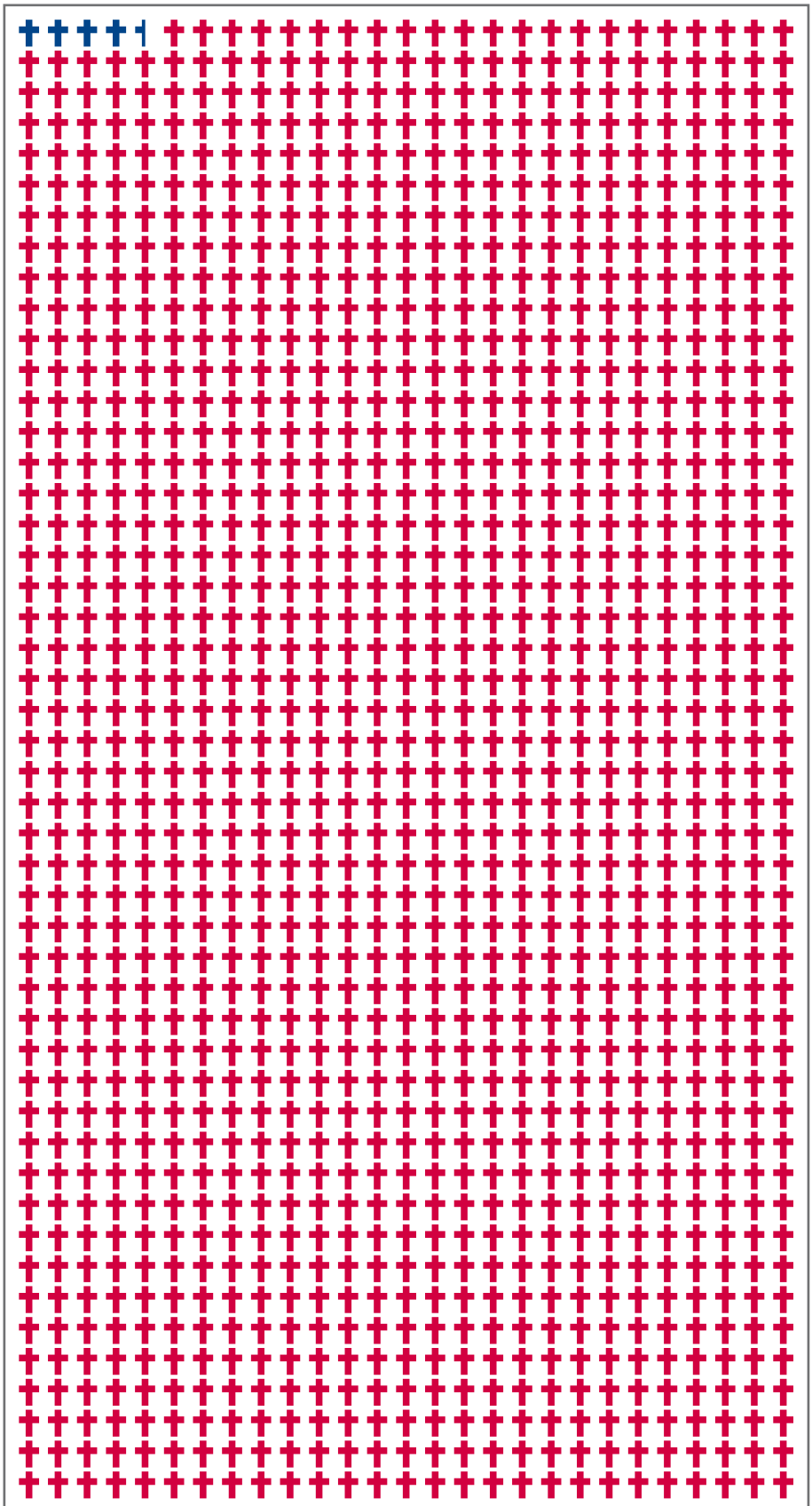
„Mit mehr als 180.000 Personen sind mehr Söldner und Beschäftigte von Dienstleistern (Contractors) als amerikanische Soldaten im Irak.... Ohne die Contractors, so der amerikanische Politikwissenschaftler Peter W. Singer, wäre der in den USA unpopuläre Einsatz im Irak nicht möglich." (SZ, 24.10.07) Der Vorteil für den US-Kriegsherrn: Diese Privatarmeen unterliegen keiner parlamentarischen Kontrolle, sie operieren im militärrechtsfreien Raum und Getötete aus ihren Reihen erscheinen in keiner Statistik.

Private Betreiber bei der Bundeswehr

Auch bei der Bundeswehr privatisiert der Staat schrittweise sein Gewaltmonopol. Die Firma Stute (Kühne & Nagel) übernahm die Transportleistungen beim Auf- und Ausbau der afghanischen Bundeswehrcamps. Speziell geschulte „Feldpostsoldaten" der Deutschen Post AG stellen die Feldpost bei Auslandseinsätzen zu. Beim Fuhrparkmanagement, dem Bekleidungswesen, der Bereitstellung von Informationstechnologie, bei der Ersatzteillogistik u.a. Dienstleistungen sind Teile bereits an Privatfirmen ausgegliedert. 2006 betrug der Posten „Betreiberverträge" im Wehretat 652 Millionen Euro, im Haushaltsansatz 2009 liegt er bereits 1,5 Milliarden Euro. Seit Oktober 2008 wird eine erste Kaserne vom Baukonzern Hochtief privat betrieben; die Privatisierung von zwei weiteren Kasernen ist bereits geplant.

Die DHL, Tochter der Deutschen Post AG, klebt seit September 2008 Plakate, die mit einem uniformierten Afghanistan-Kämpfer werben. Hintergrund: Die Bundeswehr will große Teile ihrer so genannten Basislogistik („Steuerung und Durchführung der Transporte für Material, Munition, Sanitätsmaterial und Betriebsstoffe innerhalb Deutschlands und weltweit bis in die logistische Basis in den Einsatzgebieten") auslagern. Die DHL hat sich – neben EADS, Arvato (Bertelsmann) und der Bahn-Tochter Schenker – um diesen Milliardenauftrag beworben.

Opfer des IRAK-Kriegs



1,3 Millionen Tote hat der IRAK-Krieg bisher gekostet. Auf Seiten der Aggressorstaaten USA, Großbritannien u.a. mußten ca. 4.500 Soldaten ihr Leben lassen, auf Seiten der irakischen Soldaten und Zivilbevölkerung 260 mal so viel! *isw grafik sb*

Die konservativste Schätzung der Zahl irakischer Opfer von Krieg und Besatzung ist die des **‚Iraq Body Count'** IBC (http://www.iraqbodycount.org/) – Stand Ende 2008: ca. 97.700. Diese Zahlen werden in der Regel auch von westlichen Politikern und Medien zitiert. Der IBC erfasst allerdings nur getötete Zivilisten, über die in renommierten englischsprachigen Medien berichtet wurde, ergänzt um Daten aus irakischen Leichenschauhäusern.

Realistischere Zahlen erhält man durch die Befragung von Familien vor Ort. Die beste Schätzung lieferte eine im Oktober 2006 in der renommierten medizinischen Fachzeitschrift **The Lancet** veröffentlichte repräsentative Studie US-amerikanischer und irakischer Wissenschaftler der John Hopkins University. Selbst Sir Roy Anderson, höchster wissenschaftliche Berater des britischen Verteidigungsministeriums, bescheinigte ihr wissenschaftliche Korrektheit.

Die Studie ergab, dass sich die jährliche Zahl der Toten von März 2003 bis Juni 2006 mehr als verdoppelt hatte. Als Ursache für diese Zunahme kommt nur der Krieg in Frage. Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung waren somit bis dahin ungefähr 650.000 Iraker an den Folgen von Krieg und Besatzung gestorben, 600.000 davon durch Gewalt. Die Zahl der Gewaltopfer war dabei von 90.000 im ersten auf 330.000 im dritten Jahr gestiegen – die meisten getötet von US-Soldaten und ihren irakischen Hilfstruppen.

Die Zahl der Opfer stieg in der Folge massiv weiter an. Nach den vom IBC registrierten Fällen hat sie sich seit Juni 2006 (von knapp 50.000* auf 97.700) fast verdoppelt. Ausgehend von dem Ergebnis der Lancet-Studie muss heute daher mit beinahe 1,3 Millionen Toten gerechnet werden. (siehe Just Foreign Policy http://www.justforeignpolicy.org/iraq/iraqdeaths.html). Eine Studie des britischen Instituts **Open Research Business** bestätigt diese Zahlen. Ihr zufolge war die Gesamtzahl der getöteten Iraker bis August 2007 auf über eine Million gestiegen.

* http://www.iraqbodycount.org/analysis/beyond/reality-checks/2.;
Weitere Infos: http://www.iraktribunal.de/dokus/studies/lancet2/index.htm

Kosten des IRAK-Kriegs

Bombardierung Bagdads im März 2003

Foto: dpa

6.000.000.000.000 $ für einen Krieg

Gemäß den Angaben des damaligen Präsidenten Bush sollte es ein „billiger" Krieg werden, nicht viel teurer als der Krieg seines Vaters gegen den Irak, der mit 61 Milliarden Dollar zu Buche schlug, wovon aber zwei Drittel die US-Verbündeten zahlten. Aus dem Billig-Krieg ist ein Billionen-Desaster geworden. Bis Ende 2007 zahlten die USA für die reinen Kriegskosten 473 Milliarden Dollar; gegenwärtig 12 Milliarden Dollar Monat für Monat (FTD, 25.4.08).

Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, früher Chefökonom der Weltbank, und die Finanzwissenschaftlerin Linda Bilmes machten nach fünf Jahren Krieg eine Bestandsaufnahme, die sie in ihrem Buch „Die wahren Kosten des Krieges. Wirtschaftliche und politische Folgen des Irak-Konflikts" veröffentlicht haben. Bei einer konservativen Schätzung belaufen sich die Kosten „auf 3.000 Milliarden Dollar (für die USA), zuzüglich weiterer 3.000 Milliarden für die übrige Welt" (Stiglitz in FTD, 14.3.08).

Die US-Kosten setzen sich zusammen aus den 473 Mrd. Dollar (bis 2007), aus künftigen Kriegskosten von 669 Mrd. Dollar (bei einem angenommenen langsamen Abzug in zehn Jahren), aus künftigen Kosten der Kriegsveteranenversorgung: 630 Mrd. Dollar, versteckten Kosten im Verteidigungsetat: 267 Mrd. Dollar sowie aus Zinskosten: 616 Mrd. Dollar. Insgesamt 2.655 Milliarden Dollar (Stiglitz/Bilmes, 72). Die Differenz zu den errechneten 3.000 Milliarden Dollar entfällt auf sonstige volkswirtschaftliche Schäden. (Nach dem gleichen Schema berechnet, betragen die US-Kosten für den Afghanistankrieg 841 Milliarden Dollar (173 + 244 + 87 + 137 + 200 Mrd. Dollar) (ebenda, 73).

Die Kosten für die „übrige Welt" setzen sich zusammen aus Kosten der anderen kriegführenden Staaten und der globalen Auswirkungen des Krieges. Sie sind weitgehend Schätzungen.

Der Irak habe die größten Kosten dieses Krieges zu tragen. „Wir haben uns der ehrgeizigen Aufgabe, den Schaden für die irakische Wirtschaft zu errechnen, gar nicht erst gestellt", schreiben Bilmes/Stiglitz (S. 153)... „Begnügen wir uns mit der Feststellung, dass man sich – unabhängig davon, welche Annahmen man zugrunde legen mag – kaum eine trostlosere Situation vorstellen kann als jene, die zur Zeit herrscht".

Nach Stiglitz sind die Kriegs- und -Folgekosten eine wesentliche Ursache für die Bildungs- und soziale Misere in den USA: „Für ein Sechstel der Kriegskosten hätten die USA ihr Sozialversicherungssystem für mehr als ein halbes Jahrhundert auf eine solide Basis stellen können, ohne die Leistungen zu senken oder die Beiträge zu erhöhen." (ebenda).

Sechs Billionen Dollar – dafür könnte nicht nur die US-Infrastruktur gerettet, sondern die Menschheit von den größten Übeln erlöst werden.

Weltrüstung und Weltentwicklungshilfe

Quelle: SIPRI, OECD

isw grafik bb

Almosen mit Auflagen

Im Zuge der UNO-Millenniumserklärung wiederholten die Industrieländer ihren Schwur, 0,7 % von ihrem Bruttosozialprodukt als Entwicklungshilfe zu leisten. Sie sind heute jedoch weiter denn je davon entfernt. 2007 sank die Quote von 0,31 Prozent auf 0,28 (2006). Schlusslicht unter allen Industriestaaten sind die USA mit 0,16 %.

Zudem dienen die gewährten „Hilfen" nicht dazu, Hunger und Armut zu beseitigen oder das Bildungs- und Gesundheitswesen und vor allem eine selbständige Entwicklung dieser Länder zu fördern. Die Zahlungen werden zum großen Teil an Großprojekte gebunden, an die Förderung von Plantagen- und Monokulturen und dienen der Schaffung von Absatzmärkten für die Industrien der Geberländer. Die Entwicklungsländer geraten so noch stärker in die wirtschaftliche Abhängigkeit.

Zudem werden die Entwicklungsgelder häufig für korrupte Regime und ihre Polizeiapparate zweckentfremdet. So wurde der Aufbau der afghanischen Polizei bis Mitte 2008 mit mehr als 100 Millionen Euro aus dem Entwicklungsetat (Einzelplan 23) finanziert (Bundestagsdrucksache 16/3385).

Entwicklungshilfe 2007

	in % des BIP	in Mrd $
USA	0,16	21,8
Japan	0,17	7,7
Italien	0,19	3,9
Canada	0,28	3,9
GB	0,36	9,9
Deutschld.	0,37	12,3
Frankreich	0,39	9,9
G7 gesamt		**69 Mrd**
Spanien	0,41	5,7
Niederl.	0,81	6,2
Schweden	0,93	4,3
UNO-Zielvorgabe:	**0,7%**	

Quelle: OECD

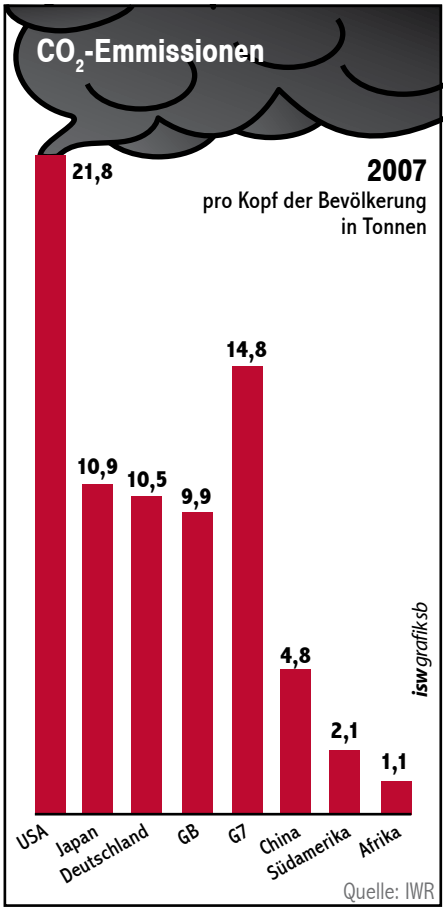
Auch die Selbstverpflichtungen verschiedener G7/8-Gipfel zum Abbau der Schuldenlast der Entwicklungsländer stehen nur auf dem Papier. Die armen Länder geraten – nicht zuletzt infolge der neoliberalen und protektionistischen Handels- und Wirtschaftspolitik der Industrieländer – immer mehr in die Schuldenfalle. 2007 lastete auf den Entwicklungsländern ein Schuldenberg von 3.357 Milliarden Dollar – fast 50 Prozent mehr als im Jahr 2000 (2.256 Mrd. $) (UNCTAD 2008 (2), S. 172).

Dafür mussten sie im selben Jahr einen Schuldendienst (Zinsen und Tilgung) von 534 Milliarden Dollar aufbringen. Sie zahlten also an die Banken und Finanzinstitute der reichen Länder des Nordens fünfmal mehr, als sie von dort an Entwicklungshilfe (2007: 104 Mrd. Dollar) erhalten hatten.

„Es kommt nicht darauf an, den Menschen der Dritten Welt mehr zu geben, sondern ihnen weniger zu stehlen"

Jean Ziegler

Klima-Killer



Krieg gegen das Klima

Als er seinen Nobelpreis erhielt, rief Al Gore alle Nationen auf, das Klimaproblem "mit dem Gefühl der Dringlichkeit und der gemeinsamen Lösungsentschlossenheit anzugehen, wie es bisher nur zu sehen war, wenn Nationen für den Krieg mobilisierten".

Die USA jedoch mobilisieren weiter für künftige Kriege und machen so auch keinen Frieden mit dem Klima. Nach der Studie des US-„Institute For Policy Studies" (Januar 2008) gibt die Regierung des weltgrößten Klimaschädlings im Jahr 2008 647,5 Mrd. Dollar für „militärische Sicherheit" aus, budgetierte aber nur 7,37 Mrd. Dollar, um den Klimawandel zu verlangsamen (Pemberton, 5). In den vergangenen fünf Jahren habe die Regierung für die Klimasicherheit nur ein Prozent dessen ausgegeben, was sie der „militärischen Sicherheit" gewidmet hat. Für die Entwicklung von Klimatechnologien hat sie im Haushaltsjahr 2008 3,9 Milliarden Dollar bereitgestellt, das Forschungs- und Entwicklungsbudget des Verteidigungsministeriums betrug dagegen 77,1 Mrd. Dollar (S. 6). Um andere Länder beim Übergang zu alternativen Energien zu unterstützen, stellt die US-Regierung 2008 212 Millionen Dollar zur Verfügung, für internationale Militärhilfe gibt sie dagegen 9,5 Milliarden Dollar aus (ebenda).
Hinzu kommt, dass das US-Militär selbst einer der größten Klimakiller ist, wie die Studie nachweist. Es sei „der größte institutionelle Verbraucher von Energie und Emittent von Treibhausgasen auf dem Planeten. Seine Energierechnung stieg im letzten Jahr von 10,9 auf 13,6 Milliarden Dollar, was dem Verbrauch von 350.000 Fässern Öl am Tag entspricht, oder 1,5 % des gesamten US-Verbrauchs."

Von den Folgen des Klimawandels sind vorrangig die Entwicklungsländer betroffen, die selbst am wenigsten dazu beigetragen haben. Sie haben am stärksten unter Naturkatastrophen zu leiden. Die Folgen sind menschliche Katastrophen, wie Hunger, Elend und Migration. Was dann wiederum Vorwand und Anlass für „humanitäre Interventionen" (s. S. 24) der Industrie- und NATO-Länder ist. Eine Teufelsspirale.

Greenpeace schätzt in seiner Studie „Energy (R)Evolution. A sustainable Energy Outlook", dass ein wünschenswerter Klimaschutz-Pfad in den Jahren 2005 bis 2030 um ca. 3.500 Milliarden höhere Investitionen erfordern würde als die üblichen Modellberechnungen, d.h. pro Jahr im Schnitt um 140 Milliarden Dollar mehr – ein Zehntel der weltweiten Militärausgaben (Greenpeace, 108).

Millenniums-Ziele statt Rüstungsrekorde

■ 1,4 Milliarden Menschen leben in extremer Armut (1,25 $ pro Tag) ■ 2,6 Milliarden Menschen verfügen über weniger als zwei Dollar am Tag ■ 923 Millionen Menschen leiden an Hunger ■ 96 Millionen Kinder erhalten keine Grundschulausbildung ■ 774 Millionen Erwachsene weltweit können nicht lesen und schreiben ■ In 113 Ländern gibt es keine Geschlechtergleichheit bei der Anmeldung an Schulen. ■ Alle drei Sekunden stirbt ein Kind an einer vermeidbaren Krankheit ■ Jede Minute stirbt eine Frau durch Komplikationen während Schwangerschaft oder Geburt ■ Jährlich sterben zwei Millionen Menschen an AIDS ■ Alle 30 Sekunden stirbt ein Mensch an Malaria ■ 1,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 2,6 Milliarden Menschen haben keine sanitäre Grundversorgung

Die Entwicklungshilfe sinkt seit zwei Jahren wieder (2005: 107,1 Mrd. $ – 2007: 103,7 Mrd. $); alle Zusagen an die 49 ärmsten Länder der Erde (Least Developed Countries) wurden nicht eingehalten.

8 Entwicklungsziele bis 2015 (Millennium Development Goals – MDG)

Auf der 55. UNO-Generalversammlung im September 2000 verabschiedeten 189 Mitgliedsstaaten mit der Millenniumserklärung einen Katalog grundsätzlicher und für alle UN-Mitgliedsstaaten verpflichtende Zielsetzungen. Die Umsetzung der Millenniumsziele droht jedoch zu scheitern.

Ziel 1: **Halbierung der Zahl extrem armer und hungernder Menschen**
Ziel 2: **Vollständige Grundschulausbildung weltweit**
Ziel 3: **Geschlechtergleichheit auf allen Bildungsebenen**
Ziel 4: **Senkung der Kindersterblichkeitsrate (unter fünf Jahren) um zwei Drittel**
Ziel 5: **Senkung der Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel**
Ziel 6: **Ausbreitung von AIDS und Malaria stoppen und umkehren**
Ziel 7: **Halbierung der Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung haben**
Ziel 8: **Einhaltung der Selbstverpflichtung der Industrieländer zur Erhöhung der Entwicklungshilfe und der zugesagten Hilfen für Afrika und die ärmsten Länder der Welt**

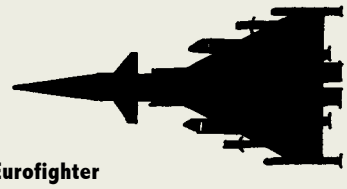
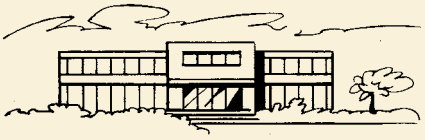
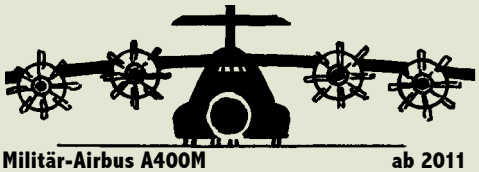
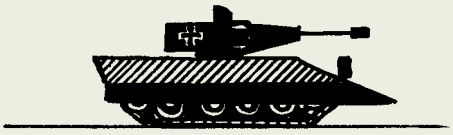
8 Goals 4 Future
60 Milliarden
4,5 Prozent
1.339 Milliarden

Die Umsetzung der acht Millenniumsziele kostet nach Angaben der UNO jährlich 40-60 Mrd. $. Das sind weniger als fünf Prozent der jährlichen Militärausgaben von 1.339 Mrd. $.

Quellen: Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP 2002, Bericht über die menschliche Entwicklung 2002; UN-Hintergrundinformationen zu den Millenniumsentwicklungszielen, New York 25.9.08 (ENDPOVERTY 2015); Studie der Weltbank 2008; FAO

Waffen, die schon im Frieden zerstören

Großwaffen-Projekte der Bundeswehr
Kosten bis 2015: 90 Milliarden Euro

Waffensysteme[1] (Auswahl)	Anzahl / Stückpreis in Euro	Gesamtkosten[2] in Euro	Zivile Alternativen[3]
 Eurofighter — seit 2003	180 St. / à 129,5 Mio. (incl. Waffen)	23,3 Milliarden	215.740 **Sozialwohnungen** á 70 qm (á € 108.000)
Kampfhubschrauber Tiger — seit 2005	80 St. / à 63,8 Mio. (incl. Waffen)	5,1 Milliarden	1000 **Pflegeheime** á 60 Plätze (je € 5,1 Mio.)
Transporthubschrauber NH 90 — seit 2006	134 St. / à 30,1 Mio.	4,0 Milliarden	 305 **Berufsbildungszentren** á 500 Azubi (je € 13,1 Mio.)
 Militär-Airbus A400M — ab 2011	60 St. / á 155 Mio.	9,3 Milliarden	7.154 **Kindertagesstätten** á 4 Gruppen (je € 1,3 Mio.)
 Schützenpanzer Puma — ab 2010	410 St. / á 11,7 Mio.	4,8 Milliarden	1.655 **Grundschulen** á 200 Schüler (je € 2,9 Mio.)
Fregatte F 125 — ab 2014	4 St. / á 672 Mio.	2,7 Milliarden	563 **Sport/Mehrzweckhallen** á 2 Felder (je € 4,8 Mio.)

isw grafik bb

1 Waffenprogramme nach Bundeswehrplan 2009 (Generalinspekteur 10.6.2008)
2 Kosten enthalten Beschaffungkosten + anteilige Forschung & Entwicklung und Erprobung
3 Baukosten = reine Baukosten + Baunebenkosten (Honorare, Gebühren). Nach Baukosen-Informationszentrum/BKI 2008 deutscher Architektenkammer

Rüstung oder Zukunft

Bundeswehr Etat 2009: 26,7 Milliarden Euro*		Zivile Alternativen
Personalausgaben: 190.000 Berufs- und Zeitsoldaten 60.000 Wehrpflichtige ca. 108.000 Zivilbeschäftigte	**12,0 Mrd.**	▶ **Über 300.000 zusätzliche Stellen im zivilen Öffentlichen Dienst:** • Behebung des Mangels an Beschäftigten im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich: LehrerInnen, KrankenpflegerInnen, ErzieherInnen, Sozialpädagogen, AltenpflegerInnen • Statt Sold für Wehrpflichtige – Studien- und Ausbildungsbeihilfen
Betreiberverträge (= Auslagerungen an Privatfirmen)	**1,5 Mrd.**	▶ **Mehr Personal bei Bahn und im öffentlichen Nahverkehr**
Material und Betrieb	**5,6 Mrd.**	▶ **Material und Betrieb von öffentlichen Einrichtungen**
Militärische Beschaffung (insbes. Waffen)	**5,3 Mrd.**	▶ **Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme, Bau regenerativer Energieanlagen, Herstellung medizinischer Geräte**
Militär. Forschung/Entwicklung	**1,2 Mrd.**	▶ **Zivile Forschung, z.B. Solarenergie**
Militärische Anlagen/Bauten	**1,1 Mrd.**	▶ **Kommunale Investitionsprogramme**

* ohne Pensionen und Renten

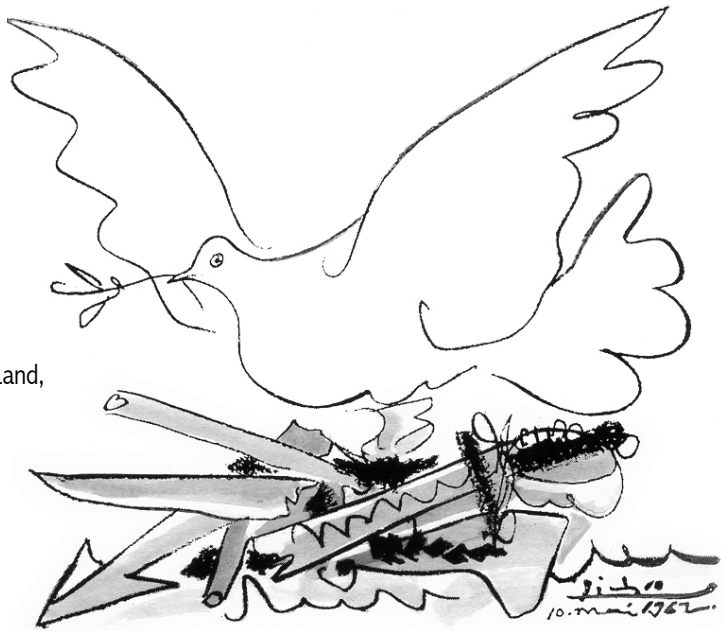
Konversion

Rüstung ist die große Vergeudung. Volkswirtschaftlich betrachtet läuft sie darauf hinaus, dass eine Nation einen Teil ihres jährlich produzierten Reichtums ins Meer kippt. In Deutschland sind es inzwischen über 30 Milliarden Euro – Jahr für Jahr. Von 2006 bis 2009 (Regierungsentwurf) erhöhen sich die Ausgaben für Militär und Waffen in Deutschland um 3,2 Milliarden Euro. Allein dafür könnten fast 100.000 Stellen im Öffentlichen Dienst zusätzlich geschaffen werden: LehrerInnen, Krankenschwestern, Pflegekräfte, ... Die einsatzbedingten Zusatzkosten der Auslandseinsätze der Bundeswehr schlagen nächstes Jahr mit rund einer Milliarde Euro zu Buche – für das Geld könnten z.B. mehr als 30.000 ErzieherInnen eingestellt werden.
Eine schrittweise Abrüstung würde finanzielle Mittel freimachen für eine Verbesserung der Öffentlichen Daseinsvorsorge und für Zukunftsinvestitionen, wie Solarenergien und neue Verkehrssysteme.

Statt das Kriegshandwerk zu erlernen, könnten die SoldatInnen auf gesellschaftlich nützliche Berufe umgeschult werden. Keine einzige Stelle im Öffentlichen Dienst ginge dadurch verloren, im Gegenteil: Spitzenmilitärs werden spitzenmäßig entlohnt und meist früh pensioniert. Lässt man diese Berufsgruppe auslaufen, könnten in Zukunft dafür mehr Stellen geschaffen werden.

Auch die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung, sog. Rüstungskonversion, ist dann nicht mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden, wenn an deren Stelle technologisch ähnlich strukturierte Güter des öffentlichen Bedarfs hergestellt werden, wie zahlreiche Studien (z.B. des Bonn International Center for Conversion – BICC) beweisen. Bei einer Vergesellschaftung und demokratischen Kontrolle von Rüstungsschmieden, wie z.B. EADS, könnten sogar mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, da für die horrenden Rüstungsprofite zusätzliche Güter produziert werden könnten.

Es gibt keinen Weg zum Frieden...



Die Schriftsteller können nicht so schnell schreiben, wie die Regierungen Kriege machen; denn das Schreiben verlangt Denkarbeit.
Bertolt Brecht

Ich mahne unablässig zum Frieden: dieser, auch ein ungerechter, ist besser als der gerechteste Krieg.
Marcus Tilius Cicero

Der Krieg ist nichts als Drückebergerei vor den Aufgaben des Friedens.
Thomas Mann

Eine Gesellschaft, die Gewalt als Selbstverständlichkeit zur Erlangung des Friedens akzeptiert, ist dringend therapiebedürftig.
Konstantin Wecker

No Justice – No Peace!
Ohne Gerechtigkeit keinen Frieden!
Losung der Black Panther

Aus jedem ermordeten Kind wächst ein Gewehr mit Augen. Aus jedem Verbrechen werden Kugeln geboren, die eines Tages den Sitz eines Herzens finden werden.
Pablo Neruda

Wie viele Menschen muss man töten, bis man sich die Bezeichnung verdient hat, ein Massenmörder und Kriegsverbrecher zu sein?
Harold Pinter

Wenn einer in Reih und Glied zu einer Musik marschieren kann, dann verachte ich ihn schon; er hat sein großes Gehirn nur aus Irrtum bekommen, da für ihn das Rückenmark schon völlig genügen würde. Diesen Schandfleck der Zivilisation sollte man so schnell wie möglich zum Verschwinden bringen. Heldentum auf Kommando, sinnlose Gewalttat und die leidige Vaterländerei – wie glühend hasse ich sie ...; ich möchte mich lieber in Stücke schlagen lassen, als mich an einem so elenden Tun beteiligen. Töten im Krieg ist nach meiner Auffassung nicht besser als gewöhnlicher Mord.
Albert Einstein

Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn der Frieden ist der Weg
Mahatma Gandhi

Unglücklich das Land, das keine Helden hat...
Nein. Unglücklich das Land, das Helden nötig hat.
Bertolt Brecht

Glaubt nicht, ihr hättet Millionen Feinde.
Euer einziger Feind heißt Krieg.
Erich Kästner

Terrorismus ist der Krieg der Armen und Krieg der Terrorismus der Reichen.
Peter Ustinov

Rüstung tötet auch ohne Krieg.
Dorothee Sölle

Die Welt hat genug für alle, aber nicht genug für die Gier aller! Wir werden keinen wirklichen Frieden in der Welt haben, wenn wir die jeweils anderen Länder als Rohstoffquellen oder als Märkte für unsere Industrieprodukte betrachten.
Mahatma Gandhi

Die Internationale Koalition gegen den Terror ist vor allem eine Intrige der reichsten und mächtigsten Länder der Welt. Sie produzieren und verkaufen fast alle Waffen der Welt, sie besitzen den größten Bestand an chemischen, biologischen und nuklearen Massenvernichtungswaffen. Sie haben die meisten Kriege geführt, sind die Hauptverantwortlichen der modernen Geschichte für Völkermorde, Unterwerfungen, ethnische Säuberungen und Menschenrechtsverletzungen, haben ungezählte Diktatoren und Despoten gefördert, bewaffnet und finanziert. Sie huldigen dem Kult der Gewalt, sie haben den Krieg förmlich zum Gott erhoben.
Arundhati Roy

Selten werden Kriege von Menschen gewonnen, selten werden sie von Regierungen verloren. Menschen kommen um, Regierungen häuten und regenerieren sich wie das Haupt der Hydra. Sie verwenden Flaggen, um erst die Hirne der Leute einzuwickeln und echtes Nachdenken zu ersticken und dann, um sie als feierliche Leichentücher über die verstümmelten Toten zu breiten.
Arundhati Roy

... Jetzt, während wir zu Mittag essen, wurde ein neuer Atomsprengkopf gebaut; morgen, wenn wir aufwachen, wird es in den Waffenlagern des Todes auf der Hemisphäre der Reichen neun weitere geben. Die Kosten eines einzigen würden reichen, um – und sei es nur für einen Herbstsonntag – die Niagara-Wasserfälle mit Sandelholz zu würzen. ... Seit dem Auftreten des sichtbaren Lebens auf der Erde mussten 280 Millionen Jahre vergehen, bis ein Schmetterling fliegen lernte ... und vier geologische Epochen, bis Menschenwesen fähig wurden, besser zu singen als die Vögel und aus Liebe zu sterben. Es ist nicht ehrenhaft für das menschliche Talent, in dem goldenen Zeitalter der Wissenschaft einen Weg ersonnen zu haben, eine so aufwändige Entwicklung von Millionen Jahren in das Nichts zurückkehren zu lassen, aus dem sie kam, durch die einfache Kunst, auf einen Knopf zu drücken.
Gabriel Garcia Márquez

... Der Frieden ist der Weg

Höre Israel!

Ihr seid tüchtige Pflanzer geworden
Ihr habt die Wüste bewässert
Doch die Armen die vor euch dort wohnten
Die habt ihr weggedrängt
Eure Gönner die Saatgut schickten
Und Geld für euere Macht
Sehen: die Saat geht jetzt auf
Nicht nur Pflanzen:
An Stelle des ungerechten
Hasses der euch verfolgt hat
Sät ihr heute gerechteren Hass
Ich wollte nicht
Dass ihr im Meer ertrinkt
Aber auch nicht dass andere durch euch
In der Wüste verdursten
Als ihr verfolgt wurdet
War ich einer von euch
Wie kann ich das bleiben
Wenn ihr Verfolger seid?

Kehrt um! Kehrt um!
Die euch Geld oder Waffen gaben
Werden nicht immer da sein
Um euch zu schützen
Umkehren wird nicht leicht sein:
Der Hass der Armen lebt lange
Und viele wünschen euch das
Was einst ihr euren Peinigern wünschtet
Doch euch bleibt kein anderer Weg
Euch die Zukunft zu öffnen
Wenn es nicht eine Zukunft
Der ewig Verhassten sein soll
Kehrt um! Kehrt um!
Die euch Geld oder Waffen geben
Brauchen euch nur als Söldner
Gegen die Zukunft
Gegen das Ende der Ausbeutung
Gegen die Hoffnung der Armen
Gegen die Völker
Die eure Brüder sein sollten

Erich Fried (Auszüge)

General, Dein Tank ist ein starker Wagen

General, Dein Tank ist ein starker Wagen.
Er bricht einen Wald nieder
und zermalmt hundert Menschen.
Aber er hat einen Fehler:
Er braucht einen Fahrer.
General, Dein Bombenflugzeug ist stark.
Es fliegt schneller als ein Sturm
und trägt mehr als ein Elefant.
Aber es hat einen Fehler:
Es braucht einen Monteur.
General, der Mensch ist sehr brauchbar.
Er kann fliegen, und er kann töten.
Aber er hat einen Fehler:
Er kann denken.

Bertolt Brecht

Krieg ist Krieg

Ein Irrtum? Kann ja schon mal passieren
bei den Umständen dort. Das ist Terroristenland.
Schon vergessen? Dann das Wetter.
Sand – nix wie Sand
und plötzlich Sturm. Die ballerten los.
Wir mussten annehmen, die schießen auf uns
in unseren Maschinen, holen uns runter.
So? Eine Hochzeitsgesellschaft?
Wer feiert denn Hochzeit mitten im Krieg?
Und der Streubombenabwurf ins freie Gelände
hinter dem Dorf? Ein Kinderspielplatz?
Bitte, wer denkt denn an so was.
Herrgottnochmal,
dass da nicht Kämpfer laufen,
sondern Kinder spielen.
Naja – diese andere Sache da!
Ja, das war echt heavy.
Ist aber auch nur ein- oder zweimal vorgekommen.
Kinder mit Kaugummis und Schokolade
in ein Feld gelockt.
Ob da Minen lägen.
Das geht nun wirklich zu weit. Klar.
Trotzdem: Krieg ist Krieg.
Und jeder will halt heil nach Hause kommen.
Ob alt, ob jung.

Franz Josef Degenhardt

Beim Nachdenken über Vorbilder

Die uns
vorleben wollen
wie leicht
das Sterben ist
Wenn sie uns
vorsterben wollten
wie leicht
wäre das Leben

Erich Fried

Ich schreie und ich höre mich nicht

Was ist das für eine Zeit, in der alle Lehren aus einer Zeit, die ich für die meine hielt, vergessen, vertan, niedergemetzelt werden?

Was ist das für eine Zeit, in der unsere Geschichte von einigen wenigen sprachlos und mörderisch abgebrochen wird?

Was ist das für eine Zeit, in der ein Krieg angezettelt wird, durch den die Hungrigen noch Hungriger, die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher werden?

Was ist das für eine Zeit, in der die pragmatischen Großmäuler voller Furcht und mit viel Gewinn das Kriegsfeuer schüren?

Ich schrei und höre mich nicht.

Ich erzähle mir, woher ich komme. Ich entkam einem Krieg und verlor, wie es Kriege verlangen, die mir Liebsten, Mutter und Vater.

Von den Erwachsenen, den Davongekommenen, den Übriggebliebenen, die sich alle schleunigst zu Demokraten, Christen, Friedfertigen gewandelt hatten, lernte ich, dass Krieg nie mehr sein dürfe, dass die neue demokratische Politik sich um einen ewigen Frieden mühen werde. Ich traute ihnen.

Was waren das für Zeiten, die einige Beteuerungen lang dauerten. Immerhin schworen jene, die Kanonen und Gewehre in ihren Fabriken gebaut hatten, jeglicher Rüstung ab, und in unserer Verfassung steht die stolze, Gesetz gewordene Versicherung, dass vom Boden unseres Landes nie mehr Krieg ausgehen werde.

Was sind das für Zeiten, in denen ein Gespräch über die Unmöglichkeit eines Krieges wieder unmöglich wird unter den Menschen.

Ich schreie und höre mich nicht.

Können wir zulassen, dass unsere Zeit verspielt wird von Rückfälligen?

Peter Härtling (zum Golfkrieg 1991)

Richtigstellung

Die Mörder sind unter uns?
Auch das wäre schon
Gefährlich
Aber im Gegenteil:
Die Mörder sind über uns

Erich Fried

Wünsche

Gute Freunde
Einen gedeckten Tisch
Ein Dach über dem Kopf
Eine Flasche Wein
Ein großes bequemes Bett
Arbeit
Frieden

Dietmar Preisner

ABM
Anti-Ballistic Missile, Rakete zur Raketen-Abwehr

ABM-Vertrag
Vertrag, der die Anzahl von Abfangraketen, Abschusseinrichtungen und Radaren gegen ballistische Flugkörper begrenzt

Atomwaffensperrvertrag
Nuclear Non Proliferation Treaty. Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Am 1. Juli 1968 von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet. Mittlerweile von 188 Staaten unterzeichnet. Der Iran hat als einer der ersten Staaten unterzeichnet. Nichtunterzeichner: Indien, Israel, Pakistan, Nordkorea. Verbot für die Atommächte, Atomwaffen oder Know-how an Nicht-Atommächte weiterzugeben. Verpflichtung der Atommächte, ihre Atomwaffen abzuschaffen (hierfür ist allerdings kein Zeitpunkt festgelegt).

Erstschlag-Fähigkeit
Fähigkeit, den Gegner mit einem ersten atomaren Schlag so entwaffnend zu treffen, dass dieser zu einem Vergeltungsschlag (Zweitschlag) nicht mehr in der Lage ist.

EUFOR
European Union Force; multinationale militärische Einsatzkräfte der EU

G7
Gruppe der Sieben (führenden Industrieländer); seit 1976

ICBM
InterContinental Ballistic Missile, Ballistische Interkontinentalrakete

ISAF
International Security Assistance Force; Multinationale Militärmission in Afghanistan unter NATO-Führung (sog. Friedenserzwingender Einsatz)

KFOR
Kosovo Force; 1999 nach Beendigung des Jugoslawien/Kosovo-Krieges aufgestellte NATO-Interventionstruppe für die serbische Provinz Kosovo

MIRV
Multiple Individually-targeted Reentry Vehicle; mehrere einzeln ins Ziel lenkbare (atomare) Wiedereintrittskörper einer Rakete.

NMD
National Missile Defense; früher auch BMD, Ballistic Missile Defense
Nationale Raketenabwehr (geplanter US-Raketenschild)

OEF
Operation Enduring Freedom; "Operation Andauernde Freiheit". Militärische Großoperation im Rahmen des von den USA ausgerufenen „Krieges gegen den Terror“. Einsatzgebiete: Afghanistan, Horn von Afrika, Mittelmeer

SALT
Strategic Arms Limitation Talks; Gespräche zur Begrenzung strategischer Rüstung (1969 – 1979); SALT-Verträge: Verträge zur nuklearen Rüstungsbegrenzung.

SLBM
Submarine Launched Ballistic Missile, ballistische Rakete auf U-Booten

Stealth
Tarnkappen-Technologie. Flugzeuge, Marschflugkörper (cruise missiles), Schiffe werden dadurch für Radarstrahlen unsichtbar gemacht.

Abkürzungen

BDI: Bundesverband der deutschen Industrie

BICC: Bonn International Center for Conversion

BIP: Bruttoinlandsprodukt

EDP: European Defense Paper

ESS: Europäische Sicherheitsstrategie

FAZ: Frankfurter Allgemeine Zeitung

FTD: Financial Times Deutschland

HB: Handelsblatt

IWR: Internationales Wirtschaftsforum Regenerative Energien

SIPRI: Stockholm International Peace Research Institute (Internationales Stockholmer Friedensforschungsinstitut)

TNK: Transnationale Konzerne

UNCTAD: United Nations Conference on Trade and Development

wt: Zeitschrift Wehrtechnik

WTO: World Trade Organisation

Atlas der Globalisierung, Le Monde Diplomatique, Berlin 2008

BDI, Positionspapier zur Interessenwahrnehmung der deutschen wehrtechnischen Industrie in Europa, Berlin 2005

BDI, Strategiepapier „Streitkräfte und Industrie 2010“, in: Wehrtechnik III/2003

Brzezinski, Zbigniew, Die einzige Weltmacht, Weinheim und Berlin 1997

Brzezinski, Zbigniew, Second Chance, New York 2006/2008

Bruhn, Jürgen, Der Kalte Krieg oder: Die Totrüstung der Sowjetunion, Gießen 1995

Bührmann, Detlev, Krieg ist kein Naturgesetz, Berlin 2007

Cooper, Robert, The Post-Modern State, in: Mark Leonard, Re-Ordering the World, London 2002

Department of Defense, Base Structure Report 2008, www.acq.osd.mil/ie/download/bsr/BSR2008Baseline.pdf

European Defence Paper, A Proposal for a White Paper, Institute for Security Studies, Paris 2004

Grässlin, Jürgen: Den Tod bringen Waffen aus Deutschland, in: zivilcourage, Nr. 4, Sept 2008

Greenpeace, Energy (R/evolution a Sustainable Energy Outlook, www.greenpeace.org/raw/content/international/press/reports/energyrevolutionreport.pdf

Klein, Naomi, Die Schock-Strategie, Frankfurt/M., 2007

Leahy, William, I Was There, 1950

No Rivals Plan: Excerpts from Pentagon Plan, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/1992

Pemberton, Miriam, Military vs. Climate Security, Institute for Policy Studies, 2008

Ritz, Hauke, Die Welt als Schachbrett, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2008

Schmid, Fred, Öl-Imperialismus, isw-report 69/70, 2007

SIPRI Yearbook 2008, Stockholm 2008

SIPRI-Yearbook 2008, Kurzfassung auf Deutsch, Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.

Stiglitz, Joseph/Bilmes, Linda, Die wahren Kosten des Krieges, München 2008

Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership, www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefGrandStrat(b).pdf

Uesseler, Rolf, Krieg als Dienstleistung, Berlin 2008

UNCTAD Handbook of Statistics 2008

UNDP 2002, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, Millenniums-Ziele, Berlin 2002

Varwick, Johannes, Die NATO, München 2008

Ver.di-Dokumentation, Nein zum Bundeswehreinsatz im Inneren, München 2007

Volman, Daniel, Mehr Militär für Afrika, www.welt-sichten.org

Wagner 2006: Wagner, Jürgen, Neoliberale Geopolitik: Transatlantische Konzepte einer militärischen Absicherung der Globalisierung. In: Pflüger/Wagner, Weltmacht Europa, Hamburg 2006

Wagner 2008: Experimentierfeld Afghanistan: Die dauerhafte Institutionalisierung Zivil-militärischer Aufstandsbekämpfung, IMI-Analyse 2008/024

Weinberger, Eliot: Schrei ohne Ton, in: Lettre International, Frühjahr 2003

Ausdrücklich erwähnen möchten wir die beiden Internetseiten

Informationsstelle Militarisierung IMI e.V., www.imi-online.de/

AG Friedensforschung an der Uni Kassel (Friedensratschlag) www.uni-kassel.de/fb5/frieden/

die eine Fundgrube für Informationen aus dem Bereich Rüstung/Kriege sind.

Lieferbare isw-Literatur zum Thema:

isw-spezial 14, Jürgen Wagner: Krieg aus dem All, Juni 2001

isw-spezial 15, Fred Schmid, Conrad Schuhler: Krieg ums Erdöl, Dezember 2001

isw-spezial 19, Christoph Marischka, Wolfgang Obenland: Friedliche Kriege, November 2005

isw-spezial 18, Claus Schreer: Der Irak-Krieg und die Folgen, Dezember 2003

isw-spezial 22, Conrad Schuhler: Globaler Kapitalismus und der Weltkrieg um Ressourcen, Januar 2008

isw-report 69/70, Leo Mayer, Fred Schmid, Conrad Schuhler: G 8 – Agenda des kollektiven Imperialismus, April 2007

Bildnachweise:

Seite 29 links unten: Peter Parkerpiper78

Seite 29 rechts unten: antiwar.com, released by Australia's Special Broadcasting Service TV

Seite 30 links oben: US-Bewachung der Ölraffinerien in Kirkuk. Fotograf: Kevin Frayer. Associated Press AP

Seite 30 rechts oben: US-Bewachung des Ölministeriums in Bagdad. Fotograf: Alexander Zemlianichenko. Associated Press AP

Seite 31 oben: Massaker in Ischaki. Fotograf: Hamed Rasheed. Associated Press AP

Seite 31 unten links: Abu Ghraib. Fotograf: John Moore. Associated Press AP

Seite 31 mitte oben: antiwar.com, released by Australia's Special Broadcasting Service TV

Seite 31 mitte unten: antiwar.com, released by Australia's Special Broadcasting Service TV

Seite 34 oben: Peter Parkerpiper78

Seite 34 mitte: Malalai Joya, Definse Committee for Malalai Joya

Seite 42: Fotograf: epa afp Sahib. picture-alliance/dpa

Seite 45: Bagdad am 21.3.2003. Fotograf: epa Ramzi Haidar. picture-alliance/dpa

Seite 52: arbeiterfotografie

NO JUSTICE NO PEACE!

www.isw-muenchen.de

ISSN 1867-7363